

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Bedingungen:
 Vierteljahr 2,50 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Belegungs-
 Liste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Einzelne Nummern außer Montag.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Gerichtspräsident: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 21. Juni 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Gerichtspräsident: Amt IV, Nr. 1984.

Der Gewerkschaftskongreß.

Heute tritt der sechste Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands zusammen. Der Gewerkschaftskongreß tagt in Hamburg, in einer Stadt, wo der Gewerkschaftsgebanke eine Ausbreitung erfahren hat, wie nirgends sonst, in einer Stadt, die in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung eine Rolle gespielt hat, wie wenige zuvor.

Der diesmalige Kongreß tritt unter erfreulichen äußeren Umständen zusammen. Der Zersplitterung in der Klassenbewußten Arbeiterschaft ist ein Ende bereitet; das Wort Bismarck, daß Partei und Gewerkschaften eins seien, ein Wort, das in Köln noch wie ein Seufzschrei klang, nicht wie die Konstatierung einer Tatsache, ist erfreuliche Wirklichkeit geworden, und die Gewerkschaftsbewegung selbst ist weiter erstarkt. Die heringebrochene Krise hatte wohl in Scharfmacherkreisen die Hoffnung erweckt, daß dem unaufhaltbaren Fortschritt der Gewerkschaftsbewegung nun ein Ende gesetzt sei, ja, daß es gelingen möchte, dies Volkswerk der Arbeiterschaft niederzuwerfen. Anstrengungen der mannigfachen Art sind zu diesem Zwecke gemacht worden. Wir erinnern da insbesondere an die Kämpfe der Holzarbeiter und der Bauarbeiter aller Branchen — Abwehrkämpfe gegen das Scharfmachertum, das sich zu fühlen begann, gegen die Raskard und Feilsch. Aber die Gewerkschaftsbewegung hat die Probe bestanden; sie hat gezeigt, daß die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft nicht nur in der Zeit der Hochkonjunktur leichte Siege zu erringen vermag, sondern daß sie auch in der Zeit schwerer Krise das Erzeugene zu verteidigen weiß. Und daß sie schwere wirtschaftliche Kämpfe führen kann, ohne dabei den Ausbau der Organisation zu vernachlässigen. Denn in der Berichtsperiode 1904—1907 weist die Generalkommission einen Mitgliederzuwachs der Gewerkschaften von nicht weniger als 818 398 nach, mehr als doppelt soviel, als die stärkste Mitgliederzunahme zwischen zwei Gewerkschaftskongressen jemals betrug. Und diese Zunahme ist nicht allein auf das Konto der guten Konjunktur zu setzen; sie betrug im Jahre 1907, wo die Geschäftsflaute sich in vielen Gewerben schon recht unangenehm bemerkbar machte, immer noch 175 797. Auch der Klassenbestand der Gewerkschaften erhöhte im Jahre 1907 trotz der schweren wirtschaftlichen Kämpfe noch eine Erhöhung um 7 929 911 M.

So wird der Kongreß mit dem Rechenschaftsbericht der Generalkommission wohl zufrieden sein können.

Anderst steht es bei den Erörterungen, welche dieser Bericht sonst zu Tage fördern wird. Da ist in allererster Linie die Malfest. Auf dem Kongreß in Köln waren gegen die Arbeitsruhe aus Anlaß der Malfest die allerbittersten Worte gefallen. Zu einer Abstimmung über die vorgelegten Resolutionen Schmidt, Boß und Glöckle kam es aber nicht. Der Kongreß ging ohne Beschluß nach einer teilweise heftigen Debatte auseinander. Diese Debatte aber ebenso wie die über den Generalfest zeigte zwingend die Notwendigkeit, daß es in gewissen gemeinsamen Fragen zwischen Partei und Gewerkschaften zu einer Aussprache und Vereinbarung kommen müsse. In der Malfestfrage ist zwischen Generalkommission und Parteivorstand eine solche herbeigeführt worden, welche den lokalen Organisationen die Ausbringung der Mittel für die Unterstützung der Maltausgesperrten auferlegt. Das hat den Widerspruch in der Partei und in den Gewerkschaftsfraktionen hervorgerufen. Dieser Widerspruch gründet sich bei einem Teile der Opponenten darauf, daß diese von einer solchen Regelung das Ende der Arbeitsruhe am 1. Mai befürchten; er hat seine Ursache aber auch darin, daß in Partei und Gewerkschaften alles nach Zentralisation drängt und deswegen bei den Teilen der Arbeiterbewegung die Organe für eine ausreichende örtliche Unterstützung bei etwaigen größeren Kämpfen lokaler Natur fehlen. Wie auch die Entscheidung in Hamburg ausfallen möge, wir haben jedenfalls den dringenden Wunsch, daß sie der Malfestdemonstration und damit auch dem Malgedanken keinen Abbruch tun möge.

Punkt für Punkt die ganze Tagesordnung des Kongresses durchzugehen, kann natürlich nicht Aufgabe dieses Artikels sein. Man vermag die Arbeit einer Woche nicht in einem Leitartikel zu erledigen. Wir greifen daher nur einiges aus dem umfangreichen Programm des Kongresses heraus.

Für die Gewerkschaftsbewegung praktisch von besonderer Bedeutung ist die Frage der Streikunterstützung, zu deren Regelung in Köln ein guter Anfang gemacht wurde. Welche Bedeutung diese hat, lehrt eine Durchsicht der Abrechnung der Generalkommission. Da erhielten die Tabatarbeiter im Jahre 1905 55 309 M., im Jahre 1907 106 260 M. Unterstützung, die Lithographen und Steinbrücker im Jahre 1907 173 000, die Buchbinder 1906 94 811 M.; die Gesamtsumme der Unterstützungen betrug 655 742 M. Man stelle sich vor, daß der Kriegeinsatz im Baugewerbe Wirklichkeit geworden wäre; wie unzureichend sind dann solche Mittel. Die Lithographen haben beantragt, daß statt der freiwilligen Sammlungen im Bedarfsfall eine Kopfsteuer für sämtliche organisierten Arbeiter ausgeschrieben wird. Uns will scheinen, als wenn man darüber hinaus vorbeugend Formen suchen muß, welche die Bereithaltung ausreichender Mittel für umfangreiche Kämpfe ermöglichen.

Praktisch wichtig für die Gewerkschaftsbewegung ist auch die Erörterung darüber, wie weit der Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel nützlich und wie weit er zulässig ist. Wenn eine Gewerkschaft über die Mittel des Streiks und der Arbeitsperre hinaus zum Mittel des Boykotts greift, wird ihr Kampf zur Sache der Gesamtarbeiterschaft. Auch das Unternehmertum, auch die bürgerliche Gesellschaft bewerten einen Boykott stets als einen Massenangriff der Arbeiterschaft. Dementsprechend muß er wirken. Und das kann er nur, wenn das Objekt des Kampfes geeignet ist, das Interesse der Gesamtarbeiterschaft zu wecken und einen genügend langen Zeitraum zu fesseln und wenn über die Nützlichkeit und Notwendigkeit des Boykotts in dem besonderen Falle in der Arbeiterschaft keinerlei Meinungsverschiedenheit herrscht. Keinesfalls darf der Aufruf der Massen als Ersatz für die eigene mangelnde Organisation oder die Entziehung des Konsums als Surrogat für die Verweigerung der Arbeitskraft angesehen werden. Solcher Mißbrauch des Boykotts tötet geradezu die gewerkschaftliche Tätigkeit, statt sie zu fördern; er kann ganze Berufsstände dazu erziehen, ihr Heil in der Hilfe der Massen, statt in der eigenen Organisation und zielbewußter gewerkschaftlicher Tätigkeit zu suchen. Richtig angewendet, ist der Boykott eine scharfe Waffe in der Hand des Proletariats. Aber sie wird gar leicht stumpf, wenn man sie unverständlich oder lässig führt.

Ein recht unangenehmer Punkt der Tagesordnung, der leider auf jedem Gewerkschaftskongreß wiederkehrt, ist das Kapitel von den Grenzstreitigkeiten. Wir sind abergläubisch genug anzunehmen, daß die Unglücksziffer von 13 Anträgen, die zu diesem Punkte gestellt sind, diese häßliche Erscheinung in der Gewerkschaftsbewegung nicht zu beseitigen vermögen. Keiner von ihnen beseitigt die Ursache dieser Streitigkeiten, die fortwährend Änderungen der Produktionsformen und Produktionsbedingungen, die bald Arbeitergruppen zusammenwürfeln, bald sie von einander reißen. Alle Grenzregulierungen unterdrücken solche Streitigkeiten nur für einige Zeit. Völlig verschwinden könnten aber bei gutem Willen aller Beteiligten die verlegenden Formen, in denen sie öfter ausgefochten werden.

Als Finale des Kongresses ist ein Referat Mollenbührs vorgesehen über die „Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland“. Und das ist gut so. Die Resolution, die Mollenbühr vorlegt, läßt schon erkennen, daß sein Referat die Notwendigkeit erweisen wird, daß politische und wirtschaftliche Arbeiterbewegung im Interesse des Proletariats Hand in Hand zu arbeiten haben. Wenn der sechste Kongreß der Gewerkschaften in Hamburg diese Ueberzeugung in der deutschen Arbeiterschaft erweitert und vertieft, können wir seine Tätigkeit fröhlichen Herzens als eine der Gesamtheit segensreiche bezeichnen!

Die Begehrlichkeit der Unersättlichen.

Die „Post“ behauptet in einem Artikel, in dem sich unglaubliche nationalökonomische Unwissenheit mit beispielloser kapitalistischer Begehrlichkeit paart, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Depression, die ja seit geraumer Zeit die deutschen Arbeiter immer schwerer zu verspüren bekommen haben, darauf zurückzuführen sei, daß man das Unternehmertum verdrängt habe, das zur Steigerung der Produktion notwendige Betriebskapital zu „ersparen“. Die Vorforgeschgebung, namentlich aber auch die Arbeitergesetzgebung habe eine Reihe von Erwerbszweigen „beschnitten“ und „ungeheuer verteuert“.

Aus dieser ungeheuerlichen Behauptung zieht dann das Kapitalisten- und Scharfmacherorgan folgende Rußanwendung:

„Unsere Industrie ist zu groß geworden für unseren nationalen Reichtum. Es gibt zwei Mittel, dieses Mißverhältnis zu beseitigen. Entweder wird man die Industrie beschränken müssen. Dazu braucht es aber keiner besonderen Menschenhand. Das wird die niedergehende Konjunktur ganz von selbst tun. Oder man wird den nationalen Reichtum steigern müssen. Dazu bedarf es statt einer einseitigen Gesetzgebung, welche die handarbeitenden Klassen ganz einseitig berücksichtigt, einer Gesetzgebung, welche endlich wieder die kapitalbildenden Kräfte im Volke zu fördern geeignet ist, vor allem eine Minderung der Besteuerung des Besitzes und eine Minderung der Lasten der Industrie. Nur wenn die Industrie, auf der in der Hauptsache das deutsche National-einkommen heute beruht, in der Lage ist, reichlich Geldrücklagen zu machen, kann ein harter Mangel an Betriebskapital vermieden werden, wie ihn das letzte Jahr zum Schaden des deutschen Wirtschaftsganges gebracht hat.“

Also die Arbeitergesetzgebung, die Sozialreform soll eingedämmt werden! Der Besitz soll künftig bei der Aufbringung neuer Steuern, deren ja bekanntlich nicht weniger als eine halbe Milliarde durch die neue Reichsfinanzreform aufzubringen ist, noch mehr gespart werden als bisher! Das wird damit begründet, daß das Kapital nicht genügend „Geldrücklagen“ habe machen können.

Was sagen demgegenüber die amtlichen statistischen Zahlen? Sie besagen, daß circa dreihunderttausend Preußen nach der letzten preussischen Steuerstatistik ein Einkommen von 3000 Mark verdienen. Das heißt: Der 120. Teil des preussischen Volkes besitzt nicht weniger als ein Hundstel des gesamten circa 15 Milliarden betragenden preussischen Volkseinkommens!

Und dabei sollen sich nicht genügende Geldrücklagen machen lassen?

Ferner: Das Vermögen der Steuerpflichtigen mit mehr als 9500 M. Einkommen hatte sich in dem einen Jahrzehnt von 1895 bis 1905 um 13 Milliarden vermehrt! Die Zahl der Vermögenssteuerpflichtigen mit mehr als 9500 M. Einkommen wuchs um circa 30 000, ihr Vermögen um rund 13 000 Millionen!

Und dabei sollen die Kapitalisten nicht genügend Geldrücklagen machen können?!

Eine frechere Verhöhnung des Volkes, als sie in diesen Auslassungen des berühmten Scharfmacherorgans zutage tritt, ist schwerlich schon dagewesen!

Aber diese kapitalistische Begehrlichkeit sollte wenigstens der großen Masse der Nichtbesitzenden auch etwas mehr Begehrlichkeit einpauken? Oder haben nur die Gemäßigten, die Besitzer von Hunderttausenden oder Millionen das Recht darauf, Sparrücklagen machen zu können?

Dokumente zum Fall Eulenburg.

Der Prozeß wider den Fürsten Eulenburg wird, wenn nicht ärztliche Gutachten dazwischen treten, wirklich am 20. Juni stattfinden. Wie der „N. Z. am Mittag“ aus München telegraphiert wurde, haben die Zeugen Ernst und Riedel am 19. Juni Vorladungen nach Berlin zum Eulenburgprozeß für den 20. Juni erhalten. Ebenso ein in der letzten Woche mit Eulenburg konfrontierter Ausgeher in München, der seinerzeit in einem Sternberger Hotel Portier war und dort unsittliche Handlungen Eulenburgs mit einem Grafen beobachtet hat.

Daß die Anklage nicht nur auf Meineid, sondern auch auf den Versuch der Verleitung zum Meineid lautet, haben wir bereits vor einiger Zeit mitgeteilt, ebenso, daß sich der letztere Teil der Anklage auf einen Brief stützt, den Eulenburg an den Fürstenerweiterer Jakob Ernst gerichtet hat. Dieser Brief hat, wie der Münchener Korrespondent des genannten Blattes versichert, ungefähr folgenden Wortlaut:

„Mein lieber Jakob! Du hast gewiß erfahren, welchen Verdächtigungen ich seit einiger Zeit ausgesetzt bin. Du wirst vielleicht auch aus den Zeitungen erfahren haben, daß man selbst Dich in diese Sache hineinziehen versuchte. Ich habe nun heute geantwortet, daß ich mir keinerlei Verwicklungen vorwerfen habe. Du wirst ja natürlich, wenn es dazu kommt, auch nur das selbe auszusagen können.“

Gleichzeitig veröffentlicht die „Dresdener Neuest. Nachr.“ zwei Dokumente, die sich auf den Fall des Geheimrats Pierfson beziehen, der als ein Opfer Eulenburgs, an den Folgen einer Hege, die der Liebenberger, der damals allmächtige Mann in Deutschland, gegen ihn entfesselt hatte, im Februar 1903 zu Berlin starb. Die Gründe mitzuteilen, aus denen er sich den Haß des Liebenbergers zugezogen wäre nach dem Dresdener Blatte zurzeit nicht opportun. Fürst Eulenburg wollte jedenfalls Pierfson und seinen Protektor, den Grafen Hochberg, stützen. An Hochberg, der beim Kaiser in hoher Gunst stand, wagte er sich nicht heran; um so bössartiger war sein Angriff auf Pierfson. Eulenburg setzte verleumdende Gerüchte, die die Geschäftsführung und Kassenverwaltung des Direktors der Generalintendantur verdächtigten und in denen von einem Millionenbesitz in der Verwaltung der königlichen Schauspiele die Rede war, in die Welt und sorgte dafür, daß sie zu Ohren des Kaisers kamen. Die Prüfungen der Oberrechnungskammer haben die völlige Unhaltbarkeit aller dieser Verdächtigungen erwiesen. Trotzdem ist durch die Eulenburgschen Verleumdungen nach der Behauptung des Geheimrats des Dr. R. A. Pierfsons amtliche Stellung geradezu vernichtet worden und sein Tod die Folge der Hege gewesen. Wie das auf Grund unentworfener Verdächtigungen geschehen konnte, das kann wohl nur aus den eigenartigen Verhältnissen der Hofkreise erklärt werden, wo das Stirnrunzeln eines Mannes jede Stellung vernichten kann.

Die beiden Dokumente stammen aus der Zeit, da der Geheimrat Pierfson Verleumdungsflage wider den Eulenburg erhoben hatte. Eulenburg hatte versucht, den von ihm Verleumdeten durch Verschleppungsmanöver müde zu machen — er wurde krank. Aber Pierfson blieb fest und zog die Klage nicht zurück, und als der Liebenberger schließlich einfiel, daß er ihr auf diese Weise nicht entgegen könne, da versuchte er durch ein Entschuldigungsschreiben die Zurückziehung zu erreichen. Auf dieses Schreiben erfolgte eine Antwort Pierfsons, die folgenden Wortlaut hatte:

Er. Durchlaucht Herrn Philipp Fürsten zu Eulenburg und Hertefeld,
 Kaiserl. deutschem Botschafter in Wien!

Berlin, 4. Januar 1902.

Euer Durchlaucht gnädiges Schreiben vom 28. v. M. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Wenn ich auch nicht verkenne, daß Euer Durchlaucht bestrebt sind, Ihr Bedauern zum Ausdruck zu bringen, mich gekränkt zu haben, so ist doch Euer Durchlaucht Erklärung insofern unzureichend, daß Euer Durchlaucht nicht von Frau V. allein, sondern von allen Seiten und überall nur Unheils über mich gehört haben wollen. Frau V. bestreitet übrigens entschieden, sich derartig geäußert zu haben. Unter solchen Umständen und zur Wahrung der Gerechtigkeit muß also nichts anderes übrig, als mich unter den Schutz des Gesetzes zu stellen und Ew. Durchl. Gelegenheit zu geben, den Beweis der Wahrheit für die schweren Verleumdungen, welche Ew. Durchl. gegen mich erhoben haben, vor Gericht zu führen.

Es kann ja kein Zweifel darüber herrschen, daß diese Verleumdungen zur Kenntnis S. M. des Kaisers und Königs gelangt sind

und meine amtliche Stellung geradezu ruiniert haben. Es handelt sich daher jetzt um die Wahrung meiner Ehre und die Herstellung meiner vernünftigen Position. Was die Vorwürfe betrifft, welche Ew. Durchlaucht gegen den Grafen v. Hochberg, meinen Herrn Chef, und den Fürsten zu Dohna-Schlöbitten erheben, so kann ich nicht umhin, dieselben als durch aus unbegründet zurückzuweisen, denn beide Herren haben in jeder Beziehung nur korrekt gehandelt. Wenn man so schwere Beschuldigungen erhebt wie dies von Seiten Ew. Durchlaucht gegen mich geschah, so muß man dieselben im gegebenen Augenblick auch zu verteidigen in der Lage sein. Unvermeidliche Beschuldigungen können doch nicht als heimliche Warnungen betrachtet werden und den Anspruch erheben, ein unverlegliches Geheimnis zu bleiben.

Genehmigen Ew. Durchlaucht die Versicherung der ausgezeichneten Hochachtung, mit der ich bin Ew. Durchlaucht. ehrerbietigster
O. Pierion.

Auf diesen Brief hin entschloß sich dann der Gestellte endlich zur Abbitte. Er stellte folgendes Schriftstück aus:

Ich erkläre hierdurch, daß alle Beschuldigungen, die ich gegen den Herrn Geheimen Regierungsrat Pierion ausgesprochen habe, jeder Grundlage entbehren, wovon ich mich jetzt nach Prüfung der Sachlage überzeugt habe. Ich sehe deshalb ein, und bedauere auf das Lebhafteste, daß ich Herrn Geheimen Regierungsrat Pierion hierdurch auf das Tiefste gekränkt und seine amtliche Stellung dadurch bedroht habe. Ich gebe ausdrücklich meine Einwilligung, daß der Vorgesetzte des Herrn Pierion, General-Intendant Graf von Hochberg — jedoch nur dieser allein — nach Gutdünken diese Erklärung verwerde.

Wien, 21. Januar 1902.

Fürst zu Eulenburg u. Hertefeld.

An den Brief Pierions ist insbesondere die Form bemerkenswert. Der tödlich beleidigte, der schimpflich Verleumdete ist ängstlich bedacht, die Höflichkeitsformeln seinem Feinde gegenüber in keinem Punkte zu vernachlässigen. Denn dieser Feind ist nächst dem Kaiser der mächtigste im Reich und wenn sich der Beleidigte im Gefühl des erlittenen Schimpfes etwa zu einer Vernachlässigung der Form hätte hinreißen lassen, so wäre ihm offenbar der Strich gedreht gewesen. Daran, dem Herrn Verleumder seine wahren Gefühle auch nur andeuten, durfte Pierion offenbar nicht einmal denken.

So liefern diese beiden Dokumente nicht nur schätzenswertes Material zur Kennzeichnung Eulenburgs, sondern auch zur Charakteristik der Hofgesellschaft. Wie es denn auch bezeichnend ist, daß diese Dokumente jetzt, 6 Jahre nach dem Tode Pierions und mehr als ein Jahr nach dem Sturze Eulenburgs, nach dem er verhaftet und unter Anklage gestellt ist, veröffentlicht werden.

Die Exzellenz der Nation, die es als angekommene Recht betrachten, in Preußen und im Reich die Herrschenden zu sein, sind in der Tat eine respectable Gesellschaft.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 20. Juni 1908.

Die Ahnungslosen.

Die „Freisinnige Zeitung“ erklärt zu dem Flensburger Skandal, daß der schmachtliche Wahlrechtskandidat, durch den bei der nächsten Reichstagswahl den Protestanten durch die Hilfe des Freisinnigen ein Mandat zugesichert werden soll, der Parteileitung der Freisinnigen Volkspartei in Berlin „völlig unbekannt“ gewesen sei. Es handle sich um ein „Abkommen der lokalen Organisation, für das die Parteileitung in Berlin nicht verantwortlich gemacht werden könne“.

Ob die Parteileitung der Freisinnigen Volkspartei für Schleswig-Holstein über das Abkommen in ebenso unbegreiflicher Unkenntnis gehalten wurde, darüber schweigt sich die „Freisinnige Zeitung“ bemerkenswerterweise völlig aus! Das Skandalöse aber ist, wie die „Volkspartei“ bemerkt, daß sich in dem Organ der Parteizentrale nicht ein Wort der Mißbilligung über dieses schändliche Schachergeschäft findet.

Die Herren Kopsch, Wiemer, Fischbeck und Konforten wollen offenbar erst abwarten, bis im zwölften Landtagswahlkreise die Entscheidung gefallen ist!

Der Fehler ist ebenso schuldig wie der Stehler!

Die „Liberale Korrespondenz“ schreibt zu der Affäre: „Wir verlangen — und hoffen damit auch alle Parteistimmen einverstanden — daß Herr Dr. Duns das auf so kompromittierende Art und Weise erlangte Mandat sofort niederlegt.“ Wir nehmen an“, so meint das „Berl. Tageblatt“, dazu, daß hier die Parteileitung der Freisinnigen Vereinigung spricht und warnt mit einiger Spannung ab, ob sie innerhalb der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft ihre Forderung auch durchsetzt.“

Wie empfinden nicht die geringste Spannung. Denn es ist unvorstellbar, daß die Fraktion der Freisinnigen Volkspartei gegen die Art und Weise, wie ihr Mitglied Duns zum Mandat kam, irgend etwas einzutenden hat! —

Warten wir's ab!

Die „Germania“ berechnet, daß die neue Zusammensetzung des Landtages vom Standpunkte der Einführung des Reichstagswahlrechts aus einen nicht unerheblichen Fortschritt darstelle. Die Freunde des Reichstagswahlrechts im alten Landtage (Zentrum, Polen und Freisinn) seien nur 142 Mann stark gewesen. Mit Hinzurechnung der Sozialdemokratie hätten sich die Anhänger des Reichstagswahlrechts also immerhin um 20 vermehrt, trotz der unnatürlichen Bündnisse, die der Freisinn mit den Wahlrechtsgegnern gegen Freunde des Reichstagswahlrechts geschlossen habe.

Der Vorwurf, mit reaktionären Wahlrechtsgegnern gegen Wahlrechtsanhänger komplotiert zu haben, trifft das Zentrum nicht weniger als den Freisinn! Auch das Zentrum hat in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen mit den Konservativen gemeinsame Sache gemacht! Auch das Zentrum hat vor der Auflösung des Landtages und während des Wahlkampfes die Wahlrechtsfrage vollständig beiseite gestellt! Hätten Zentrum und Freisinn zur rechten Zeit, als die Sozialdemokratie den Sturm gegen das Dreiklassenwahlrecht aufnahm, mit der Sozialdemokratie zusammen eine Balance gegen die Wahlrechtsgegner gebildet, so wäre es keineswegs ausgeschlossen gewesen, eine Mehrheit für die Einführung des Reichstagswahlrechts in den Landtag hineinzubringen!

Jetzt wollen wir einmal abwarten, welchen Eifer die 150-Zentrumsabgeordneten, Polen und Freisinnigen im Landtag für eine demokratische Wahlreform entwickeln werden! Die kleine sozialdemokratische Fraktion wird sich das Verdienst zu erwerben suchen, die Attiden der 156 gegen die Dreiklassenschnack nachträglich vorzubereiten und zu unterstützen! —

Konservativer Bloßliebessdienst.

Die „Konservative Korrespondenz“ erläutert folgenden Mahnruf:

Im zwölften Berliner Landtagswahlkreise findet am nächsten Dienstag die Stichwahl zwischen dem freisinnigen und dem sozialdemokratischen Kandidaten statt. Die Wahl des Sozialdemokraten

kann nur verhindert werden, wenn neben den nationalliberalen alle konservativen Wahlmänner Mann für Mann sich an der Stimmabgabe beteiligen und den freisinnigen Runge wählen. Für die konservative Partei gilt nach wie vor der Grundsatz: unter allen Umständen gegen die Sozialdemokratie. Es ist daher für jeden konservativen Mann Ehrenpflicht, am 23. d. M. — so später ihm dies auch fallen mag — dafür zu sorgen, daß das heiligmäßige Mandat des zwölften Berliner Landtagswahlkreises (Roabit) für den freisinnigen Kandidaten errungen werde und nicht den Sozialdemokraten in die Hände falle.

Diese innige konservativ-antifreimütig-börsenfreisinnig-freireligiöse Kampfgemeinschaft rechtfertigt wirklich das Wort des Fürsten Bülow, daß der Unterschied zwischen Agrariern und dem sogenannten Freisinn nur ein äußerst minimaler sei! —

Die außerordentliche Tagung des Landtags.

Die „Freisinn. Korresp.“ behauptet, daß die Tagung nicht schon am 27. Juni zu Ende gehen, sondern auf die folgende Woche übergreifen werde. Der Geschäftsplan lautet:

Freitag, 26. Juni, 11 Uhr: Gemeinsame Eröffnungssitzung im Abgeordnetenhaus. 12 Uhr: Vorläufige Konstituierung des Abgeordnetenhauses. Unmittelbar danach Verlesung der angemeldeten Mitglieder in die Abteilungen. Nachher oder abends Fraktions-sitzungen. Sonnabend, 27. Juni, vormittag 11 Uhr: Sitzung sämtlicher Abteilungen zu ihrer Konstituierung und zur Prüfung der Wahlen. Montag, 29. Juni: Katholischer Feiertag. Dienstag, 30. Juni, vormittag 11 Uhr: Wahl der Präsidenten und der Schriftführer. Erste Beratung etwaiger Vorlagen.

Animierte Offiziere.

Eine Zeitungs-korrespondenz meldet aus Bittan:

Ein Vorkommnis unliebsamer Art, dessen Mittelpunkt drei Offiziere des Bittauer Infanterie-Regiments bilden, erregt hier das peinlichste Aufsehen. Am Mittwochabend hatten Hauptmann Rude und die Leutnants Gebler und War dem Hülbrighs Weinrestaurant einen längeren Besuch abgestattet. In augenscheinlich sehr animierter Stimmung bestiegen die drei Offiziere den Aussichtsturm der Bittauer Johanneskirche. Sie nahmen eine Flasche Sekt mit auf den Turm und ließen sich eine zweite durch den Keller nachbringen. Einer der Offiziere entledigte sich oben seines Rodes und versuchte anscheinend, über das Eisengeländer des Turmes zu klettern, während seine Kameraden dieses Wagnis zu verhindern suchten. Unten am Fuß des Turmes entstand alsbald ein gewaltiger Menschenauflauf. Man sah dem Turm der Offiziere anfangs mit neugierigen Blicken zu, doch verschärfte sich die Situation, als plötzlich der genannte Hauptmann eine einkorste leere Sektflasche aus der Höhe auf die Straße warf. Bald folgte der Flasche ein Sektglas, und Flasche und Glas zertrümmerten in tausend Stücke. Glücklicherweise wurde von den Scherben niemand getroffen, aber nun bemächtigte sich des nach Tausenden zählenden Publikums eine große Entrüstung. Immer mehr Menschen sammelten sich vor der Kirche an. Man rief nach der Polizei und schließlich begab sich ein Polizeibeamter auf den Turm. Er verwarnte die Offiziere und kam dann zurück. Trotz eines schmerzlichen Gewitters harrete das Publikum unten auf der Straße aus; mehrere Schimpfe machten vergebens den Versuch, die Straße zu säubern. Man wollte eben die Offiziere veranlassen, den Turm der Kirche zu verlassen, um sie unten zur Rechenhaft zu ziehen. Die Turmbesteiger aber mochten aus der immer drohender werdenden Haltung des Publikums den Ernst der Situation erkannt haben. Sie blieben einfach oben und erst nach vierstündiger Belagerung verließen sie ihren Standort. Gegen 10 Uhr abends langten sie wieder unten an und wurden nun mit lautem Jöhlen und Schreien vom aufgeregten Publikum empfangen. Eiligen Schrittes begaben sie sich in das Hülbrighs Weinrestaurant zurück, begleitet von der Volksmenge. Dann erst trat Ruhe ein und nach und nach entfernte sich das Publikum. Die Militärbehörde hat sofort eine strenge Untersuchung des Vorfalles angeordnet. Der Hauptbeteiligte an der Affäre dürfte Hauptmann Rude sein. Leutnant War ist aus München gebürtig und hatte soeben eine Referatsübung beendet.

Arbeiterabgeordnete in bürgerlichen Fraktionen.

Der Abgeordnete Behrens ist bekanntlich beim Reichstagswahlrecht in Konflikt geraten mit seinen Pflichten als Mitglied der Bloßparteien einerseits und als Gewerkschaftsbeamter andererseits. In ersterer Eigenschaft hätte Herr Behrens für, in letzterer Eigenschaft gegen das Gesetz stimmen müssen; er half sich damit, daß er in zweiter Lesung für, in dritter Lesung gegen den Sprachenparagrafen stimmte und sich bei der Abstimmung über das ganze Gesetz der Stimme enthielt. Die Zentrums-Presse hat Herrn Behrens vorgeworfen, daß er die Bloßpolitik über die Arbeiterpolitik gestellt habe, und das Organ des Gewerkschaftsvereins christlicher Vergleiche, dessen Generalsekretär Herr Behrens ist, hat ihn der Preisgabe der Arbeiterinteressen bezichtigt. Dagegen sind seine christlich-sozialen Parteigenossen für ihn eingetreten und Herr Mumm im „Reich“ beanspruchte anlässlich des Falles Behrens für jeden Abgeordneten, auch wenn er Gewerkschaftsbeamter ist, Freiheit der Abstimmung — auf Grund der verfassungsmäßigen Bestimmung und auf Grund der „politischen Neutralität“, wonach dem christlichen Gewerkschafter von seiner Organisation keine Vorschriften bezüglich seines politischen Verhaltens gemacht werden dürfen.

Dieser Auffassung tritt der Generalsekretär Stegerwald vom Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften in seinem soeben erschienenen Rechenschaftsbericht über das Jahr 1907 entgegen. Er schreibt dort:

„Von den aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Abgeordneten muß in Fragen der Arbeiterpolitik mehr verlangt werden, als von der Partei, der er angehört, insofern verlangt worden kann. Andernfalls könnte deren parlamentarische Tätigkeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung geradezu zum Verhängnis werden. Die maßvolle Arbeit der Vertrauensleute, worauf in der Hauptsache der Erfolg einer Bewegung beruht, würde auf die Dauer von den opferfreudigsten Arbeitern verweigert werden, wenn diese beobachteten, daß ihre in den Parlamenten tätigen Führer, die durch die Arbeiterbewegung dazu geworden, was sie sind, in den wichtigsten Fragen der Arbeiterpolitik ihr Mandat gegen den Geist und den Sinn unserer Bewegung ausüben würden.“

Zu diesem Zwecke, meint Stegerwald, müßten die Parteien, die es mit der Sache der Arbeiter ernst meinen und befähigten Arbeiterführern Mandate in den Parlamenten einräumen, den Arbeitervertretern aus gestatten, in grundlegenden, für die Arbeiterbewegung bedeutungsvollen Fragen (Koalitionsrecht, Vereinsrecht usw.) von der Fraktionsmeinung abweichend zu stimmen; es müßte den christlichen Arbeitervertretern unbenommen bleiben, in solchen Fällen eine größere Rücksicht auf die von ihnen mitgeschaffene Gewerkschaftsbewegung zu nehmen, als die Partei, der sie angehören, nehmen zu können glaube.

So stehen sich in der christlichen Gewerkschaftsbewegung zwei Auffassungen gegenüber: Herr Mumm fordert den unbedingten Vorrang der Partei vor der Gewerkschaft und infolgedessen für die

Arbeitervertreter Freiheit der Abstimmung auch in Arbeiterfragen; Herr Stegerwald verlangt für die christlichen Arbeiterabgeordneten in Arbeiterfragen ein gebundenes Mandat in dem Sinne, daß die Gewerkschaft über die Partei zu stellen ist. Man darf gespannt sein, welche von diesen Auffassungen die Oberhand behält und wie sich in praktischen Fällen Partei und Gewerkschaft mit der ihnen zugebachten Rolle abfinden.

Für uns beweist diese Auseinandersetzung nur das eine, daß es ein Unding ist, Arbeiterpolitik in einer bürgerlichen Partei zu treiben und daß nur diejenige Arbeiterbewegung auf dem rechten Wege ist, die von sich sagen kann: Partei und Gewerkschaft sind eins! —

Für die technischen Beamten.

Die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtages hat folgende Interpellation eingebracht: Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um in den Betrieben des Verbandes bayerischer Metallindustrieller angestellten Technikern und Kaufleuten die Ausübung des Koalitionsrechtes zu sichern? —

Von der Wahlreform in Hessen.

Die zweite hessische Kammer beriet am Sonnabend in ihrer letzten Sitzung vor Schluß der Session über einen Antrag der Freisinnigen und Sozialdemokraten, die Regierung zu ersuchen, sofort bei Beginn des nächsten Landtages den Landständen eine Gesetzesvorlage zu legen, welche die Einführung des gleichen, allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts, unter voller Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte der zweiten Kammer vorlegt. Staatsminister Gwald erklärte, daß im Hinblick auf die bezüglich des Wahlrechts gepflogenen Verhandlungen es unbedingt notwendig sei, eine einigende Grundlage zu schaffen (zwischen zweiter und erster Kammer, an deren Widerstand die Reform bisher scheiterte. D. Red.), ohne welche ein neues Gesetz nicht eingebracht werden könnte. Es fand eine lebhafte Debatte statt, dagegen keine Abstimmung über diesen Antrag.

Zum Fall Bernhard.

Professor Ludwig Bernhard läßt folgendes Schreiben veröffentlichen:

Biel, Hotel Bellevue, 19. Juni 1908.

An den Herrn Dekan der philosophischen Fakultät, Berlin.

Hochgeachteter Herr Dekan!

Wie ich zuversichtlich höre, steht mein Eintritt in die Berliner Universität im Kreise der Fakultätsmitglieder auf Opposition; man wirft mir vor, daß ich den Korporationsgrundsätzen zuwider gehandelt hätte, da meine Ernennung ohne Anhörung der Fakultät erfolgt ist.

Ich bin mir bewußt, nichts getan zu haben, was ich nicht aus der gegebenen Situation heraus vollständig rechtfertigen kann.

Um jedoch zu zeigen, wie wenig ich gewillt bin, den korporativen Grundsätzen zuwider zu handeln, erkläre ich mich hierdurch aus freien Stücken bereit, die Entscheidung noch nachträglich in die Hände der Fakultät zu legen und, falls diese Entscheidung gegen mich fällt, beim Herrn Minister um meinen Abschied einzukommen.

In Ehrerbietung

Ihr ganz ergebener

Ludwig Bernhard.

Herr Bernhard ist sehr klug. Er weiß, daß unsere Herren Professoren jetzt gar nicht anders können, als Ja sagen. —

Eine homosexuelle Epidemie.

Scheint nach allem, was jetzt bekannt wird, in Stettin geherrscht zu haben. Der Landrat des Kreises Randow, Erich v. Goebe, der seine Opfer nach verführten Mätern unter strammem Grenabieren suchte und fand, ist bereits verhaftet worden; ebenso ein „gemeiner“ Soldat und ein Unteroffizier. Ein Leutnant und ein Arzt haben sich der drohenden Verhaftung bereits vor einiger Zeit durch Selbstmord entzogen, während sich andere „auf Reisen“ begaben. So unter anderen mehrere Verwaltungsbeamte, ein Regierungsrat, ein Konfessionsrat (!), ein Ingenieur und einige Kaufleute. Das Militär auch der Umgegend partizipiert an dieser „Epidemie“, da kürzlich ein Hauptmann aus Stralsund und ein Leutnant aus Stargard wegen Männerliebe zu hohen Strafen verurteilt wurden. Ein in dem Stettin benachbarten Zintenwalde ansässiger Hauptmann hat sich ebenso auf die Socken gemacht, wie ein Rentier in Podeluch, der früher herrschaftlicher Diener und als Zeuge für den Eulenburg-Prozess geladen war. Die Skandalaffären erregen in Stettin erhebliches Aufsehen. —

Das gute Beispiel eines höheren Vorgesetzten.

Wegen Mißhandlung und Verleumdung eines Untergebenen wurde der Hauptmann Ehl vom 74. Infanterieregiment durch das Kriegsgericht der 20. Division, wie die „Köln. Volksztg.“ aus Hannover erfährt, zu drei Wochen Stubenarrest verurteilt. Hauptmann Ehl hatte seine Ordnung einmal mit der Faust auf den Kopf geschlagen, ein anderes Mal mit dem Knüttel gegen die Wand geschlagen, in vier Fällen durch Schimpfworte wie „Wistlos! Nidwisch!“ usw. beleidigt. Für die Dauer der Verhandlung wurde im Interesse der Disziplin die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Die Haftung des Reiches für seine Beamten.

Eine Vorlage über die Haftung des Reiches für die Versehen seiner Beamten beschäftigt zurzeit den Bundesrat. Die entsprechende preussische Vorlage ist durch den Schluß der Session unerledigt geblieben, wird aber wieder eingebracht werden.

Eine Nachwahl zum preussischen Landtage.

Ist schon jetzt, wenige Tage nach den Abgeordnetenwahlen notwendig geworden. Der konservative Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis Schweidnitz-Striegau, Rittergutsbesitzer Hirt, ist gestorben. Da die Wahlmänner dieselben bleiben, so ist ein konservativer Nachfolger schon aus diesem Grunde sicher.

Oesterreich.

Der Studentenstreik.

Die Versetzung Prof. Wahrmunds nach Prag hat die Innsbrucker Studenten nicht beruhigt. Sie halten am Streik fest und fordern daselbst von den übrigen Hochschulen. Es ist aber nicht zu verkennen, daß die Versetzung Wahrmunds im Grunde einen Erfolg der Sache der Freiheit der Wissenschaft bedeutet. Dem Streik fehlt jetzt ein unmittelbares Angriffsobjekt. An den anderen Hochschulen ist die Stimmung daher der Beendigung des Streiks günstiger.

Zur Verhütung der Studenten wird auch die Antwort des Unterrichtsministers Warchet auf die Interpellation der Sozialdemokraten über die Kaiseräußerung beitragen, da sie im wesentlichen auf eine verlegene Abweisung und Verleugnung der Äußerungen hinausläuft. Wenn Könige reden, so haben die Märrer zu demonstrieren. Warchet erklärte, er sei grundsätzlich außer Stande, über den Inhalt der Äußerungen Auskunft zu geben, stehe andererseits aber nicht an, der Wahrheit gemäß zu konstatieren, daß die Verurteilungen des Kaisers vielleicht an den einen oder anderen Vorgang der letzten Zeit anknüpfen, bestimmt aber weder gegen die Rektoren überhaupt, noch auch gegen die unter voller Zustimmung des Ministers gefassten Beschlüsse der

Kleineren Konferenz sich richteten. Es sei daher zur Be-
unruhigung der Öffentlichkeit oder der interessierten Personen eine
Veranlassung abfolgt nicht gegeben.

Die Majorität lehnte auch den Antrag unserer Genossen auf
Besprechung der Interpellation ab. —

Schweiz.

Das Getreidemonopol.

Bern, 19. Juni. Der Nationalrat hat den Antrag auf
Einführung eines Bundesmonopols für den Handel mit Getreide
und Mehl ohne Widerspruch für erheblich erklärt, nachdem der
Bundesrat sich mit dem Antrag einverstanden erklärt hatte.

Frankreich.

Pichon, der Sieger.

Paris, 19. Juni. (Fig. Ver.) Die Regierung hat heute
— natürlich — wieder ein Vertrauensvotum für ihre Marokko-
politik heimgebracht. Das heißt nicht nur für ihre tatsächliche
Vendung zu einer vorzüglichen, auf die Intervention
in den marokkanischen Wirren verzichtenden Politik, sondern
zugleich auch für ihre zweideutige Einleitung. Die Sozialisten
dürfen gleichwohl mit dem Erreichten zufrieden sein. Sie
haben durch ihre unaufhörlichen Warnungen die öffentliche
Meinung geweckt und die Regierung gezwungen, die Er-
oberungsideen öffentlich abzuschwören. Das ihnen die bürger-
liche Mehrheit den Triumph eines parlamentarischen Sieges
nicht gönnen würde, war vorauszusehen.

Das Ministerium aber hat dennoch heute sehr schlecht
abgeschritten. Das hat Clemenceau sich selbst zu-
zuschreiben, da er, um auch die auswärtige Politik als Selbst-
herrlicher zu dirigieren, das auswärtige Amt seinem Annapen
Pichon anvertraut hat, dessen persönliche Unzulänglichkeit
in einer schwierigen, viel Last erfordernden internationalen
Situation besonders empfunden werden muß. Der heutige
Anspruch des Ministers gegen Jaurès hat auf allen
Seiten der Kammer den peinlichsten Eindruck gemacht. Das
unser Genosse „im Auftrag Deutschlands“ arbeite,
kann man ja im „Temps“ so ziemlich alle Tage lesen.
Daher Herr Pichon dieses Argument wiederholt hat, mit be-
sonderem Geschick obendrein in dem Augenblick, wo Jaurès
davor warnte, das Ansehen Frankreichs durch eine ungeschickte
Politik zu kompromittieren, beweist ebenso einen höchst be-
scheidenen Vorrat von Einfällen wie einen sehr mäßigen
Geschmack. —

Italien.

Generalfreik in Parma.

Rom, 20. Juni. (Privat-Telegramm des „Vorwärts“.)
Gestern kam es zwischen streikenden Landarbeitern
und Arbeitswilligen zu Zusammenstößen. Circa 700 fremde
Arbeiter waren durch falsche Vorpiegelungen nach Parma
gebracht worden. Als die Streikenden sie auflösen wollten,
begann ein Teil der Arbeitswilligen, zu deren Schutz In-
fanterie und Kavallerie aufgeboden war, die Streikenden
zu provozieren. Der Arbeiter bemächtigte sich eine
große Erregung. Das Militär ging sehr brutal gegen
die Landarbeiter vor. Die Kavallerie ritt mehrere
Märsche, bei denen viele Arbeiter ver-
wundet wurden. Heute proklamierte die Arbeits-
kammer den Generalfreik. Die Proklamation hatte
vollen Erfolg. Nur die Krankenwärter und Eisenbahner
arbeiten auf Befehl der Arbeitskammer weiter. Die Ge-
bühre der Arbeiter ist ungeheuer. Die Situation
drohend. Die Regierung sendet neue Truppen ins Streik-
gebiet.

Das offiziöse Depeschembureau meldet:

Parma, 20. Juni. Mehrere Gruppen Ausständiger ver-
suchten heute im Laufe des Vormittags das Schließen der
Läden durchzusetzen. Da sie Gewalt anwandten, wurden
mehrere Verhaftungen vorgenommen. Nachdem die Polizei die An-
sammlungen an der Oper zerstreut hatte, drängte die Menschen-
menge nach der Arbeitskammer, wo viele die Häuser er-
stürmten und von dort durch Feuerwerkskörper zwei
Kavaleristen schwer und mehrere Soldaten leicht ver-
wundeten. Auf beruhigende Vorstellungen antworteten sie mit
Steinwürfen, bis schließlich zur Räumung der Arbeitskammer
geschritten und erneut Verhaftungen vorgenommen
wurden. Bei einem weiteren Zusammenstoß in einem anderen
Stadtviertel zwischen Ausständigen, die zum Teil Dachziegel aus
den Fenstern warfen, und Polizei und Soldaten wurden noch ein
Kavalerist und ein Kavallerie-Unteroffizier verwundet. Die
Truppe gab darauf Feuer, schloß jedoch, um Verletzungen
bei den Ausständigen zu vermeiden, in die Luft. Die Stadt war
gegen Abend wieder ruhig. —

England.

Eine parlamentarische Nachwahl.

London, 17. Juni. Am 20. d. M. findet in Pudsey (Yorkshire)
eine parlamentarische Nachwahl statt, an Stelle des ins Ober-
haus berufenen liberalen Abgeordneten G. Whitley einen neuen
Vertreter zu wählen. Bei den Hauptwahlen im Januar 1906 erhielt
Whitley 7048 Stimmen, sein konservativer Gegenkandidat 3541.
Die Arbeiterpartei stellte dort damals keinen Kandidaten
auf. Jetzt bewerben sich in Pudsey drei Kandidaten um
das Mandat: G. Ogden (liberal), D. Ddy (konservativ oder
unionistisch), Genosse J. W. Benson (Arbeiterpartei). Unser
Interesse gehört selbstverständlich dem sozialistischen Arbeiterkandidaten.
Benson ist Maschinenbauer und tritt als Sozialist auf. In seiner
Kandidatenrede sagte er: „... Ich stehe hier als Arbeiter und
Sozialist, der die Befreiung der Arbeiterklasse wünscht. Diese Be-
freiung kann nur vollzogen werden, wenn wir unabhängig von
den beiden alten Parteien vorgehen, denn diese Parteien vertreten
die Grundherren und den Kapitalismus. Die Sozialisten sind nicht
da, um die Familie, die Religion und die persönliche Freiheit zu
zerstören, sondern die Macht des Grundherren, des Kapitalisten, des
Bourgeois und überhaupt aller derjenigen Personen, die von der
Arbeit leben. Der Sozialismus ist ein Angriff auf die gegen-
wärtige Gesellschaftsordnung mit ihrer Armut, ihrer Arbeitslosigkeit
und ihrer Arbeitsunsicherheit.“

Rußland.

Russische Greuel.

Eine neue Schreckensnachricht kommt aus
Warschau: Das Kriegsgericht hat wieder gearbeitet und
neun unschuldige Opfer sind dem Henker des Jaren
verfallen. Angehört ist der Appell an das Bürgerium
Europas verhallt und dem Ruf, den Schriftsteller wie
Brandes und Polster wie Jaurès erlassen haben, antwortet
allein schauriges Todesurteil. Neue Opfer sind gefallen
und das bürgerliche Europa wird teilnahmslos bleiben.
Aber die Morde des Jaren werden nicht ungeahnt bleiben;
die russische Revolution wird nicht gestoppt und der Tag der
Rechenschaftsablegung wird noch kommen.

Klassenscheidung in der Herrenduma.

Die konservative Majorität der Herrenduma hat während der letzten
Sitzungen einen Klassen Riß erhalten. Die rechts stehenden
Bauern, die mit Hilfe der Junker in die Duma gewählt, diesen
in politischen Fragen treue Gefolgschaft leisteten, setzten es schließ-
lich durch, daß der schon im Februar von 89 bauerlichen Abgeord-
neten eingebrachte Antrag wegen gerechter Verteilung
der den Bauern auferlegten Pflichten und Lasten auf die Tages-
ordnung gestellt wurde. Die Angst vor den Wählern im Dorfe und
das Bewußtsein, während der ganzen Session keinen Finger für die
Interessen der Bauernschaft gerührt zu haben, mag die Antragsteller
betrogen haben, die Besprechung ihres Antrages trotz des Wider-
standes der Junker zu erzwingen.

Hierbei kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen den
rechts stehenden Bauern und ihren junkerlichen Fraktionsgenossen.
„Nieder mit den Parteien, hoch die Klassen,“ so charak-
terisierte die „Nowoje Wremja“ den Sinn der Debatten.
In der Tat, während der Debatten, die weit über die Grenzen des
gestellten Antrages hinausgingen, zeigte sich der tiefe Gegensatz
zwischen den bauerlichen und junkerlichen Elementen auf der rechten
Seite der Duma. Der Begründer des Antrages, der frühere Dorf-
älteste Dwarjanow, debatierte mit einer „Anker“-Rede, in
der er das Hörigkeitsverhältnis der russischen Bauern grell beleuchtete
und die Angriffe des Grafen Uwarow glänzend zurückschlug. Ihm
folgte eine lange Reihe rechts stehender Bauern, deren politischer Konser-
vatismus sich gänzlich verflüchtigte, als es galt, die rechtlichen und
wirtschaftlichen Interessen der Bauernschaft zu verteidigen. Alle Partei-
disziplin verfiel, und die rechts stehenden Bauern und Dorf-
geistliche begrüßten mit demonstrativem Applaus die Reden der
Opposition.

Die geschärfte Debatte zeigte zur Evidenz, daß die Wlad-
partei sehr gut wußte, was sie tat, als sie es ängstlich
vermied, die Agrarfrage in der Duma aufzurollen. Sie wußten,
daß das künstliche Gebilde der Regierungsmehrheit zusammenstürzen
würde, sobald die wirtschaftlichen Interessen des Bauernthums be-
rührt werden würden. Wäre es ihnen ihre Obstruktionspolitik
gelungen: die Duma geht noch einige Wochen in die Ferne, ohne
dieses zentrale Problem des russischen Lebens berührt zu haben.
Während der Herbstsession wird es sich aber zeigen, daß selbst der
Staatsstreich vom 16. Juni es nicht vermochte, die Stimme des
Bauernthums aus der Duma zu verbannen und die Rufe der
„180.000“ Stolypinski'schen Gutbesitzer dauernd zu sichern. —

Türkei.

Das mazedonische Uebereinkommen.

Seitdem Oesterreich durch das Projekt der Sandtschalsbahn die
Balkanfrage wieder in Fluß gebracht hat, ist es das Bestreben En-
glands gegenüber dem deutschen und österreichischen Einfluß in der
Türkei seinen eigenen zu stärken. Während aber Deutschland seine
Balkansstellung durch stets innigere Freundschaft mit dem Sultan zu
stärken sucht, tritt England auf die Seite der kleinen Balkanvölker,
die es vom türkischen Reich loszulösen sucht. Dieses Ziel ver-
folgt es vor allem mit Mazedonien, für das die englische Re-
gierung ein weitgehendes Reformprogramm vorgelegt hat, das das
„europäische Konzert“ dem Sultan aufzwingen soll. Die Vorschläge
stehen auf dem Widerstand der anderen Mächte und England sucht
zunächst mit Rußland zu einem Uebereinkommen zu gelangen,
dem Frankreich sich ohne weiteres anschließen würde. Dieses Ueber-
einkommen ist nun zustande gekommen und es stellt eine der Früchte
der Revolver Zusammenkunft vor. Englands Vorschläge hätten
den unmittelbaren Uebergang Mazedoniens zur Selbstständigkeit be-
deutet. Mazedonien sollte unter die Verwaltung eines selbstständigen
Gouverneurs gestellt und die Steuern ausschließlich für die Kosten
der mazedonischen Verwaltung verwandt werden. Die Ausgestaltung
der Justizreformen und des Sicherheitsdienstes sollte den Gräueln
des Vandenkerrieges ein Ende bereiten. Demgegenüber bedeuten nun
die neuen russisch-englischen Vorschläge ein Kompromiß, das jedoch
den englischen Forderungen in hohem Maße entgegenkommt.

Nach den Mitteilungen der Blätter sollen die Truppen,
die die Ruhe aufrecht zu erhalten haben, ausschließlich Ottomanen
sein und die Kosten für die Truppen auf Konto des mazedonischen
Fiskalbudgets übernommen werden. Der Hauptpunkt des neuen
Reformplanes sei die Annahme des Griechischen Vor-
schlages, daß die Ausgaben der mazedonischen Zivilverwaltung im
Budget in erster Linie berücksichtigt werden müssen. Der General-
inspektor soll auf sieben Jahre ernannt und sein Gehalt
sichergestellt werden. Ausland werde den Mächten beide Pläne vor-
legen und dann bei der Pforte nachdrücklich dafür eintreten.
Man glaubt, daß das Zusammengehen der Mächte
geschafft sei.

Marokko.

Safidistische Erfolge.

Tanger, 20. Juni. Die Djehala-Stämme in der Um-
gebung von Tanger haben beschloffen, Mulay Hafid als
Sultan anzuerkennen und werden den Markt von Tanger
verlassen, falls diese Stadt ihrem Beispiele nicht folge. Ferner be-
schlossen sie, die sechs Meilen von der Stadt lagernde Mahalla
Abdul Afis anzugreifen.

Paris, 20. Juni. Dem „Matin“ wird aus Tanger ge-
meldet, daß die Gegner des Sultans Abdul Afis den Plan gefaßt
hätten, bei dem geistigen Gottesdienst in der dortigen großen
Moschee Mulay Hafid zum Sultan auszurufen zu
lassen, indem sie in dem Gebet für den Herrscher den
Namen Abdul Afis durch Mulay Hafid ersetzen wollten.
Der Moschee, der rechtzeitig von diesem Plan in Kenntnis gesetzt
worden sei, habe 12 Führer der Safidisten festnehmen lassen.
Durch ein starkes Aufgebot von Geheimagenten und Polizeibeamten
in und vor der Moschee sei die Proklamation Mulay Hafids zum
Sultan verhindert worden. Es sei dies aber ein Ereignis, auf das
man sich jeden Augenblick gefaßt machen müsse.

Die Politik Italiens.

Rom, 19. Juni. Kammer Sitzung. Auf eine Anfrage des
Abgeordneten Galli, ob Italien an dem Prinzip der Nichtinter-
vention in die inneren marokkanischen Angelegenheiten auch für den
Fall festhalten wolle, daß Mulay Hafid irgend einen Hofen besetzen
würde, erwiderte der Unterstaatssekretär des Aussenwesens Pompi-
ni, daß es dem Anschein habe, als ob Mulay Hafid auf dem
Wege sei, sich eine vorherrschende Stellung zu
erwerben. Der Unterstaatssekretär erinnerte daran, daß
Italien in Marokko weder eigene Pläne noch besondere
Interessen verfolge. Die beiden Mächte, die wegen ihrer
geographischen Lage gegenüber von Marokko sowie wegen der be-
sonderen Bedeutung ihrer Beziehungen zu diesem Lande von den
Mächten mit einem besonderen Mandat betraut worden sind, gingen
sich mit vollkommener Loyalität vor und daß man keine Ursache
habe, daran zu zweifeln, daß ihre Haltung auch in Zukunft die
gleiche sein werde. Die kürzlichen Erklärungen Pichons seien
dafür eine Bürgschaft. —

Amerika.

Die Kandidatur Tafts.

Der Nationalkonvent der Republikaner hat gestern Taft
mit überwältigender Majorität zum Präsidentschaftskandidaten
gewählt. Taft erhielt 702 Stimmen, Hughes 63, Cannon 61,
Fairbanks 40, Anso 68, Rockefeller 23, Howaker 16, Roose-
velt 3 Stimmen. Die Nominierung Tafts erfolgte dann
einstimmig.

Die Aufstellung der Kandidaten erfolgte in der Weise,
daß die Vertreter der Einzelstaaten in alphabetischer Reihen-

folge die Kandidaten nannten. Illinois nannte Cannon,
Indiana Fairbanks, New York Hughes, der nur mit schwachen
Beifallsbezeugungen aufgenommen wurde. Die Galerien,
ungebuhlig, Taft genannt zu hören, unterbrachen die Sprecher.
Als Ohio endlich Taft nominirte, erfolgte eine Szene
größter Begeisterung, und 25 Minuten dauerte
das Flaggenschwingen, die lauten Zurufe und
die Lieder.

Die Entscheidung des Konvents, die eigentlich nur die
Sanktionierung des Willens Roosevelts war, ist von um
so größerer Bedeutung, als die Republikaner hoffen dürfen,
auch diesmal wieder aus den Wahlen als Sieger hervor-
zugehen.

Die Wahl Tafts bedeutet den Sieg der Kapital-
magnaten, die bei Taft vor den demagogischen Seiten-
sprüngen Roosevelts sicher zu sein glauben. In der Tat hat
die amerikanische Plattform, die in wenig geänderter Fassung
angenommen wurde, die Forderungen Compers' durch ein
schwächliches Kompromiß aus der Welt zu schaffen gesucht.
Die Befugnis der Gerichte, Inhaltsbefehle gegen die
Gewerkschaften auszusprechen soll nicht aufgehoben,
sondern nur „eingeschränkt“ werden. Das bedeutet
die Verweigerung des notwendigen Schutzes des
Koalitionsrechtes und die amerikanischen Arbeiter werden
trotz der Quertreibereien des Compers daraus hoffentlich die
Konsequenzen ziehen. Es ist zum erstenmal in der Ge-
schichte der amerikanischen Parteikonferenzen, daß die
Arbeiterfrage eine so bedeutende Rolle spielt, aber es
ist auch sicher, daß das erst der Anfang ist. Die Fortsetzung
aber heißt auch dort: „Anschluß der Arbeiter an
die Sozialdemokratie.“

Das Wahlprogramm.

Chicago, 18. Juni. Die Plattform beschäftigt sich mit den
Zustand und tritt für Gesehe ein, die die Kontrolle des
Bundes über die Zerstörungsgesellschaften erhöhen, und eine erweiterte
Offenlegung der Geschäftsführung derjenigen Gesellschaften sichern,
die am zwischenstaatlichen Handel beteiligt sind und die Möglichkeit
haben, ein Monopol auszuüben. Ferner empfiehlt die Plattform
eine Revision des Zolltarifs durch eine besondere Session
des Kongresses, die unmittelbar der Einführung des nächsten
Präsidenten folgen soll. Die Plattform erklärt, die richtige Schul-
politik, die am besten dem Auslande gegenüber aufrecht er-
halten werden könne und mit einem angemessenen Nutzen für die
amerikanischen Industrien verbunden sei, liege in der Errichtung
eines Maximal- und eines Minimaltarifes. Der
erster soll Anwendung finden bei ungleicher Behandlung ameri-
kanischer Waren seitens des Auslandes, der Minimaltarif soll das
Normalmaß des Schutzes der amerikanischen Produktion bilden.
Ferner wird die Zulässigkeit von Frachtabkommen der Eisen-
bahnen unter Zustimmung der Kommission für zwischenstaatlichen
Handel empfohlen und schließlich schlägt die Plattform ein Gesetz vor
zur Verhütung der übermäßigen Ausgabe von Aktien und Bonds
seitens der Eisenbahnen. —

Tafts Nachfolger.

Washington, 19. Juni. Taft hat seine Demission als Kriegs-
sekretär gegeben. Sein Nachfolger wird Luc Wright von Tennessee,
der frühere Botschafter in Tokio. —

Der Vizepräsident.

Chicago, 19. Juni. Die Stimmabgabe im Republikanischen
Nationalkonvent für die Nominierung einer Kandidatur für den
Posten des Vizepräsidenten war folgende: Sherman
816 Stimmen, Murphy 77 Stimmen, Guild 75 Stimmen, Fairbanks
1 Stimme, Sheldon 10 Stimmen. Darauf wurde James Sherman,
ein langjähriges Mitglied des Kongresses, unter großem Jubel zum
Vizepräsidenten proklamiert. —

Aus der Partei.

Ein neuer Streiter.

New York, 1. Juni. (Fig. Ver.)
Was die Parteigenossen New Yorks seit Jahren ersehnt, ist
nunmehr zur Tatsache geworden. Sie besitzen eine englische Tages-
zeitung. Die erste Nummer des „Evening Call“ ist am
30. Mai erschienen. Der Zeitpunkt der Herausgabe ist gut ge-
wählt. Fällt er doch zusammen mit dem Beginn des Wahlkampfes
um die Präsidentschaft, eines Wahlkampfes, der sich angesichts der
Erbitterung der Arbeiterschaft gegen die republikanische und auch gegen
die demokratische Partei unter ganz neuen Verhältnissen vollziehen
dürfte. Nicht nur die beiden sogenannten großen Parteien haben
in allen die Arbeiterklasse berührenden Fragen versagt, sondern
auch die gesamte bürgerliche Presse. Unter diesen Umständen ist
es verständlich, daß selbst solche Gewerkschaftsführer, die noch vor
kurzem jede Identifizierung mit allen von Sozialisten geförderten
Bestrebungen zurückgewiesen hätten, das Erscheinen des „Call“ in
begeisterter Zustimmung begrüßen, und daß sogar die mit republi-
kanischen und demokratischen Politikern durchgeführte Central Federated
Union (Gewerkschaftsartell) von New York den neuen Kampf-
genossen willkommen heißt.

Die politische Leitung des Blattes liegt in den Händen der
Genossen Hurt und Lee, welche letzterer den deutschen Genossen
durch seine Mitarbeiterschaft an der Neuen Zeit bekannt ist. Als
Mitredakteur wurden eine Reihe tüchtiger parteigenössischer Jour-
nalisten gewonnen, so daß der neue Mitstreiter im bevorstehenden
Wahlkampf treffliche Dienste leisten wird. Die Auflage des
„Call“, der den hiesigen Verhältnissen gemäß hauptsächlich auf
den Straßenverkauf angewiesen ist, war schon am Erscheinungs-
tage eine überraschend große. In den Vereinigten Staaten er-
scheinen jetzt fünf sozialistische Tageszeitungen: „The Chicago
Socialist“, „The Call“, „The Daily People“, „New Yorker Volks-
zeitung“ und „Philadelphia Tageblatt“.

Der Tod eines sozialistischen Abgeordneten.

Rom, 18. Juni.
Am 17. d. Mts. ist in Valenza Genosse Giulio Galbi,
Abgeordneter dieses Wahlkreises, im Alter von 43 Jahren gestorben.
Galbi, der erst seit einer Legislaturperiode dem Parlament an-
gehörte, war einer der einflußreichsten Genossen in Piemont. Er
war Chefredakteur des „Grado del Popolo“, des elementarsten
Tageblattes unserer Partei, das aus finanziellen Gründen nach
wenigen Monaten sein Erscheinen einstellen mußte. Seinem Nach-
folger, Galbi, war Galbi ein guter Kenner der Auswanderungs-
frage, der ex besondere Studien in Südamerika gewidmet hatte.
Galbi hinterläßt eine junge Frau und ein Kind. Er ist einem
Strebenden erlegen. Für die Parlamentarisation und für die ganze
Partei ist sein Tod ein schwerer Verlust.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Stroffons der Presse. Wegen angeblicher Beleidigung des
Hirsch-Dunderschen Bezirksleiters Stroffels wurde am Don-
nerstag Genosse S. Wolff von der „Volksmacht“ in
Dresden wieder einmal zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. — Der
Ingenieur Herr Stroffels, dem im Prozeß gegen Genossen David-
sohn vom „Vorwärts“ vom Gericht attestiert wurde, daß er Strei-
kbrecher ist, mag noch so viele Verurteilungen sozialdemokra-
tischer Medaillone wegen formeller Beleidigung seiner Person erzielen,
er wird doch immer der moralisch Gerichtete bleiben.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Koffermacher.

In einer außerordentlichen Versammlung, die am Freitagabend im Gewerkschaftshaus tagte, besprachen die Koffermacher das Ergebnis der letzten Verhandlungen mit den Unternehmern. Der Referent Lange legte dar, daß der Verband dem Wünsche der Unternehmer, mit Vertretern der Streikenden direkt zu verhandeln, entgegengekommen sei. Eine Kommission wurde gebildet, die am Donnerstag mit den Vertretern der Fabrikanten-Vereinigung verhandelte. Freilich stand jenseits fest, daß Unterhandlungen nur auf Grundlage des gefällten Schiedsspruchs möglich seien. Darüber waren die Unternehmer einverstanden, denn sie kamen mit neuen und für die Kommission überraschenden Vorschlägen. Sie wollten vom 1. Januar 1909 ab für Handkoffermacher 6 Proz., für Rohr- und Holzkoffermacher 2 1/2 Proz. Lohnerhöhung bewilligen; für das Jahr 1908 soll überhaupt nichts bewilligt werden. Die Kommission wies diese Vorschläge sofort als unannehmbar zurück.

In der Diskussion über den Situationsbericht wurde betont, daß unter solchen Umständen der Streik, der jetzt 6 Wochen dauert, weiter geführt werden sollte. 21 Fabrikanten haben die Forderungen der Koffermacher anerkannt, 8 Firmen weigern sich dagegen beharrlich, mit ihren Arbeitern Frieden zu machen. Die Zahl der Streikenden beträgt etwa hundert. Der Verbandsvorsitzende Schulze forderte, daß die Streikenden in eine geheime Abstimmung zu den Vorschlägen der Unternehmer Stellung nehmen und daß eine Zweidrittelmajorität notwendig sein solle, um diese Vorschläge zu verworfen. Dem Antrag gemäß wurde verfahren. Das Resultat war, daß die Vorschläge fast einstimmig abgelehnt wurden. Von 97 abgegebenen Stimmen war nur eine einzige zugunsten der Vorschläge der Unternehmer.

Der Kampf wird also fortgeführt werden. Schulze erklärte zum Schluß, daß er das Resultat mit besonderer Genugtuung begrüße, denn ihm sei gerade von den Unternehmern der Vorwurf gemacht worden, daß er seine Kollegen zu stark beeinflusse, und er habe verprochen, sich gerade in dieser Beratung jeder Beteiligung zu enthalten. Jetzt könne er erklären, daß die Bewegung seiner Ansicht nach günstig laufe und daß es nur darauf als wichtiges Moment ankomme, daß die Kollegschaft freiwillig und geschlossen den Kampf fortsetze.

Folgende Resolution wurde angenommen:

„Die am Freitag, den 19. Juni, versammelten Koffermacher nehmen Kenntnis von den mit der Fabrikantenvereinigung gepflogenen Verhandlungen und sind der Ansicht, daß die äußerst dürftigen Zugeständnisse völlig unzulänglich sind. Die Streikenden erklären, weiter in dem Ausstand zu beharren, bis ihnen von Seiten der Arbeitgeber die Hand zu einem für sie ehrenvollen Frieden geboten wird.“

Deutsches Reich.

Die Aussperrung der Eisarbeiter in Vöhrheim

steht noch auf dem alten Fied. Die Fabrikanten lehnten in brüster Form Verhandlungen ab, die für den 1. Juni vom Einigungsamt in Vöhrheim anberaumt worden waren. Auf die Resolution einer darauffolgenden Eisarbeiterversammlung und einer öffentlichen Erklärung der Streikleitung antworteten die Fabrikanten mit einer Gegenerklärung, in der sie ausprüchen, daß die Lohnfrage für sie ausgeschlossen sei und es ihnen fernliege, eine 10prozentige Lohnherabsetzung durchzuführen. Sobald daher die Arbeit bei der Firma Dier wieder aufgenommen würde, bei der zuerst die Mitglieder des Buchbinderverbandes kündigten (nachdem 5 Vertrauenspersonen gemahnt worden waren), werde sich ein Weg zur Verständigung finden lassen. Daran knüpfte der Vorstand des Buchbinderverbandes an, indem er sich nach einem Briefwechsel mit der Vereinigung der Eisfabrikanten bereit erklärte, die Wiederaufnahme der Arbeit bei der Firma Dier zu empfehlen, sofern seitens der Fabrikantenvereinigung die Erklärung abgegeben werde, daß sofort noch Wiederaufnahme der Arbeit bei der Firma alle Aussperrten und Streikenden an ihre alten Plätze zu den bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen wieder eingestellt würden. Zu dieser Erklärung konnte sich aber die Eisarbeitervereinigung nicht aufschwingen, die Wiedereinstellung sollte den „Dispositionen und dem Ermessen der Fabrikanten“ überlassen bleiben. Unter solchen Umständen konnte natürlich von der Wiederaufnahme der Arbeit keine Rede sein. Das ist dem Vorstand der Eisarbeitervereinigung auch mitgeteilt worden.

Der Kampf dauert nunmehr über 7 Wochen. Der Buchbinderverband hat sich von Anfang an auf einen langen Kampf eingerichtet und kann daher den Ausgang ruhig abwarten.

Ausland.

Die Gewerkschaften Oesterreichs im Jahre 1907.

Soeben ist der vom Genossen Huber bearbeitete Bericht über die Stärke und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften Oesterreichs im Jahre 1907 erschienen. Selbstverständlich hat die schlechte Geschäftslage ihren lähmenden Einfluß auf die Arbeiterbewegung ausgeübt. Trotzdem konnten aber 186 000 neue Mitglieder gemustert werden, von denen allerdings nur 52 824 verblieben, so daß die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von 448 270 im Jahre 1906 auf 501 094 Ende 1907 stieg. Hier von waren 46 401 Frauen. Die Zunahme der weiblichen Mitglieder ist in den letzten Jahren eine ganz erfreuliche gewesen; sie betrug im Jahre 1892 2216, im Jahre 1902 waren es immer erst 5888.

Auch die Zentralisierung der gewerkschaftlichen Berufsorganisationen geht in Oesterreich in erfreulicher Schnelligkeit vor sich. Im Jahre 1901 existierten noch 206 Landes- oder Lokalvereine; im Vorjahre waren deren noch 89 vorhanden, im Berichtsjahre nur noch 77. Die Lokalvereine gliedern sich mehr und mehr den Zentralverbänden ein. Die Zahl der letzteren ist gleich geblieben, sie beträgt 49, die insgesamt 5030 Ortsgruppen umfassen.

Große Unterschiede zeigen sich, wenn man die Zahl der organisierten Arbeiter nach Kronländern geordnet betrachtet. Böhmen steht mit 178 084 oder 35,52 Proz. aller Organisierten an der Spitze. Sodann folgt Wien, wo 125 620 (25,07 Proz.) organisierte Arbeiter vorhanden sind. Dann kommen Böhmen mit 49 527 Gewerkschaftsmitgliedern, Niederösterreich mit 39 002, Schlesien und Steiermark mit je 25 000 Mitgliedern. In den übrigen Kronländern ist die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder sehr gering; an letzterer Stelle kommen die Bukowina mit 994 und Galizien mit 476. Etwas anders gestaltet sich die Reihenfolge, wenn man die Zahl der Gewerkschaftsorganisierten mit den auf Berufstätigen vergleicht. Hier marschiert Wien mit 39 auf je 100 Berufstätigen an der Spitze; es folgt Salzburg mit 33, Niederösterreich mit 27, Schlesien und Steiermark mit je 24, Istrien mit 22, Böhmen mit 20 von je 100 Berufstätigen usw.

Die Gesamteinnahme der österreichischen Gewerkschaften betrug 8 120 763 Kronen, die Ausgaben 7 147 780 Kronen. Von den Ausgaben entfielen 2 841 000 Kronen auf Unterhaltungszwecke und 4 806 360 Kronen auf andere Vereinszwecke. In der letzteren Summe finden die Ausgaben für die Fachorgane im Betrage von 1 016 227 Kronen eingebriffen. Außerdem wurden für einen Hilfsfonds bzw. Streikfonds 8 293 716 Kronen aufgebracht, wovon 1 825 567 Kronen für Streiks und Maßregelungen ausgegeben wurden.

Das Gesamtvermögen der österreichischen Gewerkschaften ist mit Ende 1907 auf 8 806 093 Kronen angewachsen. Hier von entfielen auf die Buchdrucker 2 920 000 Kronen, auf die Metallarbeiter 1 208 000 Kronen, die Holzarbeiter und Textilarbeiter verfügen über circa je 1/2 Million Kronen.

Die tschechoslowakischen Vereine, die in der tschechoslowakischen Gewerkschaftsorganisation in Prag vereinigt sind, liegen von 30 auf 33 mit 465 auf 765 Ortsgruppen; die Zahl der Mitglieder betrug 37 423. Von diesen sind 12 sogenannte Reichs-

vereine, die den Zweck verfolgen, alle tschechischen und slowakischen Berufsangehörigen zu vereinigen. An Einnahmen weisen diese Vereine rund 456 750 Kronen auf, denen 355 020 Kronen an Ausgaben gegenüberstehen. — Ueber den Stand der Fachpresse sei folgendes mitgeteilt: es existieren 50 deutsche, 44 tschechische, 8 polnische, 3 italienische Fachblätter und ein slowakisches. Die Gesamtauflage dieser Gewerkschaftsblätter betrug 508 000, gegen 1906 eine Zunahme von 30 020. Das ganze bietet ein Bild erfreulicher Aufschwüngen. Auch die österreichischen Gewerkschaften sind über die Zeiten hinaus gewachsen, wo jede Geschäftskrise oder jeder verlorene Kampf auch zugleich eine schwere Erschütterung der ganzen Berufsorganisationen nach sich zog. Die österreichischen Gewerkschaften haben sowohl an Mitgliederzahl als auch an innerer Festigkeit gewonnen und bilden gegenüber dem Unternehmertum eine achtunggebietende Macht.

Aus der Frauenbewegung.

Genossinnen Noabits!

Im 12. Landtagswahlkreis wird am Dienstag endgültig der Kampf um das Landtagsmandat ausgefochten. Mit Siegeszuversicht tritt unsere Partei auf den Plan. Die Sozialdemokratie steht wie immer allein der Reaktion gegenüber, freisinnige und konservative werden, wie es das Wahlbündnis erheißt, geschlossen gegen die Sozialdemokratie aufmarschieren. Da gilt es denn unsere ganze Macht aufzubieten, um dem Freisinn das Mandat zu entreißen.

Genossinnen! Der Freisinn hat bisher bewiesen, daß ihm jede freisinnige Bewegung längst abhanden gekommen ist, daß die Arbeiterklasse von ihm nichts zu erwarten hat. Schon aus diesem Grunde muß das Mandat für den sozialdemokratischen Kandidaten gewonnen werden. Noch einmal müssen unsere Genossinnen die gegnerischen Wahlmänner, die als Geschäftsleute von Arbeiterkundschaft abhängig sind, auf die Konsequenzen ihrer Handlungsweise am 28. Juni aufmerksam machen. Nur eine geringe Stimmenzahl fehlt uns an der absoluten Majorität. Diese noch fehlenden Stimmen aufzutreiben, das muß gelingen!

Die Frauen Noabits haben bisher im Wahlkampf tapfer geholfen und dieser Appell im letzten Augenblick muß sie noch einmal alle auf die Schanzen treiben. Aus den Listen der einzelnen Wahlbezirke ist zu ersehen, wer als gegnerischer Wahlmann in Betracht kommt.

Genossinnen! Bietet eure ganze Ueberredungskunst auf, laßt euch durch nichts abschrecken! Die Belohnung eurer Aufopferung für die Partei liegt in dem Bewußtsein, den Sieg im 12. Wahlkreis miterkämpft zu haben.

Darum auf, Genossinnen, frisch ans Werk!

Die Vertrauensperson.

Streikende Landarbeiterinnen in Preußen! Auch bei den Landarbeitern beginnt es mehr und mehr zu dümmern. Vor einigen Tagen legten in Pommern (Schlesien) einige Hofgärtnerinnen vom Graf Strachwitschen Gut gemeinsam die Arbeit nieder. Sie verlangten eine Lohnerhöhung von täglich 10 Pf., da sie mit der bisherigen Entlohnung, 70 Pf. den Tag, nicht auskommen konnten. Die Verwaltung mußte dieser Forderung um so mehr nachkommen, weil eine Anzahl anderer Frauen, die sogenannten Knechtinnen, bereits 80 Pf. Lohn den Tag erhielten und die Ausländischen durchaus nicht gewillt waren, zu den alten Bedingungen noch weiterzuarbeiten. Und so wurde nach eintägigem Streik die Forderung bewilligt.

Beiträge für den Allgemeinen Sozialdemokratischen Wahlverein der Frauen nehmen für den II. Wahlkreis folgende Genossinnen entgegen: Frau Marie Döring, W. Steinhilberstr. 23, Seitenf. IV. Frau Agnes Bachmann, W. Kaplerstr. 4, Seitenf. III. Frau Emma Jacob, SW. Kapbachstr. 39, vorn IV. Restaurant A. Wiemers, W. Wiltonstr. 58. Frau Marie Klotz, S. Rüststr. 1, vorn III. Frau Emma Simon, S. Plan-ller 92a, IV. Frau Jung, S. Plan-ller 34, V. Frau Klingner, S. Rüststr. 28, II. Frau Groth, S. Voedstr. 46, Duergeb. IV.

Arbeiterinnenmangel.

Während die meisten Berichte der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1907 eine Zunahme der Ausnutzung weiblicher Arbeitskraft konstatieren, soll sich nach dem Liegnitzer Bericht ein großer Arbeiterinnenmangel auch im Jahre 1907, namentlich in der Textilindustrie, bemerkbar gemacht haben. Eine große Flachspinnerei konnte die gute Konjunktur nicht ausnützen; sie mußte den fünften Teil ihrer Spindeln außer Betrieb setzen. Ein Strumpfwarenfabrikant sah sich im Sommer gezwungen, seinen Betrieb einzustellen, weil die Arbeiterinnen Sommerstellen im Gebirge angenommen hatten; ein anderer Fabrikant mußte seinen Betrieb erheblich einschränken.

Wahrscheinliche Ursache des Arbeiterinnenmangels dürfte die zu geringe Bezahlung in der Textilindustrie sein.

Auch aus dem Regierungsbezirk Merseburg wird über empfindlichen Mangel an weiblichen Arbeitskräften berichtet. „Solche waren in manchen Orten trotz aller Bemühungen der Arbeitgeber nicht zu erlangen.“

Ein eigenartiges Verständnis bekundet der Berichtserstatler des Regierungsbezirks Köln. Er bemerkt, daß Betriebe, die weibliche Arbeitskräfte in größerer Zahl nötig haben, in ländliche Gegenden verlegt werden, weil in den Städten Mangel an weiblichen Arbeitskräften herrscht. „Sollte hier nicht vielmehr die willigere, billigere, weil weniger aufgestaute Landbevölkerung von den schlauen Unternehmern den Städten vorgezogen werden?“

Frauen- und Kinderarbeit im englischen Bergbau.

Das englische Ministerium des Innern veröffentlicht soeben einen Bericht über die Zahl der beschäftigten Vergleute, Kohlenproduktion, die Unfälle im Bergbau usw. im Jahre 1907. Danach betrug die Zahl der im Bergbau und in Steinbrüchen (von mehr als 20 Fuß Tiefe) beschäftigten Arbeiter 1 060 034, eine Zunahme gegen 1906 von 59 644 im Bergbau, eine Abnahme von 3702 in Steinbrüchen. Hier von entfielen 940 618 oder 89 Proz. auf Kohlengruben. Der weitaus größte Teil von den letzteren, nämlich 758 000 oder mehr denn 80 Proz. arbeiten unterirdisch, und hier unter befinden sich nicht weniger denn 6000 Knaben im Alter von 13 bis 14 Jahren. Außerdem wurden noch 2865 Knaben unter 14 Jahren sowie 5650 Frauen gezählt, die über Tage beschäftigt wurden; unter den letzteren im Alter von 16 Jahren. Die Gesamtzahl der im Kohlenbergbau beschäftigten Knaben und Jugendlichen betrug 64 563; diese verteilen sich wie folgt:

Unterirdisch	Oberirdisch
Knaben von 13—14 Jahren 5989	von 12—14 Jahren 2665
Jugendliche von 14—16 Jahren 41750	von 14—16 Jahren 14159

Die Zahl der Unfälle im Bergwerken und Steinbrüchen mit tödlichem Ausgang betrug 1253 mit 1368 Toten. Hieran sind die Kohlengruben mit 1195 Unfällen mit 1279 Toten beteiligt. — Die Produktion von Kohlen stieg auf 267,83 Millionen Tonnen, gegen 251,06 Millionen Tonnen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin. Der für Dienstag, den 23. Juni, geplante Auszug der Genossinnen Noabits findet wegen der Landtagswahl nicht statt. Die Vertrauensperson.

Kaiserlicher Hofball und Gesundbrunnen. Montag, den 22. Juni: Auszug der Genossinnen nach Tegel (Waldschänke), vis-a-vis Schloßrestaurant. Bis 4 Uhr gemüthliches Kaffeeloch, dann Waldparade. Treffpunkt 2 Uhr nachmittags in Tegel, Endstation der Elektrischen.

Reinickendorf. Mittwoch, den 24. Juni, 8 Uhr, bei Franke, Eichhornstraße 18: Vortrag.

Versammlungen.

Deutscher Holzarbeiterverband. Eine Vertrauensmännerversammlung für sämtliche Branchen und Bezirke fand am Donnerstagabend bei Frey in der Koppenstraße statt. Auf der Tagesordnung stand der Bericht vom Verbandstage in Stettin. Dazu erhielt Leopold das Wort. Den Mittelpunkt der Verhandlungen bildete neben der Frage der Waise die Tarifpolitik des Verbandes. Der Redner meinte, daß weniger in den Beschlüssen des Verbandstages als in der fruchtbaren Diskussion über alle angeregten Fragen der Wert und die Wichtigkeit der diesjährigen Tagung zu suchen. Es dürfe keine Nichtstimmung Platz greifen, wenn die Organisation ihre Aufgaben gegenüber dem andrängenden Unternehmertum in vollem Maße erfüllen soll. Die Zahl der Mitglieder wird stetig größer und wenn auch das Wachstum der Zahl durch die hereinbrechende Krise etwas beeinträchtigt worden ist, so kann dies nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Die Agitation für den Verband muß um so dringender jedem Mitgliede zur Pflicht gemacht werden. — In der Diskussion gab sich manche Unzufriedenheit mit den Leistungen des Verbandstages kund. Man sprach sich energisch für die Hochhaltung der Waise und gegen einen Reichstarif im Gegensatz zum Ortsstarif aus. Es wurde lebhaft begrüßt, daß der Zentralverband nach Berlin verlegt werden soll.

Auf Anregung von Glöde wurde beschlossen, die beiden wichtigen Fragen der Tarifpolitik und der Waise zum Gegenstand einer eingehenden Beratung in einer der nächsten Versammlungen zu machen, da es unbedingt notwendig ist, daß gerade bei den Vertrauensmännern darüber volle Klarheit herrscht, um befähigt zu sein, die Aufklärung in weite Kreise der Mitglieder zu tragen.

Eine öffentliche Engros-Schlächtergefellens-Versammlung, einberufen vom Zentralverband der Fleischer, fand am Freitagabend unter sehr zahlreicher Beteiligung im „Alteum“, Landberger Allee, statt. „Die Machtlosigkeit der Berliner „Brüderlichkeit“ und des „Bereins der Berliner Engros-Schlächtergefellens“, und wie ist es möglich, die langersehnten Wünsche der Engros-Schlächtergefellens zu verwirklichen?“ Das war das Thema, das von Bergmann in eindrucksvollem 1 1/2stündigen Referat behandelt wurde. Die „Brüderlichkeit“ hatte als Antwort auf einen Mahnruf des Zentralverbandes am Eingang zur Versammlung ein Flugblatt verbreiten lassen, das an Schimpfereien und Verhöhnungen nichts zu wünschen übrig ließ, auch in ihrem Fachblatt gegen die sozialdemokratische Partei und den roten Verband losgewettert. Nach einem geschichtlichen Rückblick über das Fleischnegewerbe und dessen verschiedene Organisationen beleuchtete Bergmann die mangelhaften Leistungen aller bisherigen Gefellensorganisationen. Er gestellte die Forderung der oben genannten Organisationen und führte viele Beispiele deren Harmonisierens mit den Innungen an. Bereits 1904 hatte eine Bewegung dieser Branche stattgefunden, die aber durch den Mangel einer starken Organisation verpuffte. Die Verhältnisse auf dem Schlachthofe, besonders die der sogenannten „Helfer“ (nicht festangestellte Gefellen), sind die denkbar schärfsten und sollte es häufiger vor, daß die Gefellen durch Aufsteig und Hausdiener verdrängt würden. Auch die mangelhaften Konsumverhältnisse trugen zu diesen Mäzen mit bei. Der Referent empfahl schließlich die Gründung einer besonderen Sektion der Engros-Gefellen im Zentralverband. Auf den Kampfplan ließ er stellen und dem Fleischerverband eine starke Gefellensorganisation entgegenzustellen, ohne Rücksicht auf religiöse und politische Anschauung, sei unbedingt nötig. — Völlig, der Vorsitzender der Fleischhändlerorganisation, verfuhrte zwar, die „Brüderlichkeit“ respektive den „Bund“, in dem alle blauen, gelben und christlichen Organisationen vertreten sind, zu rechtfertigen, aber der Liebe Ruhe war vergebens. — Die sonst noch zu erörternden Schlachthofangelegenheiten wurden für eine spätere Versammlung zurückgestellt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

10 000 Bauarbeiter ausgesperrt!

Stockholm, 20. Juni. (B. L. B.) In Mittelschweden und einem Teil von Südschweden sind heute etwa 10 000 Bauarbeiter wegen Lohnstreiks teilweise von Arbeit geberverbande ausgesperrt worden. Falls keine Einkung erzielt werden sollte, sind weitere Aussperrungen zu erwarten.

Der Tod zwischen den Buffern.

Frankfurt a. M., 20. Juni. (B. L. B.) Im großen Lokomotivschuppen des Hauptbahnhofes geriet heute vormittag 10 Uhr der 45 Jahre alte Lokomotivpuffer Jäger zwischen die Puffer zweier Lokomotiven. Er wurde todt gedrückt.

Maul- und Klauenseuche trotz der Grenzsperr!

München-Gladbach, 20. Juni. (B. L. B.) Infolge des Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche verbot der Düsseldorf-Regierungspräsident bis auf weiteres die Abhaltung der großen Viehmärkte in Neuf und Dinstaken.

Zeppelins Luftfahrt.

Friedrichshafen, 20. Juni. (B. L. B.) Kurz nach 6 Uhr hatte sich der Sturm so weit gelegt, daß Graf Zeppelin seine erste Luftfahrt mit dem neuen Luftschiff unternehmen konnte. Innerhalb von sieben Minuten war das Luftschiff aus der Halle gebracht. Es machte bei tadelloser Fahrt verschiedene Wendungen, kehrte aber bereits nach dreißig Minuten zur Halle zurück. Die Landung ging glatt von statten.

Gewitter und Hipe.

Stendal, 20. Juni. (B. L. B.) In der Altmark sind heute morgen schwere Gewitter mit Hagelschauern niedergegangen. In Witten schlug der Blitz in den Turm der Kirche und setzte ihn in Brand. Der Gutshof bei Wendenmark ist durch Blitzschlag vollständig eingeäschert worden. Große Mengen Getreide, 40 Kinder und etwa 15 Pferde wurden ein Raub der Flammen. In Bienenau wurden mehrere Kinder auf der Weide erschlagen, und in Dolchau die Kirche durch den Blitz schwer beschädigt.

Hamburg, 20. Juni. (B. L. B.) Ein starkes Unwetter ging am Nachmittage über Stadt und Umgegend nieder, durch das mehrere Ställe unter Wasser gesetzt wurden. Ein Gärtnerhaus und eine Scheune wurden durch Blitzschlag eingeäschert. Der angestrichene Hirschfaden ist sehr bedeutend.

Wien, 20. Juni. (B. L. B.) Infolge der fürchterlichen Hipe wurden heute vormittag in der Bürgerschule am Aargarten 15 Schulkinder vom Blitzschlag betroffen. Der Schulunterricht mußte sofort sistiert werden.

München, 20. Juni. (B. L. B.) Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich heute mittag in der Kellerei. Infolge eines Ohnmachtsanfalls fiel der Wagenlenker Wintermeier zu Boden und kam mit dem Kopf unter eine Straßenspalbe. Er wurde bis zur Unkenntlichkeit zerquetscht.

Unsere Korrespondenten und Mitarbeiter,

ständige wie gelegentliche, werden wiederholt darauf aufmerksam gemacht, für die Redaktion bestimmte Beiträge und Aufschriften nur „An die Redaktion“ und nicht an die persönliche Adresse eines Redakteurs zu richten. Es ist das nötig, um unliebsame Verzögerungen zu vermeiden.

1905-1908.

Dem Gewerkschaftskongress in Hamburg legt die Generalkommission einen umfangreichen Rechenschaftsbericht vor, der einen klaren Einblick in die Entwicklung unserer Gewerkschaftsbewegung nicht nur in der Periode vom letzten Gewerkschaftskongress in Köln her, sondern bis zum ersten Kongress nach Fall des Sozialistengesetzes ergibt.

Im Jahre 1893 hatten die gesamten Verbände noch nicht einmal eine Viertelmillion Mitglieder. Ihre Einnahmen beliefen sich auf 2¼ Millionen Mark, ihr Kassenbestand erreichte nur die Summe von 800 000 Mark. In den folgenden Jahren zeigte sich eine langsame Aufwärtsbewegung und mit dem Jahre 1899 wird die Mitgliederzahl von einer halben Million erreicht, die Einnahmen sind auf 7¼ Millionen Mark, der Kassenbestand ist auf 4¼ Millionen Mark angewachsen. In den folgenden Jahren zeigte sich eine unregelmäßige Entwicklung und mit dem Jahre 1904 ist die erste Million Mitglieder erreicht und eine Einnahme von 20 Millionen und ein Kassenbestand von 16 Millionen Mark zeigen, daß mit dem Anwachsen der Mitgliederzahl die Stärkung der Finanzkraft gleichen Schritt gehalten hat. Zwei Jahre später sind den Gewerkschaften mehr als 500 000 weitere Mitglieder zugeführt und die Einnahmen stehen auf 41¼ Millionen Mark, der Kassenbestand beträgt 25¼ Millionen Mark. Auch im Jahre 1907 ist eine Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen, trotz ungünstiger Wirtschaftskongunktur und trotz Mitgliederverlusten in einzelnen Verbänden. Der Mitgliederbestand wuchs auf mehr als 1¼ Millionen an, das ist gegenüber dem Jahre 1906 eine Zunahme von 175 797 Mitgliedern im Jahresdurchschnitt. Die Einnahme erhöhte sich auf 51¼ Millionen Mark, der Kassenbestand auf 33¼ Millionen Mark. Vergleicht man den Mitgliederbestand des letzten Quartals 1908 mit dem des letzten Quartals 1907, so ergibt sich ein geringerer Mitgliederzuwachs und zwar von nur 73 833.

Die Mitgliederzunahme in der Zeit von einem Gewerkschaftskongress zum anderen ist nicht gleichmäßig. Von 1892 bis 1896 stieg die Mitgliederzahl von 237 023 auf 329 230 + 92 207, von 1896 bis 1899 auf 550 473 + 251 243, von 1899 bis 1901 auf 678 181 + 97 708, von 1901 bis 1904 auf 1 052 108 + 373 927 und von 1904 bis 1907 auf 1 865 506 + 813 398. Den stärksten Zuwachs an Mitgliedern weist somit die letzte Geschäftsperiode auf.

Die geringere Zunahme an Mitgliedern im Jahre 1907 gegenüber den Jahren 1905 und 1906 ist eine Folge der ungünstigen Wirtschaftskongunktur, die zum guten Teil der Zoll-gesetzgebung zu danken ist.

Der anhaltende Aufstieg der Gewerkschaftsbewegung, der erfreulichste Beweis auch für die verfloßene Periode konstatiert werden kann, hat, wie bei fast allen Gewerkschaften, die der Generalkommission angeschlossen sind, auch bei dieser selbst wiederum eine bedeutende

Steigerung der Einnahmen und Ausgaben

mit sich gebracht. Seit dem Jahre 1892, von welchem Zeitpunkt ab der Etat der Generalkommission auf feste Beiträge der Gewerkschaften gestellt wurde, ist dies ununterbrochen der Fall gewesen, wie aus folgender Aufstellung hervorgeht:

	Einnahme	Ausgabe
1892-1896	119 320,78	92 418,72
1896-1899	168 578,71	167 506,25
1899-1902	263 586,12	240 350,60
1902-1905	377 428,70	281 529,53
1905-1908	780 841,56	570 895,59

Kleines feuilleton.

Luftelektrizität und Gewitter. Donner und Blitz haben ihrer Natur nach seit den Kindheitstagen des Menschengeschlechts auf Geist und Gemüt den tiefsten Eindruck gemacht. Naturerfahrungen haben in ihnen die Attribute höchster Gottheiten. Mit wachsender naturwissenschaftlicher Erkenntnis aber hat der Forschergeist der überwältigenden Macht des Gewitters eine rein sachliche Betrachtungsweise entgegengebracht. Vor etwa anderthalb Jahrhunderten ist die elektrische Natur der Gewitterwolken erkannt und durch den Versuch festgestellt worden, ein Jahr vor dem berühmten französischen Drahtversuch durch D'Alibard, der — allerdings durch eine Veröffentlichung Franklin's veranlaßt — im Jahre 1752 einer hohen isolierten Stange beim Herannahen von Gewitterwolken Funken entzog. Trotz dieser verhältnismäßig langen Bekanntheit mit dem Wesen des Gewitters ist auch unsere heutige Kenntnis auf dem Gebiete der atmosphärischen Elektrizität noch eine lückenhafte. Was zu seiner Aufhellung eronnen wurde und was die heutige Wissenschaft darüber zu sagen weiß, stellt ein Aufsatz von Professor Brembach im „Elektrotechnischen Anzeiger“ in kritischer Weise zusammen. Die älteste Annahme, daß die atmosphärische Elektrizität infolge der Reibung zwischen den Luftteilchen und den darin fein verteilten Wassertropfen entsteht, ist durch unsere heutige Kenntnis, wonach ein Gas in normalem Zustande überhaupt keine Elektrizität aufnehmen kann, widerlegt. In besserer Übereinstimmung mit wirklichen Tatsachen steht die Vermutung, daß die Luftelektrizität durch Reibung zwischen Eisteilchen und Wassertropfen erzeugt wird. Dabei werden nämlich, wie Faraday gezeigt hat, tatsächlich jene negativen, die positiven elektrischen. Die Eisteilchen der Eismolken werden also bei Verührung mit den Wassertropfen der Eismolken der Gewitterbildung verurteilt. Endlich hat man den Wärmestrom, der von der Erdoberfläche nach der Peripherie der Atmosphäre fließt, als Quelle der Luftelektrizität angesehen. Die moderne Ansicht über die Gewitterbildung ruht auf dem Boden der Ionen-theorie. In den letzten Jahren ist die Naturwissenschaft davon abgekommen, die Atome der chemischen Elemente als die kleinsten Wasserteilchen zu betrachten. Sie nimmt vielmehr an, daß diese Atome aus sehr viel kleineren Partikeln, den sogenannten Ionen, bestehen, deren eine Hälfte innerhalb des Atoms positiv und deren andere negativ elektrisch ist, so daß das ganze Atom unelektrisch erscheint, weil sich die Ladungen ausgleichen. Die Atome der Gase können nun durch verschiedene Einflüsse in ihre Ionen gespalten, das heißt ionisiert werden. Dies geschieht zum Beispiel durch die Einwirkung der ultravioletten Strahlen, der Radiumemanation und anderer Agentien, die auch in der Erdatmosphäre tätig sind. Wert sind frei Ionen vorhanden, die in steter Wanderung begriffen sind, wobei die negativen Ionen die größere Beweglichkeit besitzen. Aus diesem Grunde kommen sie auch in größerer Anzahl an der Erdoberfläche an, die nach dieser Theorie eine negative Ladung haben dürfte. Dies wird nun tatsächlich durch die Erfahrung bestätigt. Die hohen Spannungsdifferenzen, die sich bei einem Gewitter zeigen, hängen in engster Weise mit der Kondensation des Wasserdampfes zusammen. Begünstigt wird diese Kondensation durch die in der Luft schwebenden Staubteilchen, die

Mehr als es sonst der Fall war, wurde in den letzten Jahren die Generalkommission von den Gewerkschaften angegangen um Gewährung von Darlehen. Eine Folge der vielen und umfangreichen Streiks und Aussperrungen in dieser Zeit. Leider konnte nicht allen Anforderungen in der gewünschten Weise Rechnung getragen werden, soweit aber die Möglichkeit dazu vorhanden war, ist es immer geschehen. Es erhielten einschließlich eines Saldo-vortrages von 34 000 Mark 23 Gewerkschaften zusammen 380 400 Mark und 12 Gewerkschaftsartikeln zusammen 33 357,30 Mark. Insgesamt wurden also 393 757,30 Mark während der Berichtszeit ausgeliehen. Davon zahlten 16 Gewerkschaften zusammen 243 000 Mark und ein Gewerkschaftsartikel 6000 Mark zurück, so daß noch 149 857,30 Mark am Schluß des 1. Quartals d. J. ausstanden.

Die hochgehende Streik- und Aussperrungsbewegung hat es auch mit sich gebracht, daß verschiedene Verbände gezwungen waren, die Hilfe der übrigen Arbeiter in Anspruch zu nehmen. Auf Antrag der betreffenden Gewerkschaften und unter Zustimmung der Zentralverbände wurden aus diesem Grunde eine Anzahl Sammlungen von der Generalkommission ausgeschrieben, und zwar vier allgemeine Sammlungen, die sich an die breite Masse der Arbeiter richteten und 13 sogenannte beschränkte Sammlungen, die sich an die Zentralverbände wendeten. Zwölf Sammlungen davon waren bestimmt für das Inland und fünf für das Ausland. Aus den verbliebenen Resten der aufgeführten Sammlungen erhielten, ohne daß extra für sie gesammelt wurde, der Verband der Fleischer 3000 Mark, der Verband der Dachdecker 5000 Mark, das Landessekretariat in Schweden 7800 Mark, das Landessekretariat in Bulgarien 6000 Mark und der Ungarische Gewerkschaftsrat 3000 Mark. Insgesamt wurden 66 167,20 Mark an das Ausland abgeführt, während 581 196,17 Mark für das Inland Verwendung fanden.

Die „Ausgleichsfrage“, daß die Generalkommission auch der kämpfenden Brüder im Ausland gedachte, wird natürlich in der vom Reichslagerverband gespeisten Presse entsprechende Beachtung finden. Sei es drum. Die deutsche Arbeiterkraft tut nicht nur ihre Pflicht, sie übt einen Akt der Kolonialpolitik, wenn sie dazu beiträgt, daß die Lebenshaltung der Arbeiter in Ländern mit zurückgebliebener Entwicklung eine Aufbesserung erfährt.

Gleich der Partei veranfaßt auch die Generalkommission eine Reihe von

Unterrichtskursen,

die speziell auf die Aufgaben der Gewerkschaften zugeschnitten sind.

Es sind vom August 1906 bis März 1908 insgesamt 8 Kurse abgehalten. Der erste Kursus, vom 20. August bis 15. September 1906, hatte 39 Teilnehmer, der zweite, vom 15. Oktober bis 10. November 1906, hatte 49 und der dritte, vom 19. November bis 15. Dezember, 49 Teilnehmer; letztere sämtlich Mitglieder des Verbandes der Maurer. An dem vierten Kursus, vom 8. April bis 11. Mai 1907, nahmen 29, an dem fünften, vom 30. September bis 2. November 1907, nahmen 69, an dem sechsten, vom 11. November bis 14. Dezember 1907, nahmen 71 Personen teil. Der siebente Kursus, vom 13. Januar bis 15. Februar 1908, hatte 65 und der achte Kursus, vom 24. Februar bis 28. März 1908, 71 Teilnehmer. Die acht Kurse wurden insgesamt von 442 Teilnehmern besucht. Außerdem nahmen an den meisten Kursen noch Hospitanten teil, die nur einzelne Vorträge hörten.

Die ersten drei Kurse hatten eine Dauer von vier Wochen, die letzten fünf eine solche von fünf Wochen, und wurde für diese ein neuer Unterrichtsgegenstand (Strafrecht) hinzugenommen. Vom Herbst 1908 ab sollen die Kurse auf sechs Wochen ausgedehnt werden.

Es wurden Vorträge gehalten über: Geschichte und Theorie der deutschen Gewerkschaftsbewegung (18 Stunden), Die gegenwärtigen Gewerkschaften in Deutschland (14 Stunden), Die Gewerkschaftsbewegung des Auslandes (15 Stunden), Die Verfallungs-gesetzgebung (13 Stunden), Arbeiterrecht (15 Stunden), Gewerblichen Arbeitsvertrag (13 Stunden), Nationalökonomie (27 Stunden), Kartelle und Unternehmervereinigungen (15 Stunden), Einführung in die Statistik (13 Stunden), Gewerkschaftliche Literatur (6 Stunden), Bankwesen und Geldverkehr (8 Stunden) und Straf-recht (8 Stunden). Ein Teil der Unterrichtsstunden ist zur Diskussion über das Vorgelegene und zu einer Aussprache über den behandelten Stoff zwischen den Vortragenden und den Kursus-teilnehmern vorgesehen.

Die Kosten der Einrichtung belaufen sich auf 15 981,74 Mark.

als Nebel- oder Kondensationskerne dienen. Genau so wirken aber, wie der Engländer Wilson experimentell nachgewiesen hat, die Gasionen, und zwar die negativen leichter als die positiven. Damit läßt sich der Verlauf des Gewitters so erklären, daß an heißen, windstillen Sommertagen die Erdoberfläche, die stark erhitzt wird, Wärme an die unteren Luftschichten abgibt. Die Luft steigt empor und dehnt sich dabei infolge abnehmenden Druckes aus. Dadurch sowie durch Verührung mit den höheren Luftschichten kühlt sie sich allmählich bis zum Taupunkt ab. Der Wasserdampf sammelt sich als Nebel zunächst um die Staubteilchen und dann um die negativen Ionen. Sie bilden eine Wolke, die nicht so schnell aufsteigt wie der Luftstrom von der Erdoberfläche, oder die überhaupt nicht mehr steigt, sondern schweben bleibt. Der Luftstrom bildet dann bei weiterer Aufwärtsbewegung Tropfen um die positiven Ionen, d. h. es entsteht eine positive Wolke, womit dann die Bedingungen zu den Gewitterentladungen geschaffen sind.

Wie entfernt man Sommersprossen? Es gibt wenige Hautleiden, welche ihre Träger und Trägerinnen so sehr quälern wie die Sommersprossen, so harmlos und unschuldig sie an und für sich auch sind. Tatsächlich wird ja auch das schönste Gesicht zumal bei einem sonst sehr zarten Teint sehr erheblich entstellt. Und was das schlimmste ist, es gibt kein sicheres Mittel, um die Sommersprossen dauernd zu entfernen, so viele ihrer auch angegriffen werden. Der Erfolg bei allen Mitteln ist nur von kurzer Dauer und nach einer Reihe von Wochen sind die kleinen Flecken genau wieder wie vorher vorhanden. Alle Sommerprossmittel haben das gemeinlich, daß sie die farbstoffführende Schicht der Oberhaut zur Abstoßung bringen, nach deren Abstoßung führt die neugebildete Haut weniger Farbstoff und somit ist der Zweck der Entfernung zunächst erreicht. Das beste Mittel hierzu ist das Sublimat in 1-2 Proz. Lösung, welches entweder wiederholt aufgetragen oder in der Weise angewendet wird, daß man ein mit dieser Lösung angefeuchtetes Lätzchen auflegt und mehrere Stunden liegen läßt. Die Haut stößt sich darauf mehr oder minder flüchtig ab und die Haut neubildende ist dann farblos oder jedenfalls weniger gefärbt. Da diese Kur jedoch sehr scharf ist, darf sie nur unter ärztlicher Kontrolle vorgenommen werden. Ähnlich wirkt der Seifenessig, welcher dreimal täglich aufgetragen wird. Mildere Mittel sind der Borax und der Schwefel. Was ersterer anlangt, so reibt man mit einer Lösung, die aus 15 Gramm Borax, 20 Gramm kohlensäurehaltiger Wasser und 150 Gramm Spiritus besteht, das Gesicht ein- bis zweimal täglich ein. Den Schwefel verwendet man in Form einer mit aromatischer Essigsaure hergestellten Pflaster. Den roten und grünen Schleiern räumt man nach, daß sie das Entstehen der Sommersprossen verhüten.

Humor und Satire.

Sicheres Kennzeichen. In ein Berliner Polizeikommissariat kommt spät abends ein Herr herein gestürzt und verlangt vor den Polizeikommissar geführt zu werden. Dort erzählt er in erregten Worten, daß ihn ein Individuum auf offener Straße angefallen, ausgeraubt und noch dazu geschlagen habe. Darauf entwickelt sich folgender Dialog: „Ja, da wird sich schwer etwas machen lassen.“ — (Pause) — „Wissen Sie vielleicht ein besonderes Kennzeichen dieses Menschen?“ — „Nein, das gerade nicht!“ — (Längere Pause.) — „Wissen Sie vielleicht, welchen Orden er hatte?“ — „Orden?“

Davon entfallen auf Lehrerhonorar 12 192 Mark, auf Schullehrer 2758,86 Mark und auf Miete, Licht und Reinigung 1030,88 Mark. — Eine der wichtigsten Aufgaben der Generalkommission ist die Pflege der

Statistik.

Im Jahre 1906 konnte zum erstenmal eine Statistik veröffentlicht werden, in welcher die Erfolge, die von der Arbeiterkraft sowohl durch die Lohnbewegungen, die ohne Arbeitseinstellung verliefen, als auch durch die Streiks erzielt wurden, dargestellt sind. Mit diesen Erhebungen dürften die Statistiken, welche von der Generalkommission zu führen sind, ihren Abschluß gefunden haben. Es werden Statistiken über die Entwicklung der Gewerkschaften, die Lohnbewegungen, die Streiks und Aussperrungen, die Gewerkschaftsartikeln und die Arbeitersekretariate aufgenommen und bearbeitet.

Von dem Reichsstatistischen Amt wurden Vorschläge zur Verbesserung der durch die Gewerkschaften, welche Arbeitslosenunterstützung zahlen, erfolgenden Arbeitslosenzählungen gemacht. In einer Konferenz, an welcher zwei Vertreter des Reichsstatistischen Amtes teilnahmen, wurden diese Vorschläge beraten und erfolgte die Durchführung verschiedener Verbesserungen der Statistik.

Die Verbandsverbände erklärten sich auf Anforderung auch bereit, dem Reichsstatistischen Amt die Materialien für eine fortlaufende Statistik über die Tarifverträge auf einem vom Amt gelieferten Schema zusammenzustellen und alljährlich einzuliefern. Unter Anteilnahme von Vertretern des Statistischen Amtes wurde das Schema von der erwähnten statistischen Kommission ausgearbeitet.

Die Hilfe der Gewerkschaften wird für die Arbeiten des Reichsstatistischen Amtes in immer umfangreicherer Weise in Anspruch genommen. Das ist erklärlich und selbstverständlich, denn Arbeiterstatistik läßt sich nur mit Hilfe der Arbeiterorganisationen betreiben. Auf der anderen Seite sollte dann aber auch die Statistik über die Streiks und Aussperrungen nur unter Mitwirkung der Gewerkschaften aufgenommen werden.

Dazu ist man aber trotz aller Kritik bisher nicht gekommen. Eine Änderung hat die amtliche Streikstatistik im letzten Jahre erfahren, jedoch kann diese als eine Verbesserung nicht angesehen werden. Bisher wurden nämlich die Streiks und Aussperrungen nach Verwaltungsbezirken registriert und wurde stets Beginn und Ende des Kampfes angegeben. Das letztere hat man, der Vereinfachung wegen, fortgelassen, und die Registrierung erfolgt nunmehr nur nach Verufen. Dadurch ist ein Vergleich der amtlichen mit der gewerkschaftlichen Streikstatistik nahezu unmöglich geworden. Es mag ja unangenehm gewesen sein, daß die Generalkommission zuverlässig nachweisen konnte, daß in den Jahren 1901 bis 1905 in der amtlichen Statistik nicht weniger als 2085 Streiks und Aussperrungen mit 42 776 Beteiligten fehlten. Für 1906 war ein Vergleich zwischen den beiden Statistiken wegen des Fehlens der genauen Bezeichnung von Ort und Zeit der Streiks in der amtlichen Statistik nicht möglich. Es konnten die Streiks und Aussperrungen von 17 Organisationen, die 2250 Kämpfe zu führen hatten, mit der amtlichen Statistik nicht in Vergleich gestellt werden. Für die anderen Organisationen ist jedoch nachgewiesen, daß 257 Streiks und Aussperrungen, die unter Angabe von Zeit und Ort des Kampfes registriert worden sind, in der amtlichen Statistik fehlen.

Die Generalkommission hat ihrerseits versucht, das Reichsamt des Innern zu einer Änderung der amtlichen Streikstatistik zu veranlassen. Sie richtete im Januar 1904 an das Amt eine Eingabe, in welcher die Mängel der amtlichen Statistik dargelegt und Vorschläge zu deren Beseitigung gemacht wurden. Auf eine Anfrage im August 1904 teilte das Reichsamt des Innern mit, daß die Erwägungen über die Eingabe noch nicht abgeschlossen seien. Es wird anscheinend noch immer erzwogen, denn bis jetzt ist eine Antwort vom Amt bei der Generalkommission nicht eingelaufen. Im März 1908 nahm dann der Vorsitzende der Generalkommission, der Genosse Legien, Veranlassung, im Reichstage die Mängel der amtlichen Statistik zu kritisieren. Der Staatssekretär erkannte wohl an, daß die amtliche Statistik kein vollständiges Bild über die Streikbewegung gibt, gab aber keine Erklärung dahingehend ab, daß endlich die sich alljährlich wiederholende falsche Darstellung, die durch die amtliche Statistik erfolgt, beseitigt werden wird. —

Orden? hat er keinen gehabt!“ — „So?! Na, da gehen Sie nur ruhig nach Hause. Da kriegen wir ihn schon!“

Stillgestanden! Achtung! Augen links! Die Berliner, die belamüht immer zu nörgeln haben, zerreißen sich jetzt den Mund darüber, daß ihr Oberbürgermeister Kirchner, wenn ein Monarch zu Besuch kommt, mit abgezogenem Out auf dem Pariser Platz dienert. Nun muß man freilich zugeben, daß die Aufstellung des Herrn Kirchner im Freien mit vielen Unbequemlichkeiten verbunden ist; bei großer Hitze schweiß er in Gefahr, den Sonnenstich zu bekommen; bei großer Kälte kühlt er sich den Rheumatismus und beim Regen wird sein seidener Jhlinder total ruiniert, da der Gebrauch eines Regenkleides der Etikette widerspricht. Alle diese Unannehmlichkeiten vergrößern sich, je länger die Regen dauern. Sie sind aber zu beseitigen, wenn man das Programm in drei Punkten ändert: Für Kirchner muß 1. ein Dach, 2. eine regenfeste Kleidung geschaffen werden und 3. muß die Zeremonie möglichst abgekurzt werden. Dies geschieht am besten dadurch, daß für Herrn Kirchner ein Schilderhaus auf den Pariser Platz gestellt wird, daß er die Uniform eines Trausoldaten (6. Garb.) anzieht, und daß er präsentiert, während der einziehende Monarch schnell vorbeifährt und die Finger an den Helm legt. („Jugend“).

Notizen.

Die Pest in Indien. Die letzten Pestepidemien in Indien haben, wie Lancet berichtet, immer noch eine große örtliche Verbreitung gezeigt, aber die hohe Sterblichkeit ist doch auf vereinzelte Städte und Distrikte beschränkt geblieben. In der Präsidenschaft Bombay wurden Anfang Mai 1561 Todesfälle in einer Woche gezählt, wovon 496 auf die Stadt Bombay entfielen. In der Provinz Bengalen gab es 296 Todesfälle in Calcutta, während das Land sonst ziemlich seuchenfrei blieb. In den übrigen Provinzen war die Sterblichkeit nicht sehr bedeutend. Große Städte wie Allahabad, Lucknow, Benares und Bareilly meldeten überhaupt keinen Pestfall. Im Pandjab starben insgesamt 2543 Menschen in einer Woche. Im ganzen ist die Lage immerhin erheblich günstiger als im vergangenen Jahre und nirgends zeigen sich große Gebiete verheert. Wirklich beunruhigend ist nur das neue Aufblühen der Epidemie in der Stadt Bombay trotz aller hygienischen Maßnahmen, die im weitesten Umfange getroffen worden sind.

„Unseres Erachtens nach.“ Diese Redensart ist unseres Erachtens nach nicht gerechtfertigt; „meines Erachtens nach“ läßt sich da nichts mehr tun. Sollte man es für möglich halten, daß solche Äußerungen und ähnliche, wie „meines Wissens nach“ u. a., selbst bei gebildeten Deutschen immer wieder vorkommen? Seit wann verbindet man denn „nach“ mit dem zweiten Teil? Würde man auch etwa sagen: „nach meines Wissens?“ Die kommt man nur zu der doch eigentümlich ungläubigen Nachlässigkeit, zwei Redewendungen, von denen jede für sich tadellos ist, so töricht zu verquiden? „Meines Erachtens nach“ ist richtig, und „meines Erachtens“ ist natürlich ebenso richtig wie „meines Wissens“; aber beides vermengt ist grundfalsch und muß unter allen Umständen vermieden werden. Das Vermittlungsglied für die unsinnige Wendung wird die Fügung mit weiblichen Wörtern — „meiner Meinung nach“, „meiner Ansicht nach“ — sein, in der man fälschlich den dritten Teil als zweiten ansieht.

der Generalkommission hat seit dem Kölner Kongress (1906) eine wesentliche Neuerung erfahren durch die Herausgabe von statistischen und Adressenbeilagen. Der Stuttgarter Kongress (1902) hatte den Beschluß des Frankfurter Kongresses (1900), betreffend die Herausgabe eines Jahrbuchs der Gewerkschaften aufrechtzuerhalten, und auch der Kölner Kongress hatte nichts daran geändert. Die Ausführung war indes unterblieben, da sowohl in der Generalkommission, als auch in Kreisen der Vorstände eine Uneinigkeit über den Charakter eines solchen Jahrbuchs nicht zu erzielen war.

Der Plan der Redaktion, die gewerkschaftlichen Statistiken nebst den Berichten der Generalkommission, des Zentralarbeitssekretariats, sowie den Berichten über Generalversammlungen und Kongresse in Vierteljahrsheften unterzubringen, welche in geringerer Auflage hergestellt, dann zu einem „Jahrbuch der Gewerkschaften“ zusammengeheftet werden sollen, beschäftigte auch die Konferenz der Vorstände, doch konnte auch hier keine völlige Übereinstimmung erzielt werden. Besonders wurde gegen die Herausgabe der gewerkschaftlichen Statistiken in geringerer Auflage eingewendet, daß damit ein wertvolles Agitationsmaterial nur noch einem kleinen Teil der tätigen Genossen zugänglich gemacht werde. Man fand schließlich den geeignetsten Ausweg darin, diese Statistiken als „Statistische Beilagen zum Correspondenzblatt“ in dessen voller Auflagenhöhe zu veröffentlichen. In inhaltlicher Beziehung hat das „Correspondenzblatt“ durch diese Ausdehnung der umfangreichen Statistiken die Möglichkeit gewonnen, den deutschen Gewerkschaftsverhältnissen einen größeren Raum zu widmen.

Die Auflage des „Correspondenzblattes“ ist von 16 400 im Mai 1905 auf 25 500 Exemplare im Juni 1908 gestiegen. Bei einzelnen Nummern wurde bereits eine Auflage von 26 000 erreicht.

Das italienische Blatt „L'Operaio Italiano“, das seit dem 1. Januar 1906 achtseitig, vierseitig, in etwas vergrößertem Format erscheint, wurde auf Wunsch der Organisationen der Arbeiter und der Bauarbeiter von Berlin nach Hamburg verlegt. Seine Auflage betrug Anfang 1905 höchstens 4900 und Anfang 1908 6700 Exemplare. Die Höhe der Auflage wechselt nicht nur mit der Jahreszeit, sondern auch mit der Konjunktur im Baugewerbe. In den Wintermonaten sinkt, besonders wenn, wie im vorigen Jahre, geringe Kälte vorhanden ist, das italienische Arbeiterblatt in die Heimat zurück, wodurch die Zahl der Bezüge des Blattes selbstverständlich verringert wird. In den Sommermonaten steigt diese und erreichte Mitte 1907 mit 15 800 den höchsten Stand.

Auch die Auflage des „Osimo“, das gleichfalls seit dem 1. Januar 1906 achtseitig, vierseitig, in vergrößertem Format erscheint, hat sich gehoben von 3700 Anfang 1905 auf 6300 Anfang 1908. Im Verhältnis zu der Zahl der wohnlich sprechenden Arbeiter ist die Auflage noch sehr gering, doch ist zu berücksichtigen, daß der Vergarbeiterverband für die polnisch sprechenden Vergarbeiter ein eigenes polnisches Organ herausgibt.

Arbeiterinnen-Sekretariat

Wurde im Oktober 1905 neu eingerichtet. Einige Verbandsvorstände verhielten sich anfänglich etwas ablehnend gegen das Arbeiterinnen-Sekretariat. Es hatte den Anschein, als befürchteten sie, das Sekretariat könne versuchen, sich in ihre inneren Angelegenheiten und unternehmertum einzumischen. Da das Sekretariat sich jedoch vor jeder Kompetenzüberschreitung hütete und es sich angelegen sein ließ, die Gewinnung und gewerkschaftliche Schulung der Arbeiterinnen zu pflegen und immer von neuem diejenigen Anregungen zu geben, durch die es meinte, die Organisation zu fördern, so schwand jenes anscheinende Mißtrauen bald dahin.

Um mit den Vertreterinnen der verschiedenen Organisationen in Fühlung zu bleiben und sie zugleich zur immer besseren und wirkungsvolleren Betätigung für die Sache der Arbeiterbewegung heranzubilden, hielt das Arbeiterinnen-Sekretariat unter Mitwirkung von Genossinnen aus dem Arbeiterinnen-Komitee regelmäßige Zusammenkünfte ab, bei welchen nach Belehrungen über den Aufbau von Meetings und Nachweis von Materialien kleine Vorträge über verschiedene gewerkschaftliche Fragen von den damit beauftragten gehalten wurden.

Der Erfolg dieser Tätigkeit des Arbeiterinnen-Sekretariats ist besonders für einzelne Gewerkschaften schon in außerordentlich günstiger Weise zugeteilt. Eine Anzahl der an diesen Lehrgängen teilnehmenden vorgebildeten Genossinnen betätigt sich bereits mit großer Gewandtheit bei Betriebszusammenkünften und -besprechungen wie in Mitgliederversammlungen, und einige, die zuvor kaum in der kleinsten Versammlung auch nur in der Diskussion das Wort ergreifen hatten, sind jetzt sehr tüchtige agitatorische Kräfte. Vier dieser Genossinnen sind auf Grund ihrer Leistungen von den Zentralvorständen ihrer Verbände für geeignet befunden worden, an den gewerkschaftlichen Unterrichtsreisen der Generalkommission teilzunehmen. Eine der in den Lehrgängen des Sekretariats vorgebildeten Genossinnen wurde in den Zentralvorstand ihres Verbandes gewählt und ist nunmehr als dessen Beamtin angestellt. Dieser Verband, der seit 1905 eine Zunahme an weiblichen Mitgliedern von mehr als 100 Proz. — in absoluter Zahl ausgedrückt, um etwa 28 000 Arbeiterinnen — zu verzeichnen hat, erhielt durch das Arbeiterinnen-Sekretariat in der Zeit von Oktober 1905 bis März 1908 rednerische Kräfte für etwa 200 Versammlungen gestellt.

Das Anwachsen der Zahl weiblicher Gewerkschaftsmitglieder im Jahre 1906 von 74 411 auf 118 908, also um fast 60 Proz. (genau 59,5 Proz.), beweist wohl, daß die von der Generalkommission zur Organisation der Arbeiterinnen-Agitation geschaffene Einrichtung geadaptiert ist, wenn selbstverständlich auch nur ein Teil dieser Erfolge auf die 563 vom Arbeiterinnen-Sekretariat mit Rednerinnen versorgten Versammlungen und die von ihm angeregten oder unterstützten schriftliche Agitation zurückzuführen ist.

Zentral-Arbeitersekretariat

hat in der verflochtenen Berichtsperiode eine fortgesetzt gesteigerte Inanspruchnahme zu verzeichnen, es hat sowohl die Zahl der überwiesenen Streitfragen als auch die Zahl der schriftlich eingeforderten Rechtsauskünfte zugenommen.

Die

Verbindung mit den gewerkschaftlichen Landeszentralen

Der europäischen Länder ist in den letzten Jahren wesentlich befestigt und so ausgebaut worden, als sie nach den gegebenen Verhältnissen ausgebaut werden kann. Voraussetzung für eine engere Verbindung der Gewerkschaften in den einzelnen Ländern. Diese ist wohl bei den Gewerkschaften einzelner Berufe vorhanden und können deshalb die einzelnen Berufsorganisationen festere internationale Verbindungen schaffen, sie fehlt aber noch in mehreren Ländern für die Gesamtheit der Gewerkschaften. Zwar ist das Prinzip, die Gewerkschaften in einer Landeszentrale zu vereinigen, in allen Ländern, in denen es eine nennenswerte Gewerkschaftsbewegung gibt, durchgeführt. Jedoch sind die Aufgaben, welche diese Landeszentralen zu erfüllen haben, nicht gleichartig.

Diese Verschiedenartigkeit der Organisationsverhältnisse ermöglicht es nicht, feste Vereinbarungen unter den gewerkschaftlichen Landeszentralen zu treffen. Die Vereinbarungen können sich nur darauf erstrecken, daß eine regelmäßige Berichterstattung erfolgt und daß gelegentlich gegenseitige Hilfe in den wirtschaftlichen Kämpfen gewährt wird, ohne daß eine Verpflichtung zur Leistung bestimmter Summen besteht. Unter diesen Bedingungen haben sich die gewerkschaftlichen Landeszentralen der europäischen Länder vereinigt.

Jährlich berichten die Landeszentralen an den internationalen Sekretär über die Gewerkschaftsbewegung und Arbeiterschutzgesetzgebung ihres Landes. Der internationale Sekretär stellt die Berichte zusammen und veröffentlicht sie in deutscher, englischer und französischer Sprache. Bisher sind vier solcher Berichte (für 1903, 1904, 1905 und 1906) erschienen, die in einer Auflage von 8000

in deutscher und je 1000 in englischer und französischer Sprache herausgegeben sind. In den skandinavischen Ländern wird der Bericht abwechselnd von Dänemark, Schweden und Norwegen in die Landessprache übersetzt und in den drei Ländern verbreitet.

Von den europäischen Ländern, in welchen eine nennenswerte Gewerkschaftsbewegung vorhanden ist und eine gewerkschaftliche Landeszentrale besteht, gehört nur Frankreich dem internationalen Sekretariat nicht an. Die Landeszentrale in Frankreich verlangte schon von der vierten internationalen Konferenz, daß sie sich mit der Frage des Generalstreiks und des Antimilitarismus beschäftigen solle. Diese Konferenz lehnte jedoch ab, und auch die Konferenz in Kristiania erklärte, daß es nicht die Aufgabe einer gewerkschaftlichen Konferenz sei, diese Fragen zu behandeln. Es scheint, als wenn die gewerkschaftliche Landeszentrale in Frankreich sich infolgedessen, wie schon seit dem Jahre 1905, von dem internationalen Sekretariat auch weiter fernhalten will.

Die internationale Verbindung ist gegenwärtig so weit ausgebaut, als sie bei der Verschiedenartigkeit der Aufgaben, welche die einzelnen Landeszentralen haben, ausgebaut werden kann. Eine weitere Ausgestaltung dieser Verbindung kann erst eintreten, wenn die Organisationen in den einzelnen Ländern in bezug auf die Finanzkraft und die Taktik eine mehr gleichartige geworden ist.

Verwaltungsarbeit der Generalkommission

mögen folgende Ziffern ein Bild geben:

Aus Deutschland gehen insgesamt 94 Gewerkschaftsblätter ein. Davon erscheinen 1 wöchentlich dreimal, 1 wöchentlich zweimal, 55 wöchentlich einmal, 3 dreimal monatlich, 25 vierzehntägig bzw. zweimal monatlich und 9 einmal monatlich. Ferner gehen ein aus Österreich 17 Gewerkschaftsblätter, Böhmen 4, Ungarn 4, Bulgarien 1, Polen 1, Schweiz 3, Frankreich 3, Holland 5, Skandinavien 9 und aus Amerika 8. Gewerkschaftliche Zentralorgane kommen von den Landeszentralen in Österreich, Ungarn, Schweiz, Frankreich, Belgien, Holland, England, Norwegen, Dänemark und Nordamerika.

Politische Zeitungen aus Deutschland 43. Davon 2 dreimal täglich, 4 zweimal täglich, 35 täglich einmal und zwei wöchentlich einmal. Ferner aus Österreich 4, Schweden 2, Norwegen 1, Dänemark 1 und Rußland 1.

Journale, Zeitschriften und Zeitungs-Korrespondenzen gehen 93 ein. Davon erscheinen 10 wöchentlich, 3 vierzehntägig, 1 monatlich dreimal, 13 halbmonatlich, 23 monatlich, 1 vierteljährlich, 3 sind Unternehmerorgane, 13 amtliche Organe, 5 internationale Berufsorgane und 16 Korrespondenzen.

Außerdem erhält die Generalkommission von dem Reichsstatistischen Amt und den statistischen Zentren des Auslandes sämtliche Publikationen, wie auch die meisten Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten Deutschlands gegen Lieferung des „Correspondenzblattes“ und der sonstigen von der Generalkommission herausgegebenen Literatur.

Der Postverkehr der Generalkommission und des Zentralarbeitssekretariats zeigt die folgende Aufstellung:

	Eingänge ohne Drucksachen	Ausgänge
	insgesamt	insgesamt
1. Bureau der Generalkommission	10 794	83 583
2. Kasse	8 447	17 523
3. Arbeiterinnen-Sekretariat	562	1 179
4. Redaktion des „Correspondenzblattes“	1 424	751
5. Expedition des „Correspondenzblattes“	2 180	77 528
6. Zentralarbeitssekretariat	15 528	24 846
Zusammen	38 935	155 855

Eine unendlich mühselige, Stille an Stille reißende Arbeit spricht aus diesen Einzelziffern. Eine Arbeit, die aber nach außen dann machtlos in die Erscheinung tritt in den Riesenzahlen, in welchen die deutsche Gewerkschaftsbewegung sich repräsentiert. Beinahe 2 Millionen organisierter Arbeiter sind eine Macht, welche sich nicht nur dem Unternehmertum unangenehm bemerkbar macht und alle Schachmattstellungen aufzuheben werden läßt, sondern mit der auch Gesetzgebung und Verwaltung zu rechnen haben. Die Tatsache einer Organisation von beinahe zwei Millionen ist aber auch geeignet, das Selbstgefühl des einzelnen Arbeiters zu heben, ihm einen Rückhalt, einen Stützpunkt für seine Stellung in der Gesellschaft und im Wirtschaftsleben zu geben. Der Bericht der Generalkommission ist so recht eine Illustration zu dem Wort, daß die Arbeiterschaft vereint nichts, vereint alles sei.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 20. Juni 1908.

Krisis in der Textilindustrie. — Kohleisenzeugung. — Versand des Stahlverbandes. — Rohmaterialpreise. — Politik der Rohstoffverbände. — Getreidepreise an den Weltmärkten.

Die Textilindustrie, die zunächst anscheinend von der Krise gar nicht oder nur wenig berührt wurde, befindet sich jetzt in durchaus absterbender Verfassung. Besonders in der Baumwollbranche ist die Lage verwerflich. Noch Ende 1907 waren die Webereien und Spinnereien oben auf. Man glaubte wohl des Konjunkturlebens sei kein Ende. Den Abnehmern wurden langfristige, bis Ende dieses Jahres laufende Verträge und die ausstehendsten Forderungen ausgestellt. Bald stellte sich heraus, daß viele Abnehmer, nur um überhaupt anzukommen, mit den Einbeholdungen weit über das Bedürfnis hinausgegangen waren. Es wiederholten sich die Vorgänge unerfreulichen Angedenkens aus dem Jahre 1901 in der Eisenindustrie: Anfechtung der Verträge, Forderung auf Preisnachlaß und Abkürzung der abgekauften Mengen, Abnahmeverweigerung auf der einen Seite, auf der andern das Verlangen auf Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen und im weiteren Verlauf: Zwangsverkäufe und Konkurse! Während unsere Kolonialschwärmer die Notwendigkeit eigener Baumwollkulturen in an-gegliederten Landes-teilen zu erweisen sich bemühen, erlöst aus der Baumwollindustrie der Rohstoff: Produktionsbeschränkung! Kürzlich schrieb ein Fachmann im „Konfessionär“ folgendes: „Für diese Branche wäre der einzige Rettungsweg gewesen, wenn der internationale Baumwollkongress, der in den ersten Tagen des Juni in Paris getagt hat, eine einheitliche Betriebsbeschränkung beschlossen hätte. Die Produktion ist für den Konsum viel zu groß geworden. Bei den Andrängen in den Webereien und Färbereien haben sich seit Monaten die Läger riesig gehäuft. Nur durch Betriebsbeschränkungen seitens der Webereien, die vorläufig weiter produzieren und auf Abnahme drängen, kann die weitere Anhäufung von drückenden Vorräten vermieden werden.“

Die Webereien drängen also immer noch auf Abnahme, obwohl die Großfirmen und Konfessionäre die Läger ebenfalls vollgepfropft haben und nicht ein noch aus wissen. Denn an eine Verringerung ist vorläufig nicht zu denken; in der Konfektion geht der Abfall weiter zurück. Bei den Detailhändlern sind große Posten aus der Frühjahrsvorbestellung unverkauft geblieben und die Kleiderfabriken müssen ihre Produktion einschränken, denn die Erzeugungseinschränkungen in der Eisenindustrie, die Pläne am Dammart, die mangelnde Beschäftigung in fast allen anderen Gewerben hat das Einkommen der Arbeiterbevölkerung teilweise empfindlich gesunken und da wird zunächst an Kleidung gespart. Es ist daher auch zu optimistisch geurteilt, wenn man annimmt, die Textilindustrie habe den tiefsten Punkt nunmehr erreicht. An eine allgemeine Belebung am Industriemarkt ist leider vorläufig noch nicht zu denken.

Wie es in der Eisen- und Stahlindustrie ausfällt, lassen die Produktionsziffern erkennen. Die deutsche Rohstahlerzeugung, die in den ersten fünf Monaten 1907 noch um über 200 000 Tonnen, auf 5 311 617 Tonnen, gegenüber dem Vorjahre hinaufging, ist für die Vervollständigung 1908 um fast 100 000 Tonnen hinter der Erzeugung des Jahres 1906 zurückgeblieben und ist somit um über 300 000 Tonnen

niedriger als die Produktion in der gleichen Zeit 1907. Noch markanter tritt die Veränderung an den Versandziffern des Stahlverbandes in Erscheinung. Die Versandleistung hat sich wieder mal das Vergnügen gemacht, gut Wetter vorzuspiegeln, indem sie die Steigerung der Erzeugung im Mai gegenüber April d. J. hervorhebt. Denselben Scherz konnte man sich auch mit dem März-ausweis erlauben, denn auch dieser brachte höhere Ziffern als der Februar. Vergleiche kann man natürlich nur mit den gleichen Faktoren anstellen. Und im Vergleich mit den Vorjahren zeigt die Gesamtzeugung in jedem Monat dieses Jahres erhebliche Abgänge. Um ein noch einwandfreieres Zahlenbild zu bekommen, stellen wir die Erzeugung der ersten fünf Monate der drei letzten Jahre zusammen. Es sieht so aus:

	1906	1907	1908	in 1908 gegen 1906 mehr + weniger - in Prozent
Halbzeug	823 867	716 810	561 806	- 31,8
Eisenbahn-Überbaumaterial	809 418	936 794	925 001	+ 12,5
Formeisen	779 597	764 821	590 086	- 24,3
Gesamterzeugnisse A	2 412 879	2 418 425	2 076 843	- 13,9

Während die Erzeugung der Produkte A insgesamt sich im Jahre 1907 noch etwas über die Erzeugungsmenge in der Vergleichszeit 1906 hinaushebt, ist sie für das letzte Jahr um fast 14 Proz. gesunken. Trotzdem zeigt sich bei Eisenbahn-Überbaumaterial eine Steigerung von 12,5 Proz. Die starke Beschäftigung in Eisenbahnmateriale, die die Stahlwerke den Eisenbahnverwaltungen verdanken, war die beste Stütze der vielbesagten Preispolitik der Verbände gegenüber den Halbzeugkäufern. Wie die Zahlenreihen zeigen, ist der Versand in Halbzeug relativ erheblich stärker gesunken als die Erzeugung in Produkten A. Indem die Werke den Selbstverbrauch an Halbzeug steigern konnten, durch Zunahme der Erzeugung von Eisenbahnmateriale, waren sie weniger auf den Abfall von Halbzeug angewiesen und so konnten sie leichter die hohen Preise hierfür aufrecht erhalten, als das möglich gewesen wäre, wenn gehäufte Mengen Halbzeug zur Verfügung gestanden hätten. Das erklärt auch den heftigen Begehrt nach noch größeren Beschäftigungen der Eisenbahnverwaltungen. Die stärkere Beschäftigung in Eisenbahnmateriale war für die Stahlwerke ein Segen, indirekt für die Halbzeugkäufer ein Nachteil. Die großen Hoffnungen, die man vielleicht an die am 20. Juni abgehaltene Sitzung des Stahlverbandes nach dieser Richtung geknüpft hat, sind wieder mal nicht in Erfüllung gegangen. Wohl weniger um den Halbzeugverbrauch entgegen zu kommen, als vielmehr zu umfassen den Kauf anzureizen und für die Stahlwerke einen größeren Auftragsbestand hereinzuholen, hat man den Halbzeugpreis um ganze 5 Mark herabgesetzt. Aber auch das nur mit Bedingnis! Die Ermäßigung gilt nur für das dritte Quartal und nur für solche Aufträge, die bis zum 15. Juli abgeschlossen worden sind. Ob die Spekulation der Stahlwerke in Erfüllung geht und nun die Verbraucher große Mengen abschließen, bleibt abzuwarten; wir glauben nicht daran. Auch der Verlauf für Formeisen ist für das dritte Quartal freigegeben worden, Preisnachlässe wurden jedoch nicht zugestanden.

Es ist wirklich nicht verwunderlich, daß die Unzufriedenheit mit der Preispolitik der Rohmaterialienverbände in den Kreisen der weiterverarbeitenden Industrien stetig zunimmt. Diese müssen die Kosten für die Fertigmateriale der Rohmaterialproduzenten zahlen. Ihre egoistischen Ziele verfolgen diese hinter der scheinbaren Behauptung, die Stabilität der Preise sei ein volkswirtschaftlicher Segen. Auch der Eisenbahnklub begründete die Richternährung der Preise für obersteilfähige Eisenstücke mit der Bemerkung, die Stabilität sei der einzige sichere Punkt in der allgemeinen Verwirrung. Einmal ist es für die Rohmaterialverbraucher ein schlechter Trost, wenn sie hohe Preise zu zahlen gezwungen sind, selbst aber Preisnachlässe auf Fertig-erzeugnisse gewähren müssen. Und schließlich kann von einer wirklichen Stabilität gar nicht die Rede sein, wie schon ein Blick auf die nachfolgende Tabelle beweist.

Wie stark die Preissteigerung der meisten für die Weiterverarbeitung wichtigen Rohmaterialien im Jahre 1907 war, zeigt die amtliche Statistik über die Ergebnisse der Vergewerke, Güten und Salinen in Deutschland. Wir machen daraus folgende Zusammenstellung, die auch noch die entsprechenden Zahlen des Jahres 1906 enthält. Es betrug der Durchschnittswert einer Tonne (in Mark):

	1906	1907	1908
Steinkohlen	8,02	8,93	9,74
Braunkohlen	2,14	2,33	2,50
Eisenerz	3,50	3,84	4,30
Gießermetalle	55,89	62,16	69,71
Gießwaren I. Schmelzung	102,90	104,44	110,44
Reformermetalle	61,25	64,70	71,43
Thomasmetalle	48,26	54,47	59,12
Stahl- und Spiegeleisen	72,77	81,11	89,17
Hüttmetalle	51,06	56,87	63,47
Bruch- und Walzeisen	36,13	39,99	40,00
Gießwaren II. Schmelzung	164,28	180,46	187,87
Schweißmetalle und Schweißstahl	133,98	150,62	172,12
Flußmetalle und Flußstahl	111,90	138,48	150,61

Der Weiterverarbeitung gibt man den billigen Trost, sie solle sich auch gut hydrieren, dann sei auch sie in der Lage, die Preise zu halten und sich vor Verlusten zu schützen. Angenommen, es sei möglich, für die gesamte Industrie dieselbe Plünderpolitik durchzuführen, wie sie jetzt von den Rohstoffverbänden getrieben wird, was wäre die Folge? Stiege damit auch die Kaufkraft der großen Masse der Produzenten? Nein! Es würde vielmehr die Spannung zwischen Warenpreisen und Löhnen oder zwischen Produktivität und Konsumkraft größer, und das hätte zur Folge eine Verkürzung der Prosperitätsperioden und eine Vertiefung der Krisen. Die Preispolitik der Rohstoffverbände ist volkswirtschaftlich, und vom Standpunkte des Arbeiters als Konsumenten betrachtet, ein Unsegen.

Die Getreidemärkte standen in den letzten Wochen fortgesetzt unter dem Einfluß widersprechender Saatenslandsberichte. In der letzten Woche hat sich ziemlich schwach die Meinung für eine gute Winternte behauptet. In Rumänien und Rußland haben sich die Ernteaussichten verbessert, für Frankreich, Deutschland und England lautet das Prognostikon auf: Ernte ziemlich gut! Verschiedene Berichte, die amerikanischen Ernten weniger hoffnungsvoll erscheinen zu lassen, blieben ziemlich einflusslos. Man rechnet mit erheblichen Mengen als das Vorjahr erbracht hat. Wie sich im ersten Quartal 1908 im Vergleich mit 1905 die Getreidepreise an den verschiedenen Weltmarktplätzen gestaltet haben, zeigt folgende Zusammenstellung aus den Angaben des kaiserl. Statistischen Amtes. Danach notierte:

	Erstes Quartal 1905	Erstes Quartal 1908	Steigerung + Abnahme - in 1908 gegen 1905
Berlin Roggen	140,5	201,9	+ 61,4
Wien Weizen	176,7	219,7	+ 38,0
Wien Roggen	139,5	190,3	+ 50,8
Wien Weizen	186,4	222,4	+ 46,0
Budapest Roggen	122,0	177,9	+ 55,9
Wien Weizen	169,0	204,0	+ 35,0
Odessa Roggen	100,5	133,7	+ 33,2
Wien Weizen	126,0	174,7	+ 48,7
Moskau Roggen	105,8	161,1	+ 55,3
Wien Weizen	132,2	181,3	+ 49,0
Paris Roggen	128,0	142,9	+ 14,9
Wien Weizen	190,1	181,5	- 8,6
Antwerpen Weizen	145,1	174,9	+ 29,8
Amsterdam Roggen	117,3	174,8	+ 57,5
Wien Weizen	154,6	160,2	+ 5,6
London Weizen	153,0	165,0	+ 12,0
Birmingham Weizen	153,5	181,9	+ 28,4
Chicago Weizen	178,3	151,6	- 26,7
New-York Weizen	177,1	163,5	- 13,6
Buenos-Aires Weizen	120,5	138,0	+ 17,5

Mit den für unsere Volksernährung so wichtigen Roggenpreisen steht demnach Berlin weit aus an erster Stelle, nur Wien kommt ziemlich nahe an die Berliner Notierung heran. Auch die Preissteigerung hat uns am stärksten betroffen. Da rede noch jemand davon, daß die Zölle kein Segen sind für die — Großgetreideproduzenten.

Soziales.

Zur Unfallversicherung der kaufmännischen Angestellten.

Nachdem soeben erschienenen Bericht der Lageri-Verufsgenossenschaft ist die Zahl der bei ihr versicherten Betriebe auf 64 771 mit 300 729 Arbeitern gestiegen.

Der Bericht bedauert selbst, daß die kaufmännischen Angestellten der Betriebe nur gegen Unfall versichert sind, wenn sie im eigentlichen Betriebe, d. h. mit Lagerungs- und Beförderungsarbeiten beschäftigt werden. Diese Halbschicht schreit nach Abhilfe. Die Verufsgenossenschaft bemerkt hierzu noch: „Diese Unvollkommenheit, die der Unfallversicherung der Handelsgeschäfte anhaftet, wird nicht mit Unrecht von den Betriebsunternehmern, welche den berechtigten Wunsch hegen, ihre Angestellten gegen alle Betriebsunfälle zu sichern und um von etwaiger Haftpflicht befreit zu sein, daher vielfach noch besondere Privatversicherungsverträge abschließen, als der stärkste Mangel empfunden.“

Ebenso erfreulich ist es, daß die Verufsgenossenschaft sich endlich gegen den Mißstand wendet, daß nur Handelsbetriebe gegen Unfall versichert werden können, wenn sie im Handelsregister eingetragen sind. Zahlreiche Betriebe haben wegen dieses Formfehlers keine Rente erhalten können, obwohl sie selbst doch ohne jeden Einfluß auf diesen Mangel waren. Der Bericht fordert, daß alle Handelsbetriebe, soweit sie mit Lagerungs- und Beförderungsbetrieben verbunden sind, ohne Rücksicht auf eine Eintragung in das Handelsregister der Versicherungspflicht unterworfen sein sollen. Angeführt wird, daß auch der Deutsche Handelstag sich dahin ausgesprochen habe, daß die „Eintragung im Verufsgenossenschaftsregister der Eintragung im Handelsregister gleichsetzen soll“. Das ist sehr vernünftig. Es ist nur verwunderlich, daß man erst Jahre brauchte, in denen Hunderte von Verletzten um ihre Unfallrente gekommen sind, bis man zu dieser Erkenntnis kam. Es würden auch die Konsumgeschäfte, wie der Bericht bemerkt, der Versicherung unterstellt werden, wenn die Anregung des Handelstages Gesetz würde.

Die Zahl der bei der Lageri-Verufsgenossenschaft angemeldeten Unfälle betrug im Jahre 1907: 20 937 gegen 19 661 im Vorjahre. Entschädigt wurden davon 3966 Unfälle, darunter 394 Todesfälle.

Wie die Zahl der Versicherten, leider auch die Unfallziffer, gestiegen ist, beweist uns nachstehende Statistik der Verufsgenossenschaft:

Betriebe	Personen	Unfälle	Rentenempfänger
1887: 12 687	54 362	1772	600
1897: 22 528	98 276	8265	6 300
1907: 64 771	300 729	20 937	36 006

Der Bericht erwähnt, daß an der Zunahme der Unfälle Schuld sei: erstens die verschärfte Kontrolle über die Anmeldung der Unfälle, zweitens die größere Gefeskenntnis der Versicherten, drittens die wohlwollende Rechtsprechung der Schiedsgerichte und des Reichsversicherungsamts (Sommerwetter!), viertens das wachsende Gefühl der Sicherheit, welches zur Außerachtlassung der Unfallversicherungsvorschriften führe und fünftens die in der Entwicklung der Industrie ruhende Verdrängung der Handarbeit durch den gefährlicheren Maschinenbetrieb.

Der letzte Grund wird wohl am ehesten anzuwenden sein. Als ungenau muß aber entschieden eine Statistik der Verufsgenossenschaft aus der Section III über die Ursachen der entschädigten Unfälle angesehen werden. Danach sollen 36 Unfälle durch Schuld von Mitarbeitern, 546 Unfälle durch Unachtsamkeit und Unachtsamkeit der Versicherten, aber nur 52 Unfälle durch die Gefährlichkeit des Betriebes, 39 durch mangelhafte Betriebsanrichtungen, 43 durch Zufälligkeiten usw. entstanden sein. Ja, die Unternehmer verstehen es, die Schuld von sich abzuwälzen. Das Ganze nennt man dann „Statistik“!

Auffällig ist es, daß der Bericht wohl die Zahl der von den technischen Aufsichtsbereichen der Verufsgenossenschaft revidierten Betriebe anführt, jedoch unterläßt, auch die Zahl der vorgefundenen Mängel näher und zahlenmäßig anzugeben. Wir erfahren dabei nur, daß die Beamten von 64 000 Betrieben nur 7407 revidiert haben. Am häufigsten war das Fehlen von Geländern an Treppen, Nichteinrichtung von Treibwerksteilen, Zahngelrieben, mangelhafte Betriebsräume, Fußböden, das Fehlen von Schutzhüllen, nicht gesicherte Leitern, mangelhafte Hebewerkzeuge, Fahrstühle und Maschinen aller Art zu beanstanden.

Der Bericht hebt hervor, daß die Einrichtungen für den Kranentransport, erste Hilfe und Ausbildung der Angestellten zu Samaritern in den Berliner Warenhäusern besonders gut waren. Von den Kleinbetrieben, der Reichzahl der versicherten Betriebe, da ja nur 4,8 Arbeiter im Durchschnitt auf den Betrieb entfallen, kann man dies wohl nicht sagen. Nebenbei wird erwähnt, daß die Unfallversicherungsvorschriften in sehr vielen Fällen überhaupt nicht ausgehängt waren. Häufig sind die Plakate an völlig dunklen, ungeeigneten Stellen zum Aussehen gelangt, und zwar unaufgehoben, so daß sie dann infolge nachlässiger Behandlung zerrissen und unbrauchbar waren.

Interessant ist auch eine Stelle des Berichtes, welche „das gewaltige Wachstum des Verkehrs im Hamburger Hafen und die damit vergrößerte Unfallgefahr“ schildert.

Es kamen nach den amtlichen Nachrichten im Hamburger Hafen an bezw. gingen ab:

angekommene Schiffe:	abgegangene Schiffe:
1906: 15 777 mit 11 030 000 Registertonnen	1906: 15 787 mit 11 008 000 Registertonnen
1907: 16 473 mit 12 041 000 Registertonnen	1907: 16 507 mit 12 103 000 Registertonnen

Der Hafenarbeiterverband habe ferner bei der Verufsgenossenschaft beantragt, eine Vorschrift zu erlassen, daß künftig beim Laden und Löschen fremder Schiffe die Bedienung der Winden statt wie bisher seitens der Schiffsmannschaft, durch einheitliche Schauerleute erfolgen solle. „Dieses Gesuch mußte abgewiesen werden, da die Verufsgenossenschaft zu solchen Anordnungen nicht befugt ist“. Weithalb aber regte sie dann nicht ein geschicktes Vorgehen an, das diesen Weg zur Herabsetzung von Unfällen ebnete?

Das Glück der Verufsgenossenschaft im Verufungsverfahren schildert uns der Bericht wie folgt: 1831 Verufungen wurden zugunsten der Verufsgenossenschaft und 503 zugunsten der Versicherten entschieden. . . . Die für die Verufsgenossenschaft günstigen Entscheidungen schaukelten in den verschiedenen Sectionen zwischen 68,42 und 91,18 Proz. . . . Von den 34 Rekursen, welche die Verufsgenossenschaft trotz dieser Mißerfolge noch erhoben hatte, wurden 22 anerkannt und 10 zurückgewiesen. Von den insgesamt zur Entscheidung gelangten 477 Fällen hatten 372 für die Verufsgenossenschaft günstigen Erfolg, demnach sind 78 Proz. zugunsten der Versicherten ausgefallen.

Und da wagt es der Bericht noch zu bemerken, daß eine dom Standpunkt der Verletzten aus „wohlwollende Rechtsprechung der Schiedsgerichte und des Reichsversicherungsamts“ vorhanden wäre . . .

Neben der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Berliner Kostümschneiderei und Musterkonfektion hat der Schneiderverband im November-Dezember 1907 eine Enquete veranstaltet, deren Resultate jetzt in einer kleinen Broschüre der Öffentlichkeit unterbreitet werden. Das vorliegende Material erstreckt sich auf alle Verufsbetriebe und gibt sowohl ein klares Bild über die üblichen Löhne als auch über die Durchführung der Bundesratsverord-

nungen vom 31. Mai 1897 und 17. Februar 1904. Neben den Zusammenhang der obengenannten beiden Branchen heißt es:

„Unter dem Namen Kostümschneiderei versteht man in Berlin die Maßschneiderei, in welcher ausschließlich auf Bestellung gearbeitet wird, während in der Musterkonfektion, wie schon der Name andeutet, die Muster für die Konfektion hergestellt werden und später die feinere Konfektion nach den verschiedensten Mustern, kleine Kommissionen sowie einzelne Stücke gemacht werden. Die Sachen werden im allgemeinen sehr gut gearbeitet, so daß die Konsumenten keinen Unterschied, ob Maß oder Konfektion, erkennen, wodurch allerdings der Maßschneider eine erhebliche Konkurrenz entsteht. Dann kommt hier noch weiter in Betracht, daß die Arbeiterzahl dieser beiden Branchen, ob Maß oder Konfektion, fast ein und dieselbe ist. Es gibt sehr viele Schneider und Schneiderinnen, die heute in der Musterkonfektion, morgen in der Kostümschneiderei beschäftigt werden.“

Die Erhebung umfaßt 28 Betriebe mit ungefähr 250 männlichen und 900 weiblichen Personen, ungefähr den achten Teil der überhaupt in diesen Branchen beschäftigten weiblichen und zwei Drittel der männlichen Personen. Der kleinste Betrieb, eine Musterkonfektionswerkstatt, umfaßt 4, der größte bis zu 220 Personen. In den kleinen Betrieben (bis zu zehn Personen) werden fast ausschließlich Männer beschäftigt. In die vielen kleinen und mittleren Betriebe, wo außer einem oder zwei Vätern, die hin und wieder eingestellt, nur weibliche Arbeitskräfte beschäftigt werden, ist die Organisation bisher leider noch nicht eingebracht. Es gibt auch noch einige Großbetriebe mit 100 und mehr Leuten, bei denen der Verband dank der geradezu rätselfhaften Mühsamkeit der Arbeiterschaft bei dieser Gelegenheit ebenfalls kein Resultat erzielen konnte.

Neben den Ausgaben der Arbeit, das regelmäßig nach der Hochsaison in diesen Branchen eintritt, ist folgendes festzustellen. Es beträgt in 5 Betrieben 4—5 Wochen, in 6: 6—7, in 5: 8—9, in 3: 9—10 und in je einem Geschäft 11, 12 und sogar 16 Wochen. Als Jahresdurchschnitt werden 8 Wochen berechnet, mit den Feiertagen sogar 9 Wochen.

Neben der gebräuchlichen Löhne finden wir folgende Angaben (in der Broschüre, auf die wir verweisen möchten, detailliert geschlüsselt): Jahreslohn (48 Wochen) für Arbeiterinnen auf Tailen 900,75 M., Paletots 941,70 M., Röcke 935,25 M., Kermel 928,80 M., Stepperröcke 958,90 M., Quarsarbeiterinnen 634,25 M. Arbeiter: Selbständige 1612,50 M., Stücker und Stepper 1526,50 M., Quarsarbeiter 1238,40 M. Auf 52 Wochen berechnet, ergibt sich aus diesen Zahlen ein Wochenlohn wie folgt: bei den Arbeiterinnen entsprechend der obigen Reihenfolge von 19,25, 18,10, 17,95, 17,85, 18,45 und 12,20 M.; bei den Männern von 31, 29,35 und 28,80 M.

Betreffs der Bezahlung der Ueberstunden wird angeführt, daß es in 18 Betrieben einen Aufschlag von 33%, in fünf von 50 Proz. gibt; in fünf Betrieben wird kein Aufschlag gezahlt, das heißt nur bei den weiblichen Arbeitern, die männlichen bekommen 33%, Proz. Die Eintragungen der Ueberstunden in die amtlichen Tabellen erfolgen im allgemeinen nicht, wie vorgeschrieben ist. In vielen Betrieben werden nur am Sonnabend, wenn von Rechts wegen keine Ueberstunden gemacht werden sollen, Eintragungen gemacht, so daß sie niemals in Verlegenheit geraten, die 60 Tage zu überschreiten, wenn auch am 120 Tagen im Jahre Ueberstunden gemacht werden, was bei den Arbeiterinnen nicht seltenes ist, zumal da, wo die Ueberstunden nach Tagesstunden berechnet werden.

Die Arbeitszeit beträgt in einem Geschäft 9 1/2 Stunden, in 26 Betrieben 9, in einem für Männer 9 und für Frauen 10 Stunden; hier seien die Arbeiterinnen zu feige, Gebrauch von der auch ihnen bereits vor anderthalb Jahren zugesprochenen Verkürzung zu machen.

Neben sanitären Zuständen in den Werkstätten läßt sich der Bericht auch aus. Er bezeichnet sie als sehr schlecht in vielen Fällen; der ermittelte Luftdruck z. B. schwankt zwischen 6,60 und 26 Kubimeter pro Person. Von 17 Werkstätten hatten nur 5 eine Ventilation, bei den übrigen geschah die Lüftung durch Öffnen der Fenster, was mit allerlei Unzuträglichkeiten gerade im Schneidberuf verbunden ist. Die Werkstätten werden im allgemeinen als hell bezeichnet. 22 sind hell, 3 nicht genügend hell, 2 sind dunkel. 2 Werkstätten befinden sich portier, 9 im ersten Stock, 5 im 2. Stock, 9 im 3. Stock, 3 im 4. Stock.

Zur Sozialpolitik des Freisinn.

Vor den Wahlen betonten die Freisinnigen ständig, daß sie arbeiterfreundlich seien, praktische Politik treiben, positive Arbeit leisten und auch für eine „berühmte Sozialpolitik“ zu haben seien. Wenn ihnen dann entwidert wurde, daß das nur Schamschlagerei und Wahlmache sei, da der Freisinn da, wo er die Macht habe, an Arbeiterfreundlichkeit und sozialpolitische Rücksichtlosigkeit nichts zu wünschen übrig lasse, so fuhren alle Freisinnsperrücken in die Höhe und nannten das eine „freie Verkündung“. Dieser Tage hat wieder einmal der Freisinn bewiesen, daß er da, wo er am Ruder sitzt, auch nicht entfernt daran denkt, wirkliche Sozialpolitik zu treiben.

In Königsberg gibt es eine große Zahl von sogenannten unständigen Arbeitern, die ebenso wie die Heimarbeiter keiner Krankenversicherungspflicht unterliegen, falls nicht ordnungsgemäß die Versicherungsbeiträge auf diese Arbeiterkategorie ausgedehnt ist. Seit Jahren ist eine solche Ausdehnung von den Königsberger Arbeitern verlangt. Dem ist nun endlich nach siebenjährigem Drängen der Magistrat nachgegeben. Am Mittwoch legte er dem jetzt sozialisteneinen Stadtparlament, in dem die Freisinnigen stark vertreten sind, ein Ordrestatut betreffs der Krankenversicherung der Heimarbeiter und unständigen Arbeiter vor. Es sieht aber eine dreitägige Karenzzeit vor. Unsere Genossen haben in einer Petition, die eintägige Karenzzeit eingeführt. Sie betonen, daß nach dem Vorschlag des Magistrats die unständigen Arbeiter nach wie vor ohne Krankenversicherung bleiben würden, da man sie dann immer nur auf zwei Tage einstellen wird, um sich die Anmeldung an die Krankenkasse zu ersparen. Hauptächlich würde der weitaus größte Teil der Hafenarbeiter weiter ohne Krankenversicherung bleiben. Diese Gründe waren so durchschlagend, daß selbst zwei Freisinnige, denen die Sozialpolitik noch etwas am Herzen liegt, für die eintägige Karenzzeit eintraten und den Stadtvätern einen dementsprechenden Antrag unterbreiteten. Doch die Stadtvordordnetenversammlung ließ sie im Stich. Man redete davon, daß der Antrag nicht nur die Arbeitgeber sondern selbst die Krankenkasse stark belasten würde. Diese zarte Rücksicht auf die Interessen einer Ordrestatutenklasse ist doch überaus rührend. Man genierte sich aber auch nicht, die Behauptung aufzustellen, daß die eintägige Karenzzeit selbst den Interessen der Versicherten zuwiderlaufen würde. Also die lächerlichsten und nichtigen Gründe wurden hervorgeholt, um die Interessen der Arbeitgeber zu wahren. Ein Führer des Königsberger Freisinn, Justizrat Diercksen, erklärte, daß die Magistratsvorlage schon „einen guten Fortschritt bedeute“, und daß „man erst Erfahrungen über die dreitägige Karenzzeit machen müsse“, ehe man zur eintägigen schreite. Dabei liegen solche Erfahrungen aus anderen Städten vor. In Halberstadt ist die eintägige Karenzzeit eingeführt und in Altona kennt das dortige Ordrestatut überhaupt keine Karenzzeit. Aber nichts half. Das warme Herz des Freisinn schlug — jetzt nach den Wahlen — nur noch für die Arbeitgeber und daher stimmte außer den beiden sozialpolitisch-einsichtigen Freisinnigen kein Stadtvordannter für die eintägige Karenzzeit. So sind die unständigen Arbeiter um die Krankenversicherung, auf die sie so lange gehofft haben, dank der Fürsorge des sozialpolitischen Freisinn gekommen.

Aus Industrie und Handel.

Berlin im Lichte der Schlachtvieh- und Fleischbeschaustatistik. Nach den im Kaiserl. Statistischen Amt zusammengestellten Ergebnissen der Schlachtvieh- und Fleischschau im 1. Quartal 1908 (Deutsches Reich) sind die Schlachtungen gegenüber der Paralleletaten

der Vorjahre bei Großvieh teilweise gefallen, bei Schweinen gestiegen. Dabei ergibt sich die bemerkenswerte Erscheinung, daß in Berlin die Zunahme sich auf Kühe- und Schweineschlachtungen beschränkt, im übrigen teilweise recht erhebliche Abnahme der Schlachtungen eingetreten ist. Wir machen darüber folgende Zusammenstellung:

Deutsches Reich	in 1908		Berlin	in 1908	
	geg. 1907	in Proz.		geg. 1907	in Proz.
Pferde . . .	37 408	85 987	12 170	11 148	- 8,80
Ochsen . . .	141 136	133 913	1 577	77 968	- 1,35
Bullen . . .	97 006	107 880	+ 11,19	41 998	- 40,078
Kühe . . .	303 557	420 753	+ 6,91	14 773	- 13,815
Jungrinder	184 202	212 612	+ 15,42	29 356	- 26,822
Kälber . . .	1 053 925	1 149 342	+ 9,05	167 926	- 176 259
Schweine . .	4 079 656	4 418 214	+ 8,20	959 417	- 1 145 808
Schafe . . .	440 495	446 180	+ 1,29	475 893	- 470 714

Danach ist die Zahl der Schweineschlachtungen in Berlin stärker gestiegen, als der Durchschnitt für das Reich ausweist. Andererseits hat Berlin erhebliche Rückgänge der Schlachtungen an Großvieh, während für ganz Deutschland eine relativ bedeutende Zunahme sich ergibt.

Preisermäßigung. Das Roheisenhandelskartell ermäßigte die Preise für Puddeleisen und Stahlobleisen um 4 M. pro Tonne.

Saatenstand in Preußen Mitte Juni, wenn 2 gut, 3 mittel, 4 gering bedeutet: Winterweizen 2,3 (im Juni des Vorjahres 3,2), Sommerweizen 2,6 (2,5), Winterroggen 2,2 (2,6), Wintergerste 2,6 (2,4), Hafer 2,5 (2,4), Erbsen 2,7 (2,7), Ackerbohnen 2,6 (2,5), Widen 2,6 (2,5), Kartoffeln 2,8 (2,6), Zuckerrüben 2,7 (2,8), Wintererbsen und Rüben 2,6 (2,5), Klee 2,6 (2,7), Alee 2,1 (3,4), Luzerne 2,2 (3,1), Nieselfrüchte 2,1 (2,7), andere Wiesen 2,4 (3,1).

In den Bemerkungen der „Statistischen Korrespondenz“ heißt es u. a.: die erst spät eingetretene Entwidlung der Saaten hat in dem Berichtsmonte mit einigen Ausnahmen einen erfreulichen Fortschritt genommen. Es wird besonders betont, daß die noch im Mai erwählte Mühsamkeit des Wachstums bei den Winterfrüchten größtenteils ausgeglichen sein dürfte. Der Winterweizen hat sich erheblich gebessert, selbst der Winterroggen hat sich im großen ganzen bedeutend verbessert, und die Befürchtung, daß er mindestens im Stroh-ertrage schwach sein werde, ist mehr oder weniger zurückgetreten. Neben dem Stand der Weizenfrüchte, Wintererbsen und -rübren enthalten die Berichte keine besonderen Nachrichten. Am meisten haben die Futterpflanzen und Wiesen gewonnen. Die Sommerhalbfelder dürften durch das Ueberwachen des Unkrauts und der Schädlings wie durch die meist andauernden Niederschläge an einer bedeutenden Entwidlung gehindert worden sein. Nicht gerade zufriedenstellend ist der Stand der Hackfrüchte, Kartoffeln und Zuckerrüben.

Ein deutsches Roheisenkartell. In Düsseldorf zwischen Werksvertretern gepflogene Verhandlungen haben zu den vorbereitenden Schritten zur Gründung eines deutschen Roheisenkartells geführt. Auf dem Wege zum Ziele werden aber noch harte Interessenskämpfe auszufechten sein.

Vermehrte Feierschichten. Die in Vordolli dominierende Textilindustrie leidet seit mehreren Monaten so empfindlich unter der schlechten Konjunktur, daß viele Fabriken nicht mehr mit dem fast allgemein vor geraumer Zeit eingeführten einen wöchentlichen Feiertag auskommen, sondern jetzt noch an einem zweiten Tage in der Woche ihre Betriebe ruhen lassen. Daß die Arbeiterschaft bei der durch die unsinnige Zollpolitik herrschenden Teuerung unter dieser Maßnahme schwer zu leiden hat, bedarf keines besonderen Nachweises.

Der englische Arbeitsmarkt.

London, 19. Juni. Der Geschäftsliebergang in England findet seinen Ausdruck in der wachsenden Zunahme der Arbeitslosigkeit. Nach der soeben erschienenen „Labour Gazette“ zeigte der englische Arbeitsmarkt im Monat Mai eine weitere Verschlechterung. In den 208 berichteten Trade-Unions mit einer Mitgliedschaft von 627 613 waren 49 515 oder 7,9 Proz. Arbeitslose, gegen 3,4 Proz. im Parallelmonat des Jahres 1907. An Lohnänderungen waren 147 600 Mitglieder beteiligt; davon erhielten 5400 eine Lohnherabsetzung, 142 200 eine Lohnherabsetzung; das Nettoergebnis war ein Lohnrückgang von 3000 Pfund Sterling pro Woche.

Ein Trust insolvent. Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus New York telegraphiert: In Philadelphia ist die Lincoln Savings Trust Company insolvent geworden.

Die amerikanischen Eisenbahnen stellen einen ungeheuren wirtschaftlichen Komplex dar, gegen den selbst die ungeheuren Riesenbetriebe der deutschen Bahnen klein erscheinen. Der 21. Jahresbericht der Zwischenstaatlichen Handelskommission der Vereinigten Staaten von Nordamerika veröffentlicht über die Entwicklung der Bahnen der Union die folgenden Angaben:

1906 (30. 6.)	Zunahme im letzten Betriebsjahre
Gesamte Gleislänge	558 981 km 10 019 km
Lokomotiven . . .	51 673 Stk. 8 315 Stk.
Wagen . . .	1 958 912 115 041
Fahrgäste, beförderte	789 507 838 Pers. 60 673 171 Pers.
Frachtförderung .	1 631 874 219 t. 208 642 814 t.
Brutto-Einnahmen .	9 768 218 000 M. 1 021 788 000 M.
Betriebsausgaben .	6 454 883 000 614 335 000

Die Bruttoeinnahmen sind im Betriebsjahre 1906/07 um fast 15 Proz. gestiegen! — Die Bahnen beschäftigen 1 521 355 Angestellte, das sind etwa 427 auf 100 Kilometer Gleislänge. Das in den Bahnen angelegte Kapital betrug rund 61 194 Millionen Mark, fast viermal soviel wie dasjenige des gesamten Bahnnetzes im Deutschen Reich! Ein Kilometer Bahn kostet also in der Union durchschnittlich 178 332 M., in Deutschland 271 000 M. Letztere Summe ist höher, weil das rollende Material und die festen Anlagen wegen der viel größeren Dichte des Netzes in Deutschland verhältnismäßig zahlreicher sind als in der Union. — Etwa 33,40 Proz. des gesamten Anlagekapitals der amerikanischen Bahnen blieb unverzinst, während sich die mittlere Dividende der gewinntragenden Bahnen auf 8,03 Proz. belief.

Amlicher Marktbericht der Rüblichen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft san, Preise unverändert. Wild: Zufuhr nachlassend, Geschäft etwas lebhafter, Preise fest. Geflügel: Zufuhr sehr reichlich, Geschäft etwas reger, Preise wenig verändert. Fisch: Zufuhr reichlich, Geschäft matt, Preise wenig verändert, Seefische kaum abgesetzt. Butter und Käse: Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr reichlich, Geschäft lebhafter, Preise wenig verändert.

Witterungsübericht vom 20. Juni 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temperatur Grad C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temperatur Grad C
Stettin	754,93	3 wölfig	18	18	Darmstadt	755,53	2 bedeckt	12	12
Frankfurt	757,93	4 bedeckt	23	14	Heidelberg	759,53	1 wölfig	23	13
Berlin	753,93	3 wölfig	14	13	Stuttgart	761,93	3 wölfig	13	13
Frankfurt a. M.	752,93	5 wölfig	22	12	München	762,93	1 bedeckt	9	9
Wien	751,50	2 wölfig	25	13	Paris	755,93	3 bedeckt	15	15
Stuttgart	751,50	— wölfig	23	13					

Wetterprognose für Sonntag, den 21. Juni 1908. Gleichmäßig, zunächst kühl, bei ziemlich häufigen nordwestlichen Winden, später wieder Erwärmung und etwas Regung zu Gewittern. Berliner Wetterbureau.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE 109-111

Diese Woche — soweit Vorrat:

Günstige Angebote für die Reise

ca. **10 000 Weisse Blusen** enorm preiswert

India-Mull-Blusen mit Einsätzen und Stickereien	2 ⁹⁰
Mull-Blusen in reicher Verarbeitung	4 ⁶⁵ 5 ⁷⁵
Seidenbatist-Blusen in hocheleganten Fassons	6 ⁷⁵ 8 ⁵⁰
Zephyr-Blusen moderne Streifen .. 2 ⁵⁰ Spitzen-Blusenhemden...	18 ⁵⁰

Ein grosser Posten Spitzen- und Seiden-Blusen besonders vorteilhaft 16⁵⁰ 22⁵⁰

ca. **3000 Knaben - Wasch - Anzüge** bedeutend unter Preis

hochgeschlossene und offene Blusen-Anzüge, modernste Stoffe, gute Verarbeitung

Anzüge für das Alter von 3-8 Jahren durchweg	95 Pf. 1 ⁷⁵ 2 ⁷⁵ 4 ⁵⁰ Anzüge für das Alter von 9-12 Jahren durchweg	3 ⁵⁰ 5 ⁰⁰ 6 ⁵⁰
--	--	---

Ein grosser Posten Mädchen-Kleider 70-100 cm lang, moderne Waschestoffe, beste Verarbeitung, zum Teil mit Extra-Blusen durchweg 3⁸⁵ 5⁰⁰ 7⁵⁰

„Hoffnung“

Berliner Schneideri-Genossenschaft
E. G. m. b. H.

Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. Brunnenstr. 185
Gegr. i. Februar 1906 v. organisiert. Schneidergehilfen Berlins.

Empfehlen sich allen Arbeitern, Parteigenossen und Mitbürgern zur Anfertigung eleganter

Herren- u. Knabengarderobe

Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge.

Große Auswahl in Sommer-Paletots, Ulster, Radfahranzügen u. Fant.-Westen in allen Größen und Preislagen sowie

Arbeiter-Berufskleidung.

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen Betriebswerkstätten unter den von unserer Organisation festgelegten Bedingungen.

Lieferanten der Konsum-Genossenschaft Berlins u. Umgegend, des Berliner und Charlottenburger Konsum-Vereins und des Arbeiter-Radfahrerbundes.

Emil Wittes Waldschlößchen

Gichwalde, Kaiser Friedrichstr. 1.

Empfehle allen Vereinen und Gewerkschaften zu Ausflügen und Partien mein herrlich am Wald gelegenes Lokal, drei Minuten vom Bahnhof. Großer Saal, Schattiger Garten, Regelmäßige. Auch mit dem alten Brauch wird nicht gebrochen, Familien können Kaffee kochen. 27172* Um geneigten Zuspruch bittet Emil Witte.

Rauchen Sie Phänomen Cigaretten!

Devise: Qualität ist die beste Empfehlung.

Spart Zeit, Arbeit, Geld!

Das Waschmittel der Zukunft!

Erzeugt dauernd blendend weiße Wäsche!

Garantiert chlorfrei und unschädlich.

Millionenfach erprobt!

Alleinige Fabrikanten: Henkel & Co., Düsseldorf

Metzner
BERLIN

Andreasstr. 23 — Brunnenstr. 95
Leipzigerstr. 54-55 — Beusselstr. 67 — Rixdorf, Bergstr. 133

Kinderwagen Eisen-Bettstellen
Kindermöbel Korbwaren etc.

1000 Mk. Belohnung zahle ich jedem, der mir in Berlin ein größeres Spezial-Geschäft in der Branche als das meinige nachweist. KATALOG GRATIS.

Brennabor-Räder.
Reparatur-Werkstatt und eigener Fahrradbau, Ersatzteile.

Otto Krüger,
Pantfir. 3, am Rietzelplatz.
Telephon: Amt III, 2508.

Teilzahlung
monatlich 10 Mk. liefern Herren-Garderobe nach Maß (billigste Preise).
J. Tomporowski, Lindenstr. 110, 2. Etage.
Höhe Beßelalleeplatz.
Rasse 10% billiger.

Reste = Confection

Damentuche schwarz und farbig, Costumes-Stoffe, neueste Muster, Seiden-Pfusch, Samt, Seide, Futterstoffe etc.

Paletots, Jacketts, Staubmäntel, Costumes, Costumes-Röcke in größter Auswahl.

C. Pelz, Kottbuserstr. 5.

Spiritus-Kocher und Bügeleisen

für Haus und Reise.

Centrale für Spiritus-Verwertung,
BERLIN NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.

Illustrierte Preisliste kostenlos!

Setzen Sie sich
mit uns in Verbindung. Sie sparen Geld! Wir liefern moderne Herren-Garderoben fertig und nach Maß in guter Verarbeitung unter Garantie für tadellosen Sitz.

Legen Sie sich
täglich nur wenige Pfennige zuruf, denn wir liefern Ihnen die Ware gegen wöchentliche Teilzahlung von 1 M. an.

Stellen Sie sich
vor, daß unsere Waren nur in eigenem Großbetriebe hergestellt werden, und daß Sie es nicht mit einem Abzahlungsgeheimnis zu tun haben, daher können wir die billigsten Preise stellen. Schriftliche Anerkennungen über unsere reelle Bedienung zur gef. Einsicht. Beschaffung unseres großen Betriebes — ohne Kaufzwang — lohnend. Auf Wunsch besuche Sie unser Atelier mit den neuesten Modellen. Gedruckt wochentl. bis 8, Sonnt. bis 11 Uhr.

Versandhaus Berliner Herren-Moden,
nur Stralauer Str. 28 I.
am Wolfenmarkt.
Radbrand verboten.

Die billigsten u. besten Fahrräder u. Nähmaschinen liefert Scholz, Fahrrad, Steinau a. Od. 2. Schläuche 2.20, 2.75, 3.25, 3.75, 4.25, 4.75, 5.25, 5.75, 6.25, 6.75, 7.25, 7.75, 8.25, 8.75, 9.25, 9.75, 10.25, 10.75, 11.25, 11.75, 12.25, 12.75, 13.25, 13.75, 14.25, 14.75, 15.25, 15.75, 16.25, 16.75, 17.25, 17.75, 18.25, 18.75, 19.25, 19.75, 20.25, 20.75, 21.25, 21.75, 22.25, 22.75, 23.25, 23.75, 24.25, 24.75, 25.25, 25.75, 26.25, 26.75, 27.25, 27.75, 28.25, 28.75, 29.25, 29.75, 30.25, 30.75, 31.25, 31.75, 32.25, 32.75, 33.25, 33.75, 34.25, 34.75, 35.25, 35.75, 36.25, 36.75, 37.25, 37.75, 38.25, 38.75, 39.25, 39.75, 40.25, 40.75, 41.25, 41.75, 42.25, 42.75, 43.25, 43.75, 44.25, 44.75, 45.25, 45.75, 46.25, 46.75, 47.25, 47.75, 48.25, 48.75, 49.25, 49.75, 50.25, 50.75, 51.25, 51.75, 52.25, 52.75, 53.25, 53.75, 54.25, 54.75, 55.25, 55.75, 56.25, 56.75, 57.25, 57.75, 58.25, 58.75, 59.25, 59.75, 60.25, 60.75, 61.25, 61.75, 62.25, 62.75, 63.25, 63.75, 64.25, 64.75, 65.25, 65.75, 66.25, 66.75, 67.25, 67.75, 68.25, 68.75, 69.25, 69.75, 70.25, 70.75, 71.25, 71.75, 72.25, 72.75, 73.25, 73.75, 74.25, 74.75, 75.25, 75.75, 76.25, 76.75, 77.25, 77.75, 78.25, 78.75, 79.25, 79.75, 80.25, 80.75, 81.25, 81.75, 82.25, 82.75, 83.25, 83.75, 84.25, 84.75, 85.25, 85.75, 86.25, 86.75, 87.25, 87.75, 88.25, 88.75, 89.25, 89.75, 90.25, 90.75, 91.25, 91.75, 92.25, 92.75, 93.25, 93.75, 94.25, 94.75, 95.25, 95.75, 96.25, 96.75, 97.25, 97.75, 98.25, 98.75, 99.25, 99.75, 100.25, 100.75, 101.25, 101.75, 102.25, 102.75, 103.25, 103.75, 104.25, 104.75, 105.25, 105.75, 106.25, 106.75, 107.25, 107.75, 108.25, 108.75, 109.25, 109.75, 110.25, 110.75, 111.25, 111.75, 112.25, 112.75, 113.25, 113.75, 114.25, 114.75, 115.25, 115.75, 116.25, 116.75, 117.25, 117.75, 118.25, 118.75, 119.25, 119.75, 120.25, 120.75, 121.25, 121.75, 122.25, 122.75, 123.25, 123.75, 124.25, 124.75, 125.25, 125.75, 126.25, 126.75, 127.25, 127.75, 128.25, 128.75, 129.25, 129.75, 130.25, 130.75, 131.25, 131.75, 132.25, 132.75, 133.25, 133.75, 134.25, 134.75, 135.25, 135.75, 136.25, 136.75, 137.25, 137.75, 138.25, 138.75, 139.25, 139.75, 140.25, 140.75, 141.25, 141.75, 142.25, 142.75, 143.25, 143.75, 144.25, 144.75, 145.25, 145.75, 146.25, 146.75, 147.25, 147.75, 148.25, 148.75, 149.25, 149.75, 150.25, 150.75, 151.25, 151.75, 152.25, 152.75, 153.25, 153.75, 154.25, 154.75, 155.25, 155.75, 156.25, 156.75, 157.25, 157.75, 158.25, 158.75, 159.25, 159.75, 160.25, 160.75, 161.25, 161.75, 162.25, 162.75, 163.25, 163.75, 164.25, 164.75, 165.25, 165.75, 166.25, 166.75, 167.25, 167.75, 168.25, 168.75, 169.25, 169.75, 170.25, 170.75, 171.25, 171.75, 172.25, 172.75, 173.25, 173.75, 174.25, 174.75, 175.25, 175.75, 176.25, 176.75, 177.25, 177.75, 178.25, 178.75, 179.25, 179.75, 180.25, 180.75, 181.25, 181.75, 182.25, 182.75, 183.25, 183.75, 184.25, 184.75, 185.25, 185.75, 186.25, 186.75, 187.25, 187.75, 188.25, 188.75, 189.25, 189.75, 190.25, 190.75, 191.25, 191.75, 192.25, 192.75, 193.25, 193.75, 194.25, 194.75, 195.25, 195.75, 196.25, 196.75, 197.25, 197.75, 198.25, 198.75, 199.25, 199.75, 200.25, 200.75, 201.25, 201.75, 202.25, 202.75, 203.25, 203.75, 204.25, 204.75, 205.25, 205.75, 206.25, 206.75, 207.25, 207.75, 208.25, 208.75, 209.25, 209.75, 210.25, 210.75, 211.25, 211.75, 212.25, 212.75, 213.25, 213.75, 214.25, 214.75, 215.25, 215.75, 216.25, 216.75, 217.25, 217.75, 218.25, 218.75, 219.25, 219.75, 220.25, 220.75, 221.25, 221.75, 222.25, 222.75, 223.25, 223.75, 224.25, 224.75, 225.25, 225.75, 226.25, 226.75, 227.25, 227.75, 228.25, 228.75, 229.25, 229.75, 230.25, 230.75, 231.25, 231.75, 232.25, 232.75, 233.25, 233.75, 234.25, 234.75, 235.25, 235.75, 236.25, 236.75, 237.25, 237.75, 238.25, 238.75, 239.25, 239.75, 240.25, 240.75, 241.25, 241.75, 242.25, 242.75, 243.25, 243.75, 244.25, 244.75, 245.25, 245.75, 246.25, 246.75, 247.25, 247.75, 248.25, 248.75, 249.25, 249.75, 250.25, 250.75, 251.25, 251.75, 252.25, 252.75, 253.25, 253.75, 254.25, 254.75, 255.25, 255.75, 256.25, 256.75, 257.25, 257.75, 258.25, 258.75, 259.25, 259.75, 260.25, 260.75, 261.25, 261.75, 262.25, 262.75, 263.25, 263.75, 264.25, 264.75, 265.25, 265.75, 266.25, 266.75, 267.25, 267.75, 268.25, 268.75, 269.25, 269.75, 270.25, 270.75, 271.25, 271.75, 272.25, 272.75, 273.25, 273.75, 274.25, 274.75, 275.25, 275.75, 276.25, 276.75, 277.25, 277.75, 278.25, 278.75, 279.25, 279.75, 280.25, 280.75, 281.25, 281.75, 282.25, 282.75, 283.25, 283.75, 284.25, 284.75, 285.25, 285.75, 286.25, 286.75, 287.25, 287.75, 288.25, 288.75, 289.25, 289.75, 290.25, 290.75, 291.25, 291.75, 292.25, 292.75, 293.25, 293.75, 294.25, 294.75, 295.25, 295.75, 296.25, 296.75, 297.25, 297.75, 298.25, 298.75, 299.25, 299.75, 300.25, 300.75, 301.25, 301.75, 302.25, 302.75, 303.25, 303.75, 304.25, 304.75, 305.25, 305.75, 306.25, 306.75, 307.25, 307.75, 308.25, 308.75, 309.25, 309.75, 310.25, 310.75, 311.25, 311.75, 312.25, 312.75, 313.25, 313.75, 314.25, 314.75, 315.25, 315.75, 316.25, 316.75, 317.25, 317.75, 318.25, 318.75, 319.25, 319.75, 320.25, 320.75, 321.25, 321.75, 322.25, 322.75, 323.25, 323.75, 324.25, 324.75, 325.25, 325.75, 326.25, 326.75, 327.25, 327.75, 328.25, 328.75, 329.25, 329.75, 330.25, 330.75, 331.25, 331.75, 332.25, 332.75, 333.25, 333.75, 334.25, 334.75, 335.25, 335.75, 336.25, 336.75, 337.25, 337.75, 338.25, 338.75, 339.25, 339.75, 340.25, 340.75, 341.25, 341.75, 342.25, 342.75, 343.25, 343.75, 344.25, 344.75, 345.25, 345.75, 346.25, 346.75, 347.25, 347.75, 348.25, 348.75, 349.25, 349.75, 350.25, 350.75, 351.25, 351.75, 352.25, 352.75, 353.25, 353.75, 354.25, 354.75, 355.25, 355.75, 356.25, 356.75, 357.25, 357.75, 358.25, 358.75, 359.25, 359.75, 360.25, 360.75, 361.25, 361.75, 362.25, 362.75, 363.25, 363.75, 364.25, 364.75, 365.25, 365.75, 366.25, 366.75, 367.25, 367.75, 368.25, 368.75, 369.25, 369.75, 370.25, 370.75, 371.25, 371.75, 372.25, 372.75, 373.25, 373.75, 374.25, 374.75, 375.25, 375.75, 376.25, 376.75, 377.25, 377.75, 378.25, 378.75, 379.25, 379.75, 380.25, 380.75, 381.25, 381.75, 382.25, 382.75, 383.25, 383.75, 384.25, 384.75, 385.25, 385.75, 386.25, 386.75, 387.25, 387.75, 388.25, 388.75, 389.25, 389.75, 390.25, 390.75, 391.25, 391.75, 392.25, 392.75, 393.25, 393.75, 394.25, 394.75, 395.25, 395.75, 396.25, 396.75, 397.25, 397.75, 398.25, 398.75, 399.25, 399.75, 400.25, 400.75, 401.25, 401.75, 402.25, 402.75, 403.25, 403.75, 404.25, 404.75, 405.25, 405.75, 406.25, 406.75, 407.25, 407.75, 408.25, 408.75, 409.25, 409.75, 410.25, 410.75, 411.25, 411.75, 412.25, 412.75, 413.25, 413.75, 414.25, 414.75, 415.25, 415.75, 416.25, 416.75, 417.25, 417.75, 418.25, 418.75, 419.25, 419.75, 420.25, 420.75, 421.25, 421.75, 422.25, 422.75, 423.25, 423.75, 424.25, 424.75, 425.25, 425.75, 426.25, 426.75, 427.25, 427.75, 428.25, 428.75, 429.25, 429.75, 430.25, 430.75, 431.25, 431.75, 432.25, 432.75, 433.25, 433.75, 434.25, 434.75, 435.25, 435.75, 436.25, 436.75, 437.25, 437.75, 438.25, 438.75, 439.25, 439.75, 440.25, 440.75, 441.25, 441.75, 442.25, 442.75, 443.25, 443.75, 444.25, 444.75, 445.25, 445.75, 446.25, 446.75, 447.25, 447.75, 448.25, 448.75, 449.25, 449.75, 450.25, 450.75, 451.25, 451.75, 452.25, 452.75, 453.25, 453.75, 454.25, 454.75, 455.25, 455.75, 456.25, 456.75, 457.25, 457.75, 458.25, 458.75, 459.25, 459.75, 460.25, 460.75, 461.25, 461.75, 462.25, 462.75, 463.25, 463.75, 464.25, 464.75, 465.25, 465.75, 466.25, 466.75, 467.25, 467.75, 468.25, 468.75, 469.25, 469.75, 470.25, 470.75, 471.25, 471.75, 472.25, 472.75, 473.25, 473.75, 474.25, 474.75, 475.25, 475.75, 476.25, 476.75, 477.25, 477.75, 478.25, 478.75, 479.25, 479.75, 480.25, 480.75, 481.25, 481.75, 482.25, 482.75, 483.25, 483.75, 484.25, 484.75, 485.25, 485.75, 486.25, 486.75, 487.25, 487.75, 488.25, 488.75, 489.25, 489.75, 490.25, 490.75, 491.25, 491.75, 492.25, 492.75, 493.25, 493.75, 494.25, 494.75, 495.25, 495.75, 496.25, 496.75, 497.25, 497.75, 498.25, 498.75, 499.25, 499.75, 500.25, 500.75, 501.25, 501.75, 502.25, 502.75, 503.25, 503.75, 504.25, 504.75, 505.25, 505.75, 506.25, 506.75, 507.25, 507.75, 508.25, 508.75, 509.25, 509.75, 510.25, 510.75, 511.25, 511.75, 512.25, 512.75, 513.25, 513.75, 514.25, 514.75, 515.25, 515.75, 516.25, 516.75, 517.25, 517.75, 518.25, 518.75, 519.25, 519.75, 520.25, 520.75, 521.25, 521.75, 522.25, 522.75, 523.25, 523.75, 524.25, 524.75, 525.25, 525.75, 526.25, 526.75, 527.25, 527.75, 528.25, 528.75, 529.25, 529.75, 530.25, 530.75, 531.25, 531.75, 532.25, 532.75, 533.25, 533.75, 534.25, 534.75, 535.25, 535.75, 536.25, 536.75, 537.25, 537.75, 538.25, 538.75, 539.25, 539.75, 540.25, 540.75, 541.25, 541.75, 542.25, 542.75, 543.25, 543.75, 544.25, 544.75, 545.25, 545.75, 546.25, 546.75, 547.25, 547.75, 548.25, 548.75, 549.25, 549.75, 550.25, 550.75, 551.25, 551.75, 552.25, 552.75, 553.25, 553.75, 554.25, 554.75, 555.25, 555.75, 556.25, 556.75, 557.25, 557.75, 558.25, 558.75, 559.25, 559.75, 560.25, 560.75, 561.25, 561.75, 562.25, 562.75, 563.25, 563.75, 564.25, 564.75, 565.25, 565.75, 566.25, 566.75, 567.25, 567.75, 568.25, 568.75, 569.25, 569.75, 570.25, 570.75, 571.25, 571.75, 572.25, 572.75, 573.25, 573.75, 574.25, 574.75, 575.25, 575.75, 576.25, 576.75, 577.25, 577.75, 578.25, 578.75, 579.25, 579.75, 580.25, 580.75, 581.25, 581.75, 582.25, 582.75, 583.25, 583.75, 584.25, 584.75, 585.25, 585.75, 586.25, 586.75, 587.25, 587.75, 588.25, 588.75, 589.25, 589.75, 590.25, 590.75, 591.25, 591.75, 592.25, 592.75, 593.25, 593.75, 594.25, 594.75, 595.25, 595.75, 596.25, 596.75, 597.25, 597.75, 598.25, 598.75, 599.25, 599.75, 600.25, 600.75, 601.25, 601.75, 60

11te Generalversammlung des Zentralverbandes der Götter und Götterei-Giltsarbeiter Deutschlands.

4. Verhandlungstag.

Nach den Anträgen der Kommission wurde beschlossen, drei neue Gaue mit befohlenen Gauleitern zu bilden. Die Einteilung der Gaue wird dem Vorstand übertragen, doch wird gewünscht, daß Berlin, Dresden und Düsseldorf als Gaue gewählt werden.

Die Gauleiter sollen in Zukunft nur mit beratender Stimme an den Generalversammlungen teilnehmen. Ferner werden die Gauborstände beauftragt, eingehende statistische Erhebungen zu veranstalten und das Resultat dem Hauptvorstand mitzuteilen, welcher dasselbe zu veröffentlichen hat.

Ueber Beitrags- und Unterstüßungsfragen

referiert Winkelman unter Berücksichtigung der hierzu gestellten Anträge, um deren Ablehnung er ersucht.

Nach ausgiebiger Diskussion erfolgt die Abstimmung über die Anträge. Eintr. Beitragssteigerung um 10 Pf. wird zugestimmt.

Ferner soll dem § 5 des Statuts folgender Absatz angefügt werden: Bei Sterbefällen ist den Frauen der verstorbenen Mitglieder sowie auch beim Ableben der Frau dem Mitgliede eine Unterstützung von 25 bzw. 50 M. zu gewähren. Jedoch ist im ersten Falle eine Karenzzeit von drei Jahren, im zweiten Falle eine solche von fünf Jahren erforderlich. Auch müssen die Beiträge voll entrichtet sein. Hinterbliebene lebiger Mitglieder erhalten nur dann Unterstützung, wenn sie den Nachweis erbringen, daß sie auf die Hilfe des Verstorbenen vor seinem Ableben zu ihrem Lebensunterhalt angewiesen waren.

Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt nur auf Anweisung des Vorstandes gegen Einlieferung des Mitgliedsbuches und einer Todesbescheinigung des verstorbenen Mitgliedes.

Ferner soll verheirateten Mitgliedern und solchen, die einen eigenen Haushalt führen, sofern diese gezwungen sind, in anderen Orten Arbeit zu nehmen, Umzugsunterstützung, wenn der neue Wohnort mehr als 20 Kilometer von dem bisherigen entfernt ist und wenn das antragstellende Mitglied in den dem Gesuch vorausgegangenen 52 Wochen eine gleiche Unterstützung nicht erhalten hat, bekommen; dieselbe soll betragen: nach 104wöchiger Mitgliedschaft 20 M., nach 156wöchiger 30 M. und nach 208wöchiger 40 M.

Dem § 12 des Statuts soll folgender Absatz angefügt werden: Bezugsberechtigten Kranke, die die Arbeit versuchsweise aufnehmen sowie Arbeitslose, die zur Ausübung Arbeit annehmen, sind von der Karenzzeit befreit. Wenn die Arbeit nicht länger als 12 Arbeitstage dauert, und ist dann als eine Fortsetzung der vorhergegangenen Erwerbslosigkeit zu betrachten.

Es wird weiter statutarisch festgelegt, daß Krankenhäuser, Heilanstalten und dritten Personen kein Anspruch auf die Erhebung der Unterstützungsgelder zusteht.

Auf Antrag des Hauptverbandes wird beschlossen: Invalide oder Erwerbsunfähige, welche laut § 9 kein Anrecht auf Unterstützung haben, mindestens aber 10 Jahre dem Verbands angehören, können in den Beitragslisten als Ehrenmitglieder geführt werden. Diese haben nur Ansprüche auf das im § 5 festgelegte Sterbegeld.

Die Karenzzeit wird bei allen Unterstützungseinrichtungen auf 3 Tage herabgesetzt.

Die erhöhten Beiträge sollen vom 1. Oktober 1908 ab erhoben werden.

5. Verhandlungstag.

Die Sitzung beginnt mit Beratung über Regulierung der Beiträge.

Kurschillgen-Düsseldorf begründet die hierzu gestellten Anträge, die sich mit der vom Gewerkschaftsverband angenommenen Gehaltskala decken und erfolgt deren Annahme mit nicht wesentlichen Änderungen.

Ueber den Weingewerkschaftsreferat Seel. Mainz. Der bisherige Vorstand wird wiedergewählt.

Nach Erledigung anderer kleiner Angelegenheiten gilt die Tagesordnung für erledigt und wird die Generalversammlung geschlossen.

XII. Generalversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands.

Gotha, 18. Juni 1908.

In namentlicher Abstimmung über Beitragssteigerung wird folgender Antrag angenommen: „Die Beitragsleistung erfolgt in drei Klassen, sie beträgt in der 1. Klasse 25 Pf., in der 2. Klasse 40 Pf., in der 3. Klasse 55 Pf. wöchentlich. In der 1. Klasse können nur weibliche Personen aufgenommen werden und jugendliche Personen unter 16 Jahren. Im übrigen ist es den Mitgliedern freigestellt, welcher Beitragsklasse sie beitreten wollen. Der Beitrag ist wöchentlich zu bezahlen.“

Ueber 50 Jahre alte weibliche Mitglieder können nur der 1. Klasse, über 50 Jahre alte männliche Mitglieder nur der 2. Klasse beitreten. Auch ist der Uebertritt zu einer höheren Klasse für diese Mitglieder späterhin nicht mehr gestattet. Den übrigen Mitgliedern steht der Uebertritt in eine andere Beitragsklasse jederzeit frei; die neue Beitragsleistung erfolgt vom Tage des Uebertritts an.

Eine lebhafte Debatte entzündet sich über die Tarifverträge. Ein Teil der Redner wendet sich dagegen, ein anderer Teil spricht für die Aufnahme in das Statut. Schließlich wird der § 2, Ziffer 1 des Statuts wie folgt gestaltet:

„Der Verband bezweckt die Hebung der sozialen Lebenslage und allerseitigen Vertretung der wirtschaftlichen und geistigen Interessen seiner Mitglieder. Insbesondere durch

a) Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, Abschaffung der Alford- und Geimarbeit, sowie des Koft- und Logiswessens, Befestigung der Existenzsicherung durch die Arbeiter sowie Durchführung von Tarifverträgen und Gemeinschaften;

b) Vornahme statistischer Erhebungen, unentgeltliche Arbeitsvermittlung und Regelung des Herbergsweßens;

c) Aufklärung und Bildung der Mitglieder, Pflege der Solidarität und des geselligen Verkehrs in den Zählstellen durch Abhaltung regelmäßiger Versammlungen und Veranstaltung von Vorträgen, sowie fachgewerbliche Fortbildung in Fachschulen.“

Die weitere Bestimmung in Ziffer 2 bleibt unberührt. Neu beschlossen wird folgende Bestimmung:

„Unentgeltlich, unter Anrechnung der bisherigen Mitgliedsdauer, können dem Zentralverband der Schuhmacher beitreten: Mitglieder solcher ausländischen Berufsorganisationen, welche der Internationalen Schuhmacher-Union angehören, wenn diese Mitglieder in Deutschland in Beschäftigung treten und ihre Pflichten in der bisherigen Organisation erfüllt haben. Der Uebertritt muß innerhalb 8 Wochen nach Eintritt in die Beschäftigung erfolgen.“

Das Beitrittsgehalt wird für die 1. Klasse auf 30 Pf., für die 2. und 3. Klasse auf 50 Pf. festgesetzt.

Männlichen Mitgliedern, die infolge ihres Alters oder dauernder Invalidität in ihrem Verdienst beeinträchtigt sind, kann auf ihren Antrag nach Befürwortung durch die Ortsver-

waltung, vom Zentralvorstand der Beitritt zu der 1. Beitragsklasse gestattet werden.

Gotha, 19. Juni 1908.

Besonders lebhaft gestaltet sich die Debatte über das Unterstüßungsweßens. Die Streit- und Abregelungsunterstützung wird wie folgt normiert: In der 1. Klasse bei 3- bis 12monatlicher Mitgliedsdauer pro Wochentag 90 Pf., nach 12 Monaten 1,25 M., in der 2. und 3. Klasse bei 3- bis 12monatlicher Mitgliedsdauer 1,50 M., nach 12 Monaten 2 M. pro Wochentag. Hierzu wird die Bestimmung getroffen, daß die Höhe der Unterstützung den Durchschnittsverdienst im letzten Vierteljahr nicht überschreiten darf. An verheiratete Mitglieder, welche sich länger als acht Wochen im Auslande befinden, kann extra eine Wiederschädigung von 10 M. pro Monat gewährt werden.

Bei Arbeitslosigkeit soll die Unterstützung in der 1. Klasse pro Wochentag 70 Pf., in der 2. Klasse 1 M., in der 3. Klasse 1,50 M. betragen. Innerhalb eines Jahres wird nur für 40 Tage Unterstützung gezahlt. Das Jahr beginnt mit dem ersten Tage der Unterstüßung. Für die ersten 3 Tage der Arbeitslosigkeit wird Unterstützung nur dann gewährt, wenn die Arbeitslosigkeit diese Zeit überdauert. Mitglieder, die infolge von Betriebsstörungen, Inventuraufnahmen oder schlechten Geschäftsgang vollständig aussetzen müssen oder vorübergehend entlassen werden, jedoch am 7. Arbeitstage nach eingetretener Beschäftigungslosigkeit wieder in die alte Arbeitsstelle zurückkehren, haben ein Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung für diese Zeit nicht. Das Recht auf Unterstützung tritt für diese Mitglieder erst ein, wenn die Beschäftigungslosigkeit 6 Arbeitstage überdauert und wird dann die Unterstützung vom ersten Tage der Beschäftigungslosigkeit ab gewährt. Bezüglich der Notfallunterstützung wird auf Antrag Berlin beschlossen, daß dieselbe 40 M. pro Jahr nicht übersteigen darf.

Zur Genossenschaftsfrage wird folgender Beschluß gefaßt:

„Der Zentralvorstand ist verpflichtet, beim nächsten Genossenschaftstag einen Antrag dahingehend zu stellen, daß die Konsumvereine, die Schuhwaren führen, dieselben nur aus solchen Fabriken beziehen, welche die tarifmäßigen Bedingungen unseres Verbandes anerkennen und unseren Kollegen in bezug auf die Zugehörigkeit zum Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands und der Betätigung für denselben nichts in den Wege legen.“

Die Ortsverwaltungen sind dahin anzuweisen, mit den Arbeiterkonsumvereinen in Verbindung zu treten, um zu verhindern, daß Waren zum Verkauf gebracht werden, welche unter den denkbar schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen hervorgegangen sind. Bei Streiks und Aussperrungen sind die Konsumvereine sofort in Kenntnis zu setzen.“

Ferner wird der Beschluß gefaßt, daß alle Ortsbeamten nach der bereits früher beschlossenen Gehaltskala zu entlohnen sind. Betreffs der Frage der

Arbeitslosigkeit

botiert die Versammlung folgende Resolution: „Die Generalversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands erachtet es als die Pflicht der Gemeinde und des Staates, um das Elend der Arbeitslosigkeit zu lindern, an diejenigen gewerkschaftlichen Organisationen, welche ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung zahlen und dadurch eine der Gesamtheit obliegende wichtige soziale Aufgabe erfüllen, durch Gewährung von finanzieller Beihilfe diesen Zweck zu fördern. Nachdem hierin das Ausland (Frankreich, Belgien, Dänemark, Schweiz) schon seit Jahren mit gutem Beispiel vorangegangen sind, erscheint es als höchst zeitgemäß, daß endlich auch in Deutschland diese soziale Pflicht anerkannt und durchgeführt wird.“

Hierzu werden die Verhandlungen vertagt.

Wollen Sie etwas Feines rauchen?

Dann empfehlen wir Ihnen

„Salem Aleikum“

Garantiert natürlich-aromatische, rein türkische Cigarette. Diese Cigarette wird in No. 3 nur lose, in den Nummern 4 bis 10 auch in einfachen Kartons à 20 Stück Inhalt, ohne Kork, ohne Goldmündstück verkauft.

No. 3 4 5 6 8 10 Preis: 3/4, 4 5 6 8 10 Pfg. das Stück

Nur echt, wenn auf jeder Cigarette die volle Firma steht:

Orientalische Tabak- u. Cigarettenfabrik „YENIDZE“

Inhaber: Hugo Zietz 130/20*

Deutschlands größte Fabrik für Handarbeit-Cigaretten. — Ueber 1400 Arbeiter.

Total-Ausverkauf

sämtlicher Frühjahrs- und Sommerkonfektion.

Staub-, Regen- und Reisemäntel

3⁵⁰ 5⁰⁰ 7⁵⁰ 10⁰⁰ 12⁰⁰ 15⁰⁰ 18⁰⁰ früher 6-30 M.

Jackett- und Paletot-Kleider

aus prima Tuch und besten englischen Stoffen

10⁰⁰ 13⁵⁰ 16⁵⁰ 21⁰⁰

früher 18-30 M.

Garnierte Sommer-Kleider

aus Waschtuch, Mousseline de laine, Voile

5⁰⁰ 8⁰⁰ 12⁰⁰ 18⁰⁰ 25⁰⁰

früher 15-60 M.

2000 Kostümröcke

aus englischen Stoffen, regenfest, 3, 5, 8 M., früher 8-15 M., aus prima Alpaka, schwarz, blau, braun, grau, gestreift, kariert, 8, 10, 15 M., früher 15-30 M., Bordüren-Röcke 5, 8, 12 M., früher 10-21 M., Voile-Röcke 8, 12, 15 M., früher 15-30 M., Wäsche- und Pique-Röcke 2, 4, 7, 10 M., früher 7-18 M.

Backfischkleider, Mäntel und Röcke für die Hälfte des Wertes.

Tuch- u. Ripsjacketts | Taffetjacketts und Paletots | Tuch- u. Frauenmäntel

rum Teil auf Seide

7⁰⁰ 10⁰⁰ 15⁰⁰ M.

früher 15-30 M.

feinste Qualitäten

13⁵⁰ 18⁰⁰ 24⁰⁰ 30⁰⁰ M.

früher 21-60 M.

Kimonos

7⁵⁰ 12⁰⁰ 18⁰⁰ 24⁰⁰ M.

früher 15-40 M.

1500 Paletots aus englischen Stoffen

5⁰⁰ 8⁰⁰ 10⁰⁰ 12⁰⁰ 15⁰⁰ M., früher 10-35 M., auf Seide 12⁰⁰ 16⁰⁰ 21⁰⁰ früher 18-30 M.

Leinen- und Batistkleider, Blusen, Morgenröcke, Matinees, Unterröcke zu enorm billigen Preisen.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstr., Ecke Lindenstr., 2. Haus v. Pöschel-Pl.

Zu den Ferien!

Für Knaben

Wasch-Anzüge von 1.20 M. an

Wasch-Blusen von 50 Pf. an

Wasch-Hosen von 70 Pf. an

Stoff-Anzüge von 2.50 M. an

Loden-Capes von 4.50 M. an

Kiel. Paletots von 4.25 M. an

Tiroler Anzüge v. 6.60 M. an

Für Jünglinge

Wasch-Anzüge von 2 M. an

Wasch-Joppen von 75 Pf. an

Lüster-Jacketts von 2 M. an

Loden-Anzüge von 9 M. an

Loden-Pe'erinen von 6 M. an

Rucksäcke von 1.25 M. an

Westen-Gürtel von 95 Pf. an



Baer Sohn

Spezial-Haus größten Maßstabes

Chausseestrasse 29-30 □ 11 Brückenstrasse 11

Gr. Frankfurterstr. 20

Der HAUPT-KATALOG No. 34 kostenlos und portofrei

Berliner Theater.
Gespielt des neuen Schauspielhauses.
Direktion: Alfred Kalin.
8 Uhr. **Raffles.** 8 Uhr.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Montag: 2 mal 2 = 5.
Dienstag: 2 mal 2 = 5.
Mittwoch: 2 mal 2 = 5.
Donnerstag: 2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Ein Walzertraum.
Operette von Carl Strauß.

Neues Operetten-Theater
Schaubühnenstr. 25, an der Zillestr.
Sommerprelle. Anfang 8 Uhr:
Der Mann mit den drei Frauen.

Luisen-Theater.
Reichenberger Straße 34.
Nachmittags 3 Uhr:
Der Hüttenbesitzer.
Abends 8 Uhr:
Sir wie mir.
Hierauf:
Die Stimme des Blutes.
Montag: Von Goldland.
Dienstag bis Sonntag: Sir wie mir.
Hierauf: Die Stimme des Blutes.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
8 Uhr. Schauspielhaus. 8 Uhr.
Der Stadtrompeter.
Gefangnisse in vier Akten von W. Mannhardt. Musik von G. Steffens.
Nachmittags 3 Uhr:
Madame Sans Gêne.
Montag: Der Stadtrompeter.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

BERNHARD ROSE THEATER
Dr. Frankfurter Str. 132.
8 Uhr. Sommerprelle.
Im Hause der Rinde
(Um eine Liebesnacht).
Ein Drama des Stimmensprechers in vier Akten von Maximilian Braun (Grundmotive von Feyta).

Passage-Theater.
Der größte
Saisonserfolg
Gastspiel Willi Agoston in der tollen Burleske
Berlin in Stimmung!
Das Tollste vom Tollen und die neuen Juni-Spezialitäten.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Metropol-Theater
Zum 27. Male:
Das muß man seh'n.
Heraus in 19 Bildern in Gelb und Rot.
Anfang 8 Uhr. Hausen gefallt.

Apollo Theater
Das beliebteste Theater Berlins!
Ab 8 Uhr: Die hervorragenden Attraktionen, u. a.: Verona-Truppe, die ersten Hahnenkämpfer der Welt. 9 1/2 Uhr: Die süßen Grisetten, Operette. 10 Uhr: Große Gallus, Soubrette. 10 1/2 Uhr: Wiener Jubiläumsfestzug. 10 3/4 Uhr: Bert Bernards Compagnie: Ein Abend in einem amerikanischen Tengel-Tangel.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Variétésterne.
Bühnen von Meisel.
Meisel als
Saharet.
Britton als
Isadora Duncan.
Anf. Wochen 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Heute Sonntag: 50 Pf.
Eintritt:
Kinder unter 10 Jahren d. Hälfte.
Ab nachmittags 4 Uhr:
Militär-Dopp.-Konzert
Morgen, sowie täglich:
Doppel-Konzert.

WINTER GARTEN
Neues Programm
von
Publikum und Presse
glänzend beurteilt.

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direkt.: Willi Voigt.
Täglich:
Der deutsche Michel.
Erstklassige Spezialitäten.
Karl Braun, Verwandlungs-Künstler.
Miral v. Wenzl, Tischtuch-Disputanten.
Paul Coradini.
Eröffnung 9 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf von 10 Uhr ab.

Walhalla Varieté-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenthal. Tor.
Spezialitätenvorst. im Garten.
Bei schlechter Witterung i. Theater.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Anfang d. Gartenkonzerts 5 Uhr.
Täglich:
Kleine Preise.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Ott. Brannenstr. 16.
1/10. Das ehrliche Berlin. 7/10.
Borch. 22 Nummern Spezialitäten.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.
Während u. nach der Vorstellung: Tanz.
Donnerst.: Extravergnügen: Stiefeln
Langer, oder: Kaiser und Zeller.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Täglich:
Die Welt ein Paradies
große Ausstattungs-Revue
und das großartige
Spezialitäten-Programm.
Anf. Sonnt. 4 Uhr, Wochent. 4 1/2 Uhr

Gstbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Rüdenstraße 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert,
Theater- und Spezialitäten-
Vorstellung.

Markgrafen-Säle
Markgrafendamm 34. Unt. VII 4277
Herrmann Scholtz.
Heute: **Gr. Ball.**
Säle von 100-1000 Personen zu
Befestigung und Vergnügungen.
2 Kegelbahnen.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
(Moritz-Oper).
Sonntag, nachm. 3 Uhr,
bei halben Preisen:
Marie, die Regimentsdochter.
Komische Oper von Donizetti.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Carmen.
Oper in 4 Akten von Georges Bizet.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Wildschütz.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Afrikanerin.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Heimat.
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Herr Ministerialdirektor.
Lustspiel in drei Akten von Alexander Dönn und Fabrice Carré.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Herr Ministerialdirektor.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Zum 1. Male: **Das Opferlam.**

Castan's Panoptikum
165 Friedrichstr. 165
Riesen-Vivarium.
Sonntag, den 21. Juni
Konzert - Theater
Spezialitäten-Vorstellung
Riesen-Programm
Olga Verdi Karl Clön
1001 Nacht
Phantastische Komödie mit Gesang und
Tanz in 3 Akten von Hugo Schat.
Kaffeehölle. Großer Saal.

Diez' Spezialitäten-Theater
Landsberger Allee 70/79, direkt Ringbahn-Station.
Requiem für die Fahrgäste nach allen Stadtrichtungen.
Ob schön! Kommen! Eschen! Stannen! Ob Regen!
Täglich:
Das größte u. beste Programm Berlins.
Nur Attraktionen, u. a.: Zum erstenmal in Europa:
Das größte Weltstück des Erdballs! Von der gesamten amerik.
Breite als d. größte Weltwunder bezeichnet: **The great Simpson.**
Der Verächter des Todes. Ein bezahlter Selbstmordtänzer!
Gr. Ball. Kaffeehölle. Vollbelustigungen aller Art.

Diez' Seeterrasse, Lichtenberg
Roederstr. 11-13. Die breite Roederstraße verbindet Lands-
berger Allee mit der Stadt Lichtenberg.
25 000 Personen fassend. 11 000 qm großer See.
Fährverbindungen ab Alexanderplatz: Linien 58, 64, 65, 66, 67, 68,
69, 70, 71, 75, 81.
Sonntag, den 21. Juni ca.: **Gr. Tauben-Schaufliegen,**
veranstaltet von den Vereinen „Germania“ und „Bilts I“.
Ca. 300 Tauben werden nachm. 5 Uhr aufgelassen.
Sowohl Gr. Konzert sowie um 5 1/2 u. 9 1/2
jeden Sonntag **Gr. Konzert** 1 Uhr: Auftreten der
besten Turmseilkünstler der Welt **J. H. Liepelt u. Miss Mary**
Erstklassiges Spezialitäten-Theater,
Riesen-Land- u. Wasser-Feuerwerk
und Ball.
15 Ruderboote. X. Niesen-Kaffeehölle. X. Vier veredelte Regelbahnen.
Vollbelustigungen. - Anfang 3 Uhr.
Bei ungünstiger Witterung Schuß für 6000 Personen.
Entree 25 Pf., Kinder unter 12 Jahren in Begleitung Erwachsener frei.

Borussia-Festsäle
Inh.: Georg Wolffgramm
Berlin N., Ackerstraße 6/7, nahe Eisassor
Straße.
Empfehle den geehrten Vereinen meine vier Säle
(100-1000 Personen) zu Festlichkeiten und Versammlungen.
Schöner Naturgarten, 600 Personen fassend, mit
Theaterbühne, ist noch Sonnabende und Sonntags zu
Vereinzelbesuchen frei.
Jeden Dienstag: Norddeutsche Sänger.

Nach Wernsdorfer Schleuse-Gosener Berge
Große Dampfer-Extrafahrten
Jeden Montag, Mitt- mit Musik (früh 9 1/2 Uhr,
woch, Donnerstag ab Schillingsbrücke) nachmittags 2 Uhr.
Von u. zurück 50 Pf. ab Schillingsbrücke (vorm. Karl Plohl).
Hierzu ladet fruchtbarst ein **Paul Schwedler** (vorm. Karl Plohl).
Restaurant zum Oder-Spree-Kanal. 34142
Nachmittags von ca. 2 Uhr an (halb-) nach
mündlich Boote 20 Pf., Sonntags 30 Pf. Restaurant Kyffhäuser.

Sechster Wahlkreis.
(Rosenthaler Vorstadt.)
Heute Sonntag, den 21. Juni, bei Fritz Wille, Brannenstraße 168:
Unterhaltungsabend.
Um zahlreiche Beteiligung ersuchen Die Abteilungsleiter.

SPREE-HAVEL Stern Dampfschiffahrt-Gesellschaft
Billige Dampfer-Sonderfahrten.
1. Ab Jannowitzbrücke (Belvedere), vom Schlesienschen Tor
1/2, Stande später, * vom Brandenburger Ufer (zwischen
Jannowitz- und Waisenbrücke).
Jeden Montag { 9 u. 2 Uhr nach Wernsdorfer Schleuse
Rauchfangsweber
Dienstag { 9 u. 2 " " Teupitz (Tornow Idyll)
Wernsdorfer Schleuse
Mittwoch { 9 u. 2 " " Müggelheim
Wernsdorfer Schleuse
Donnerstag { 9 u. 2 " " Hassenwinkel
Rauchfangsweber
Freitag { 9 u. 2 " " Wernsdorfer Schleuse
Neue Mühle
Sonntag { 9 u. 2 " " Wernsdorfer Schleuse
Rauchfangsweber
Wernsdorfer Schleuse } einf. Fahrt
Schmückwitz } 70 Pf.
Die Dampfer nach Wernsdorf haben Anschluß an die
auf der Lücknitz bis Alt-Buchhorst verkehrenden Motorboote.
2. Ab Potsdam: (Eisenbahnhotel.) Jeden Montag nachm. 3 Uhr:
Umfahrt um Potsdam. 1 Mark.
3. Ab Plötzensee: (Schleuse, Restaurant Zörner) nachmittags
2.30 Uhr.
Jeden Montag u. Donnerstag nach Tegeler mit Rundfahrt
Dienstag nach Jersfeld mit Rundfahrt
Mittwoch nach Heiligensee, Dorf
Freitag nach Sandhausen (Heiligensee)
Rückfahrt 8.30 Uhr. Fahrpreis hin u. zurück 50 Pf. Kinder 25.

Carl Kellers Neue Philharmonie
Köpenickerstraße 96-97.
Fernsprecher: Amt IV. No. 2317. 3377L
Empfehle meine 10 Säle, 50 bis 2000 Personen fassend, zu Ver-
sammlungen, Sommerfesten und anderen Vereinsvergünstigungen.
Im herrlichen Naturgarten täglich: **Konzert.**
Desgleichen empfehle mein Lokal
„Victoria-Garten“
in Wilmsdorf, Wilhelmsau 114-115
(Fernsprecher: Amt Wilmsdorf No. 13)
ca. 10 000 Personen fassend, mit großer Kaffeehölle, 5 Kegel-
bahnen usw., zu Sommerfesten und sonstigen Veranstaltungen.
Täglich: **Künstler-Konzert. - Entree frei.**

Fröhels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Täglich:
Spirelottchen.
Vollständ. aus dem Berliner Leben.
Dazu
erstklassige Spezialitäten.
Im Saal von 5 Uhr ab:
Tanz.

Marine-Variété.
Dir.: A. Lunde.
Alt-Mondb. 1. Am Lehrter Bahnhof.
Täglich:
Um herrlichen, vollständig neu
eingerichteten Sommergarten:
Gr. Theater- u. Spez.-Vorstellung
Durchweg erstklassige Künstler.
Anf. Sonnt. 4 Uhr. Wochent. 6 Uhr.
Gleichzeitig empfehle mein Lokal
meint den verehrlichen Vereinen
zur Abhaltung von Festlichkeiten.

Schweizer Garten.
Am Königstor, Am Friedrichshain 29/32
Straßenbahn: 1, 2, 4, 17, 59, 62,
63, 74 und Q.
Täglich: **Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.**
Zum Schluß abends 10 Uhr:
Wie einst im Mai
Vollständ. mit Gesang in 2 Akten.

Neue Welt
Hasenheide 108-114.
Großes Doppel-Konzert
Gala-Spezialitäten-Vorstellung
Reichhaltiges
erstklassiges
Programm.
Im Riesensaal:
Großer Ball.
Anfang 4 Uhr. Entree 25 Pf.

Sanssouci, Kottbus
Direktion Wilhelm Reimer.
Der Garten ist geöffnet.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Neues Programm.
Große Elitesoiree
von
Kottmanns Nordl. Sängern
und Tanztruppen.
Einakter, Ensemble,
aktuelle Compiés,
a capella-Gesänge usw.
Beg. Sonnt. 5. Wochent. 8 1/2.
Borg.: Gr. Elitesoiree.

Moerners Blumengarten
Ober-Schönhaide a. b. Oberpre.
Inh.: Alb. Moerner.
(Neues Konzerthaus).
Gente:
Extra-Reunion.
(Leitung: Tanzlehrer Sachs.)
Für Vereine und Gewer-
schaften im Sommer nach Sonn-
abende zu vergeben.
Bedingungen in bekannter
Infanter Weise.

Schwarzer Adler Lichtenberg.
Inhaber: Gebrüder Arnold.
21. Spreegau-Turnen in Lichtenberg.
Fest-Ordnung:
Sonntag, den 20. Juni:
Nachmittags von 4 Uhr ab bis abends 9 Uhr: Ausgabe
der Wohnungskarten im „Schwarzen Adler“, Frankfurter
Chaussee 5. - Abends 6 Uhr: Kampfrichteritzung im
„Schwarzen Adler“. - Abends 7 Uhr: Einzelwettturnen
(Dreikampf). - Abends 9 Uhr: Zapfenstreich. Antreten
im Garten des „Schwarzen Adler“. - 9 1/2 Uhr: Festkommers
mit Damen im „Schwarzen Adler“.

Jeden Sonntag: **Großes Künstler-Konzert und Spezialitäten-Vorstellung.**
Jeden Sonntag und Mittwoch: **Gr. Soiree der Apollo-Sänger,** Mitglieder der ehemaligen Willy-
Walde-Sänger, und der gesamten Kapelle der Berliner Jugendwehr.

Sonntag, 21. Juni:
Morgens 5 Uhr: Weckruf. - Morgens 6 Uhr: Abmarsch
der Kampfrichter und Wettturner vom „Schwarzen Adler“
nach dem Festplatz. - Von 6 1/2-10 Uhr: Einzelwettturnen
(Sechskampf). - Von 11 1/2-12 1/2 Uhr: Musterriegen-Wett-
turnen. - Nachmittags 1 1/2 Uhr: Antreten der Vereine zum
Festzug. Aufstellung in der Gürtelstraße. Spitze Scharn-
weberstraße. Marsch nach dem Festplatz. Rückmarsch
nach dem „Schwarzen Adler“.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.

Bautischler (Bezirk 3).

Montag, den 22. Juni, abends 8 Uhr (gleich nach Feierabend), bei Obiglio, Schmeider Straße 23:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Verbandstage. Referent: Kollege Reich. 2. Neu-
wahl der Kommission. 3. Verbandsangelegenheiten.

Korbmacher.

Montag, den 22. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause (Saal 5),
Engelauer 15:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Verbandstage. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Ver-
schiedenes. Da in der Gefäßbranche wichtige Angelegenheiten zu erledigen
sind, ist es Pflicht jedes Kollegen, zu erscheinen.

Kisten- und Koffermacher.

Montag, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause (Saal 5),
Engelauer 15:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Verbandstage. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegen-
heiten. 4. Verschiedenes.

Bürstenmacher.

Montag, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Breuß, Holzmarktstraße 65:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Verbandstage. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.

Maschinenarbeiter.

Montag, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause (Saal 7),
Engelauer 15:

Vertrauensmänner-Versammlung.

Jede Werkstatt muß vertreten sein.
Die Branchenkommission.

Bautischler (Bezirk 2).

Dienstag, 23. Juni, abends 6 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend) bei Riffin,
Remeler Straße 67:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Verbandstage. Referent: Kollege Reich. 2. Ver-
bandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Branche der Vergolder!

Montag, 22. Juni, abends präz. 8 Uhr, in den „Arminhallen“,
Kommandantenstr. 58/59:

Branchen-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Verbandstage in Berlin. 2. Ergänzungswahl zur
Branchenkommission. 3. Verschiedenes.
Pünktliches und vollständiges Erscheinen erwartet Der Branchenleiter.

Bodenleger.

Mittwoch, den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Verbandstage. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Branchen-
angelegenheiten. Die Branchenkommission.

Kammacher.

Mittwoch, den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Voelker, Weberstr. 17:

Branchen-Versammlung

Kammacher und aller in der Haarschmuckbranche beschäftigten
Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstage. Referent: Kollege
Hildebrandt. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Es ist Pflicht, daß jeder Kollege in dieser Versammlung erscheint.
Die Branchenkommission.

Modell- und Fabriktschler und Drechsler.

Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Verbandstage. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Perlmutter-, Horn-, Steinnuß-Knopf- und Arbeiterinnen.

Mittwoch, 24. Juni, pünktlich abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause
(Saal 5), Engelauer 15:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Verbandstage. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.
4. Verschiedenes.

Die Branchenkommission.

Branche der Musikinstrumentenarbeiter.

Zur Beachtung! Die am Montag, den 22. Juni, fällige Branchen-
versammlung findet statt. — Die nächste
Versammlung wird noch besonders durch Inserat bekannt gegeben.
Die Branchenkommission.

Verband der Bäcker u. Konditoren und verwandter

Berufsgenossen.

Sektion der Konditoren, Arbeiter und Arbeiterinnen
der Zuckerwarenfabriken.

Dienstag, den 23. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschafts-
hause, Engelauer 15, Saal 1:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die politische Lage nach der Wahl vom 3. Juni in Preußen.
Referent: Landtagsabgeordneter Heinrich Ströbel. 2. Dankschreiben
und Denunziationen der Reichs- und Landesparlamente. Referent:
Kollege Schneider. 3. Verbandsangelegenheiten.

Bei der wichtigen Tages-Ordnung ist es dringend notwendig, daß alle
Kollegen und Kolleginnen vollständig erscheinen.

Der Vorstand. 3. u. 4. M. Thoms.

Verein der überlebten Anarchisten
Berlins und Umgegend.

Versammlung

am Montag, den 22. Juni 1908,
abends 8 1/2 Uhr, bei Heufelder,
Dragonerstr. 15.

Tages-Ordnung: „Anarchis-
mus und Anarcho-Sozialismus“. Re-
ferent: Genosse Schriftsteller Erich
Mühlam. 2. Diskussion.

— Gäste haben Zutritt. —
27575 Der Vorstand.

Berliner Uk-Trio.

Felix Scheuer U Stralanderstr. 1.

Die Harnleiden

Ihre Gefahren, Verhütung und
Beseitigung von

Dr. med. Schaper,

BERLIN — Preis 1 Mark.

— 100 Tausend —

Verlag Max Richter Frankfurt (Oder)

Buchmühl-Verlag

Kein Mieter für 2-4 Zimmer-
wohnungen in Charlottenburg
verleihe die schönen Wohnungen in den
fertigen Neubauten Dannebergstr. 29
und Horstweg 25, nahe Kaiserbaum
(Untergrundbahn) zu besichtigen.

Atelier für künstlichen Zahnersatz.

Zugelassen bei den Kranken-
kassen der Freien Arztwahl.

Sprechst. 8-7. Sonntag 8-10.

Schmerzloses Zahnziehen
unter Leitung eines prakt. Arztes.

Alfred Faustmann

6 Manteuffelstr. 6. (30122)

Wer Stoff hat!

Einzug nach Maß . . . 15.—

Mit meinem Stoff . . . 30.—

A. Kolmann, Schneidermeister,
Marienburgerstraße 24.

Steppdecken

größte Auswahl, sehr
preiswert, direkt in d. Fabrik

Bernhard Strohmeyer,

72 Wallstr. 72, S. 14.

(zwischen Röhre u. Inselstr.),
wo auch alle Steppdecken aufgetr. werden.

Nettetes Teilzahl-Geschäft

für Brennabor-Räder!

Kein Laden!

Günstigste
Bedingungen.

Berlin SO.,

Louis Barth, Brückenstr. 10a, pt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbüro:

Kof. I. Amt 3, 1239. Charitstraße 2. Kof. III. Amt 3, 1957.

Dienstag, den 23. Juni 1908, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

für

Königs-Wusterhausen und Umgegend

in Wildau, im Lokal von Schumann.

Tages-Ordnung: 118/4

1. Vortrag des Kollegen A. Wuschek. 2. Diskussion. 3. Ver-
bandsangelegenheiten.

Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

NB. Die Geschäftsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes befindet
sich beim Kollegen August Püschel, Königs-Wusterhausen, Bahnhof-
straße 1.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.

Achtung! Achtung!

Mitglieder sämtlicher Branchen!

Mittwoch, den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engelauer 15.

Tages-Ordnung:

Stellungnahme zum Verbandstage. Mitteilungen der Ortsverwaltung.

Mitgliedsbuch legitimiert; ohne dasselbe oder mit mehr als
13 restierenden Wochenbeiträgen kein Zutritt.

Da die Tagesordnung eine sehr wichtige ist, erwartet zahlreiche Besuch
Die Ortsverwaltung I.

163/7

Bekanntmachung.

Die Firma

Julius Lindenbaum,

Große Frankfurter Straße 141,

hat am Sonntag, den 6. Juni, die seit dem 22. März 1907 mit tugen-
Unterbrechungen bestehende Betriebswerkstätte aufgelöst.

Zur Unterhaltung einer Betriebswerkstätte ist die Firma vertraglich
verpflichtet. Sie verlangt sich ihren Verpflichtungen dadurch zu entziehen,
daß sie die bisher auf der Werkstätte beschäftigten ledigen Arbeiter auf-
fordert, bei einem Streikbrecher als Gesellen

zu arbeiten. Damit verläßt die Firma das Sozialversicherungsgesetz,
welches ihr durch Errichtung von Betriebswerkstätten zu befähigen jungen,
in seinen allerhöchsten Formen zur Einführung zu bringen.

Die verheirateten Arbeiter sollen wieder als Heimarbeiter tätig sein.

Indem wir dies hiermit zur Kenntnis bringen, ersuchen wir unsere
Kollegen, diese Firma so lange zu meiden, bis wir mitteilen, daß diese
Differenzen geschlichtet sind.

163/4

Verband der Schneider und Schneiderinnen.

Die Ortsverwaltung.

JOSETTI JUNO

Cigaretten.

Cigaretten „gerade so gut“
kosten das doppelte
und mehr.

10 St. für 20 Pf.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend.

Samstag, den 28. Juni, vormittags 11 Uhr, im Saale der Brauerei Friedrichshain:

Uebungs-Stunde.

Geübt werden folgende Lieder: Festgesang (Uthmann); Dem Leoz entgegen; O wie herbe
ist das Scheiden; Wanderschaft (Zeller); Untreu.

Im Nebensaal pünktlich 10 Uhr vormittags: Ausschuß-Sitzung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Delegierten-Tage des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes. 2. Wahl von
fünf Beisitzern zum Vorstand desselben. 3. Bundes-Angelegenheiten.

NB. Chöre, die gewillt sind zum Sängerfest am 2. August programmäßig mitzuwirken,
wollen dieses mit Angabe der Lieder in der Ausschuß-Sitzung mitteilen. — Ebenfalls
werden die Vereine gebeten, die das Provinzial-Sängerfest in Luckenwalde besuchen, an-
zugeben, wieviel Mitglieder daran teilnehmen, und ob sie Sonnabend oder Sonntag fahren.

17/6 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbüro:

Kof. I. Amt 3, 1239. Charitstraße 2. Kof. III. Amt 3, 1957.

Dienstag, den 23. Juni 1908, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

für

Königs-Wusterhausen und Umgegend

in Wildau, im Lokal von Schumann.

Tages-Ordnung: 118/4

1. Vortrag des Kollegen A. Wuschek. 2. Diskussion. 3. Ver-
bandsangelegenheiten.

Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

NB. Die Geschäftsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes befindet
sich beim Kollegen August Püschel, Königs-Wusterhausen, Bahnhof-
straße 1.

Die Ortsverwaltung.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.

Verwaltung Berlin.

Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 1.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftliches. 2. Ergänzungswahl eines Zentralvorstandsmitgliedes, sowie
eines Mitgliedes des Berliner Vorstandes. 3. Unsere Extrarückzahlung
und Extrabeitrag. 4. Verschiedenes.

20/11 In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist zahlreicher Besuch not-
wendig. Der Vorstand.

Deutscher Kürschner-Verband

Filiale Berlin.

Bureau und Arbeitsnachweis: Bernini Straße 21, v. pl. Tel.: Amt VII 6780.

Mittwoch, den 24. Juni 1908, abends 8 Uhr:

Öffentl. Versammlung

aller in der

Kürschnerbranche beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen

im „Alten Schützenhause“, Liniensstr. 5.

Tages-Ordnung:

1. Die Notwendigkeit der Organisation für die
Arbeiter und Arbeiterinnen der Kürschnerbranche. Ref.:
Kollege A. Rogge. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

NB. Die Aufnahme in den Verband kann am
Eingang des Saales vollzogen werden.

Kollegen, Kolleginnen! Agitiert dafür, daß sämtliche Werk-
stätten, namentlich in der Kür-
schnerbranche, vollständig vertreten sind.
Die Ortsverwaltung.

102/5

Erfrischend — Durststillend!

Die köstlichsten, erfrischendsten Limonaden, Brause-
limonaden u. Fruchtsirupe bereitet man unverfälscht nur
einst mittels

Noa's Frucht-Sirup-Extrakte, das volle

der echten

Kroma reicher Früchte enthaltend, vorzüglich in Himbeer, Kirsch,
Erdbeere, Zitronen, Pfirsich, Waldmeister, Apfelsinen, Limette etc.,
Preis p. Fl. 50 Pf. zur Vertheilung von 4 Fl. Frucht-Sirup,
woraus sich das ganze Pfund für u. fertig auf nur 25 Pf. stellt.

Vorzüglich zu Crème, Speisen, Puddings, Waffeln, Selters etc. Mit
Bismarck gemischt, ergibt 1 Fl. Extrakt, Preis 50 Pf., 15 Pfr.
wunderbar erquickende Limonade. 1 Glas davon stellt sich auf nur 1 Pf.,
Bismarcklimonade auf nur 3 Pf. p. 1/2 Literflasse.

Berlin, 192. 12. 1907. 12. Auflage. Anleitung zur Be-
reitung von Kognak, Rum, allen edlen Likören, Bieren, Limonaden
und Brausewässern, Selters etc. im Haushalt gratis.

Max Noa, Hoflieferant d. k. Prins. Fruchtsaftpresserei.

Adolf v. Schwarzb.-Rudolstadt

Niederschönhausen, Treskowstr. 5.

Berlin, Elsasser Straße 5, 3. Haus vom Rosenthaler Tor.

Die Stichwahl im zwölften Landtagswahlkreis

findet bekanntlich am kommenden Dienstag statt. Das Wahllokal ist dasselbe wie bei der Hauptwahl, der Ausschank der Bahnhofs-Beauvère in der Thurmstraße. Am Freitag fand eine Volks- und Wählerversammlung für diesen Kreis statt, in der die Frage:

Wer soll im 12. Kreise in den Landtag gelangen?

auf der Tagesordnung stand. Der große Saal des Moabitischen Gesellschaftshauses in der Willestraße war hermanen gefüllt, daß die Sitzplätze nicht ausreichten, eine große Zahl der Besucher mußte mit Stehplätzen vorlieb nehmen. Wer, wenn es nach Recht und Billigkeit ginge, den 12. Kreis im Landtag vertreten soll und muß, das ist für unsere Parteigenossen selbstverständlich klar; aber es galt die Meinung der Gegner zu hören, sich mit ihnen darüber auszusprechen. Der Vorsitzende, Genosse Dietz, gab von vornherein bekannt, daß die Wahlmänner der bürgerlichen Parteien sämtlich durch Karten eingeladen waren, und sprach die Hoffnung aus, daß sie nun endlich von dem Recht der freien Diskussion Gebrauch machen würden — allerdings, wie sich später herausstellte, eine vergebliche Hoffnung.

Als Referent sprach Landtagsabgeordneter Heinrich Ströbel. Der Jubel, sagte er, der nicht nur das preussische, das deutsche, sondern das proletarische der ganzen Welt erschüttert, als es und endlich gelungen war, in den preussischen Landtag einzudringen, beweist schon, wie jene Frage zu beantworten ist; jeder Klassenbewußte Arbeiter wünscht, daß hier in Moabit am Dienstag der Genosse Adolf Hoffmann sitzt. So groß und so beherzt ist die Freude über unsere Wahlerfolge auch, täuschen wir uns doch nicht darüber, daß diese Erfolge nur ein erster Schritt sind. Unsere Vertretung im Landtag soll ja nicht nur dazu dienen, Kritik an den schmachvollen Zuständen zu üben, sondern gründliche Besserung zu schaffen, so sorgen dafür, daß endlich in Preußen das Volkes Wille das oberste Gesetz wird. Das ist natürlich nur möglich, wenn endlich das Volk der ehelichen Arbeit eine seiner Stärke entsprechende Vertretung erhält. Der Wahlkampf selbst ist für uns nur eine Episode des Wahlrechtskampfes, der einfache, nachdem bei den Landtagswahlen von 1903 die ungeheuerliche Tatsache bekannt wurde, daß die Partei des Proletariats, die trotz der offenen Stimmgabe 314 000 Stimmen erhalten hatte und nur von den 324 000 konservativen Stimmen überstochen wurde, nicht einen einzigen Vertreter in den Landtag senden konnte.

Nach diesen einleitenden Worten geistelte der Redner die jämmerliche Rolle, die der Blockfreisinn in der Wahlrechtsbewegung und den herausfordernden Reden des Reichstagslangens gegenüber spielte, und wies nach, wie töricht, wie schände und verräterisch, selbst von ihrem eigenen Parteiinteresse aus betrachtet, die Haltung der Freisinnigen nun wieder in diesem Wahlkampf ist, was ja selbst von allen denen, den wenigen freisinnigen Politikern anerkannt und ausgesprochen wird, die sich noch ein eheliches Gefühl für Demokratie bewahrt haben. Gaben doch die Blockfreisinnigen sogar vor den Toren Berlins Mandate an die schwarzste Reaktion verschachert! Haben sie doch in Hensburg mit einer Schamlosigkeit, sonst gleichen ihren Völkern, die Konfessionen geschlossen! Hatte jetzt in Moabit noch das Volk zu entscheiden, wäre die Sache nicht schon in den Händen der Wahlmänner, so würde auch dieser Kreis den Freisinnigen ohne Zweifel verloren gehen. — Nach einer gründlichen Kritik der sozialen und politischen Zustände in Preußen, nach Widerlegung des törichtsten Verstandes, daß die Sozialdemokratie, die mit aller ihrer Kraft für das Volkes Rechte, für eine höhere Kultur kämpft, antinational sein sollte, schloß der Redner mit der Mahnung an die Parteigenossen, nun noch alles aufzubieten, damit dem Freisinn, der Reaktion, auch der 12. Landtagsbezirk entzogen wird.

Nun sollte die Diskussion beginnen. Der Vorsitzende erklärte: Es wäre uns und unserem Kandidaten wirklich angenehm, einmal hier in öffentlicher Versammlung die Gründe der Gegner zu hören. Von den 365 bürgerlichen Wahlmännern, die wir geladen haben, wird doch wenigstens einer das Wort nehmen. Wir haben sie ersucht zu kommen, weil es uns nicht möglich ist, in ihren Versammlungen uns mit ihnen auszusprechen. Die Freisinnigen laden ja nur diejenigen ein, die ihren Kandidaten unterstützen, die Konservativen verbieten sich sozialdemokratischen Besuch in ihren Versammlungen.

Aber trotz aller Aufforderung meldete sich keiner, den so scharf angegriffenen Blockfreisinn zu verteidigen. Es folgte eine fernne Ansprache unseres Kandidaten. Genosse Adolf Hoffmann sprach sein Bedauern darüber aus, daß kein Gegner es unternahm, hier im Kreise für die Grundsätze einzutreten, die der Freisinn nach Rudolph Heuserung früher einmal gehabt hat. Es wäre doch Pflicht der Freisinnigen gewesen, auf die Angriffe zu antworten, sagte er. Gegenüber der Blockschlappigkeit dieses Freisinn ist uns der Konfession als ein Mann von Charakter doch lieber. Als ich angefragt war wegen Verächtlichmachung des preussischen Landtags, sagte der Blockkonfessionelle Richter: „Es ist Ihr gutes Recht, den Landtag anzugreifen, und das will ich Ihnen nicht streitig machen.“ Welcher Freisinnige würde wohl so ehelich das Recht seines sozialdemokratischen Gegners anerkennen?

Unsere wenigen Genossen im Landtag werden sicherlich nicht imstande sein, die korrupten preussischen Zustände zu ändern. Das ist allen klar. Aber alle die kleinen Leute in Preußen, alle die Beamten, die selbst die hochgestellten, werden lauschen auf das, was die Sozialdemokraten im Landtag zu sagen haben. Der 23. Juni wird hier in Moabit für uns ein Siegestag sein, ganz gleich wie er ausfällt. Wir liegen ja selbst da, wo wir unterliegen. Wie aber die Wahl auch ausfallen möge, unser Wahlspruch ist: Nieder mit dem Dreiklassenwahlrecht; nieder mit der preussischen Reaktion!

Da sich auch jetzt kein Gegner herbeilassen ließ, blieb dem Vorsitzenden nichts anderes zu tun übrig, als die Parteigenossen und besonders auch die Genossinnen aufzufordern, am Wahltag mit großem Eifer ihre Pflicht zu erfüllen, alles daranzusetzen, um auch diesen Kreis zu erobern. Mit begeisterten Hochrufen auf die Partei schloß die Versammlung.

Zur Moabiter Stichwahl schreibt eine Korrespondenz: „Für die am Dienstag stattfindende Stichwahl im Moabit werden polizeiliche Vorkehrungen getroffen werden, um die skandalösen Vorgänge vom 16. d. M. sich nicht wiederholen zu lassen. Bekanntlich hatten die Sozialdemokraten damals die bürgerlichen Wahlmänner arg belästigt, ihnen den Eintritt durch die Türen erschwert und mit ähnlichen „geistigen Waffen“ den Ausgang der Wahl beeinflussen wollen. Solchen Künsten wird diesmal entgegengetreten werden. Den Saal in der Thurmstraße 25/26 dürfen nur Wahlmänner betreten, die sich als solche legitimieren können, bei Andrang sollen alle abwartenden Wahlmänner aus Sicherheitsgründen aufgeführt werden, den Saal zu verlassen. Der Wahlvorstand ist zu einer solchen Maßregel bei Ausreitungen wohl berechtigt. Die Türen, Räume usw. sind freizuhalten, eventuell mit Hilfe der Polizei.“

Was hier von Belästigungen der bürgerlichen Wahlmänner durch Sozialdemokraten bei der Wahl am 16. Juni gesagt wird, ist dummes Zeug; insbesondere ist es aus den Fingern gezogen, daß Wahlmännern der Eintritt durch die Türen erschwert worden ist. Der Weg zum Wahllokal führt durch einen Vorgarten. Dort waren, wie das bei jeder Wahl der Fall ist, die Stimmzettelverleiher der einzelnen Parteien aufgestellt und präsentierten jedem Wahlmann den Namen des Kandidaten ihrer Partei. Das ist doch keine Belästigung, gehört vielmehr zum Wahlgeschäft. Mit demselben Recht, wie bürgerliche Wahlmänner sich angeblich belästigt gefühlt haben sollen, muß ihnen sozialdemokratische Stim-

gittel offeriert wurden, könnten sozialdemokratische Wahlmänner eine Belästigung erliden, wenn ihnen Stimmzettel bürgerlicher Kandidaten aufgedrängt werden sollen. Ein vernünftiger Mensch nimmt die Zettel an und wählt doch wie er will. Die Belästigung hat nur im Kopfe eines überdrehten Herrn gepulst, der glaubte, Polizei mobilmachen zu sollen. Selbst der diensttuende Polizeileutnant, der sich einfand, mußte sich überzeugen, daß tatsächlich nichts vorgekommen ist, was irgendwie anstößig gewesen wäre. Der Beamte hat das selbst erklärt in einer Rücksprache, die unser Wahlleiter mit ihm hatte.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. In Neu-Bittau (L.-B.) steht uns das Lokal „Hubertushof“ (Jah. Wih. Bauer), Goseners Straße 18, zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung; desgleichen bei Koepenick am Müggelsee das Restaurant „Prinzen-garten“ (Jah. Wih. Prinz).

Folgende Lokale werden uns trotz wiederholter stattgefundener Verhandlungen hartnäckig verweigert: Ober-Schöneweide: Restaurant „Spreeschloß“ (Jah. Bühne) und Nieder-Schöneweide: Restaurant „Reptunshain“.

Sechster Wahlkreis. Heute, Sonntag, den 21. Juni, findet bei Wille, Brunnensstr. 188, ein Unterhaltungsabend statt. Die Genossen der Rosenthaler Vorstadt sind hierzu ganz besonders eingeladen. Die Abteilungsleiter.

Schöneberg. Parteigenossen! Es gilt von neuem zu werden. Dazu ist es notwendig, daß ein jeder, der sich zu uns zählt, in den bekannten Lokalen einfindet und mit tätig ist. Der Erfolg wird um so weniger ausbleiben, je mehr Genossen sich der Pflicht bewußt sind. Darum an die Arbeit. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß am Sonntag, den 28. Juni, das 18. Stützungs-fest des Wahlvereins stattfindet. Alles Nähere durch die Vorkomitees. Die Bezirksführer holen sich die Informationen am Dienstag.

Friedenau. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Dienstag, den 23. d. M. im „Rheinischloß“ statt. Der Vorstand.

Tempelhof. Am Dienstag, den 23. Juni, abends 8½ Uhr, Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins bei Martin Müller, Berliner Straße 40/41.

Tegel. Am Dienstag, den 23. Juni, abends 8½ Uhr, findet bei Götze, Schloßstraße 7/8, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Sämtliche Sammellisten von der Landtagswahl sind in der Versammlung abzugeben.

Pankow. Dienstag, den 23. Juni, abends 8½ Uhr, findet eine außerordentliche Generalversammlung bei Großkurth, Berliner Straße 28 statt. Mitgliedsbuch legitimiert.

Brig-Budow. Dienstagabend ¼ 9 Uhr findet in allen Bezirken der Wahlabend statt.

Rixdorf. Die Wahlleiter werden dringend ersucht, den Auszug über die Abstimmung der Geschäftsleute nebst Abteilungsliste an das zuständige Komiteemitglied bis Dienstag, 23. Juni, abzugeben.

Treptow-Knauthenweg. Unsere Mitgliederversammlung findet am Dienstag, 23. Juni, in Speers Festhalle statt. Tagesordnung: 1. Fortsetzung der Diskussion über den Bericht des Vorstandes; 2. Frauenorganisation; 3. Trennung des Wahlvereins; 4. Abrechnung vom Maiest; 5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Köpenick. Die fällige Wahlvereinsversammlung findet nicht am 23. Juni, sondern am Dienstag, den 7. Juli, statt.

Reinickendorf-West. Am Dienstag, 23. Juni, findet in den Eichbornsälen eine Mitgliederversammlung statt. mit der Tagesordnung: 1. Beschlußfassung über das Stützungs-fest; 2. Bekanntmachung der Genossen, welche nicht gewählt haben; 3. Verschiedenes.

Gladowitz. Heute, Sonntag, 21. Juni, morgens 7 Uhr, findet eine äußerst wichtige Flugblattverbreitung statt. — Mittwoch, 24. Juni, abends 8½ Uhr, wird die Monatsversammlung in dem neu zur Verfügung stehenden Lokal „Restaurant zur Dorf-aue“ (Inhaber: Lindemann), in Reuthen abgehalten.

Berliner Nachrichten.

Der Jubiläumsvorfall.

Wir stehen im Zeitalter der Jubiläen. So könnte man den Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts schließlich auch nennen. Eine fast krankhafte Sucht hat gewisse Kreise befallen, die Feste zu feiern, wie sie fallen, und Feste zu erfinden, wenn der Kalender keine anzeigt. An Sonntagen, den Festtagen des Volkes, schließen sich dieselben Kreise zum großen Teil vorsichtig in ihre verhängenen Gemächer ein. Vielleicht fühlen sie selbst, daß für ihre so vielfach das Licht scheuende Eigenart kein Platz ist, wo die wichtige Volksmasse nach harter Arbeit ihr gutes Recht auf harmloses, billiges Vergnügen beansprucht. Instinktmäßig spüren sie heutzutage die unüberbrückbare Abgründigkeit und feiern unter sich ihre Feste in der Woche. Aber gründlich, jeden Tag, bis zur völligen Ueberfüllung und Völlerei, bis zum Ruin von Körper und Geist. Einen breiten Raum unter derartigen halb öffentlichen, halb privaten Feierlichkeiten mit salbungsvollen Festreden und Posamenten nehmen die Jubiläen aller Art ein. Unser herrliches Deutsches Reich geht auch in dieser Vermählungsdroute allen anderen zivilisierten Staaten mit Pauken und Trompeten voran. Jedes auf der großen Lebensleiter nach oben gekletterte Menschenkind, jede staatliche oder bedeutendere private Einrichtung muß zum rechten oder auch un rechten Augenblick das ominöse Jubiläum haben. Früher nahm man allenfalls den Ablauf eines Viertelsjahrhunderts als Anlaß, um der verstorbenen runden Spanne Zeit ehrende Worte des Gedenkens zu widmen. Heute feiert man schon jeden Jahresabschnitt, der zahlenmäßig mit einer Null oder einer Fünf endigt. Nicht das Ereignis als solches wird gefeiert, vielmehr die Spezial-gelüste einzelner „Mächer“ stehen im Vordergrund.

Ist das „Jubiläumskind“ aus Fleisch und Blut, so finden sich Speichellecker, die die Jubiläumssfeier vielleicht ganz gegen den Wunsch des hochgestellten Jubilars zu einer großen Aktion stempeln und sich bei ihm einschmeicheln wollen. Handelt es sich um eine Sache, so gibt es stets Leute, die aus dem Jubiläum irgendeine Kapital für sich schlagen möchten, sei es auch nur in Form eines Piepmahes im Knopfloch oder eines Titelschens auf dem Namensschild. Diese Jubiläumssuche graffiert derart, daß die jeweils zuständigen Minister wiederholt sich geweigert haben, die beantragte Ordens- oder Titelverleihung in Vorschlag zu bringen. Dann stellen sich die „Götter“ der Sache, die gewöhnlich in Finanzkreisen tonangebend sind, hinter irgendeinen hochmögenden Herrn oder tugendten gar einen Prinzen in die Affäre hineinzubugieren,

stellten schließlich feizend eine größere Summe für Wohl-tätigkeitszwecke, lies: Kirchenbauten, zur Verfügung, und nun erst kam der Jubiläumssummel in richtige Gleis.

Wir sind selbstverständlich nicht so skeptisch, jeder Jubiläumss-feier einen gewissen inneren Wert abspreschen zu wollen. Nur gegen die Auswüchse richten sich unsere Worte. Hat jemand ein halbes oder gar ganzes Menschenleben hindurch sich redlich in ein und derselben Stellung geplagt, im vollstem Maße seine Schuldigkeit oder vielleicht noch mehr getan, so ist es gewiß ein schöner Beweis von Anerkennung, diesen Ehrentag nicht spurlos und freudlos vorübergehen zu lassen. In unserer Zeit, in der der Proletarier zu jeder Stunde auf dem Sprünge sein muß, aus der Proststelle gejagt zu werden, ist das lange Ausdauern bei derselben Firma eine Seltenheit. Allerdings haben wir uns bei Eintreten eines solchen Falles oft wundern müssen über die Fähigkeit mancher Chefs, die für eine lang-jährige Arbeitsleistung kaum ein Wort der Genugtuung und mehr als ein Trinkgeld übrig hatten. „Da sehen Sie, welche Geduld und Nachsicht ich mit Ihnen bejahe“, sagte mal ein solcher Gemütsathlet, als ihn sein Angestellter leise an sein Jubiläum zu erinnern wagte. Selbst dem Beantten, dem es nicht weiter schwer fällt, in seiner Signatur bis zum Jenseits oder bis zum geeigneten Anhaltspunkt lustig aus-zuharren, gönnten wir sein allgemeines Ehrenzeichen oder den roten Jubiläumssadler vierter Garnitur. Leider hat jedoch die Sitte der Jubiläumssfeier auch die unteren Volksstände allzu stark angesteckt. Es mit festlichem Brimborium zu begehen, wenn man zehn Jahre in derselben Wohnung haust und mit seinem Hauspapa noch seinen Krach gehabt hat oder wenn man ein Jahrzehnt lang sein Handelsgeschäft notdürftig über Wasser hielt, ist eine lächerliche Selbstgefälligkeit. Ebenso gut könnte man den zehnjährigen Geburtstag seiner vierbeinigen Haus-freunde feiern oder dem gewerbmäßigen Bettler den Jubiläumstranz winden. Dank der Geschäftstüchtigkeit des Scher-blattes, das eine eigene Beilage für Jubiläen gegründet hat, ist auch die Mode der Ehejubiläen eine öffentliche geworden. Vielleicht regt August Scherl als Pendant zur goldenen Ehe-jubiläumsmedaille noch die Stiftung einer silbernen Marke an. So etwas fällt ja heutzutage, wo Heuchellichkeiten für fade Köpfe mehr als Talmwert haben, auf fruchtbaren Boden. Wir haben da recht häufig Jubiläumsnöten über würdige silberne Ehepaare gelesen, von denen alle Welt weiß, daß die verflochtenen fünf und zwanzig Jahre fast ein einziger Kriegszustand waren. Die zwei oder noch mehr Jahre, in denen man getrennt gelebt hat, werden natürlich beim Ehejubiläum einfach unterschlagen. Und von den unter-schiedlichen sonstigen „Seitenzügen“, die ja in der modernen bürgerlichen und feudalen Ehe gang und gäbe sind, steht erst recht nichts in der Festrede. Schließlich ist's aber derselbe faule Zauber unten wie bei der prozigen Jubiläumssfeier im Hödenreich. Nur die Zeit wird gefeiert, preisend mit viel schönen Reden“. Von den Schandakten, die mihunter der Jubilar oder die jublierende Einrichtung auf dem Konto hat, will an solchem Tage keiner der Fest-teilnehmer etwas wissen. Nur gut, daß es auch noch Menschen mit vorzüglichem Gedächtnis gibt, die sich nicht scheuen, daran zu erinnern, daß anstatt der Jubiläumsglocken lieber das Armesinderlglöcklein läuten sollte. Wandler, der sich von Laufenden in den Himmel heben läßt, hat oft hundertfach ein Stück Hans verdient.

Zum Auktur-Ladenschluß.

Uns wird berichtet, daß im Norden Berlins in offenen Ladengeschäften angeblich ein Kaufmann, der in einer Drochle umherfährt, erschienen ist, um die den Geschäftsinhabern zugehörten Abstimmungsarten zum Auktur-Ladenschluß abzuholen. Der Mann gibt vor, im Auftrage des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen zu kommen. Es scheint sich hier um einen Trick der Gegner des Auktur-Ladenschlusses zu handeln, denn der Verband hat niemand hierzu beauftragt, kann es auch gar nicht. Die Abstimmungsarten sind, wie auf denselben bemerkt ist, auf dem Polizeirevier persönlich abzugeben oder auf dem Polizeipräsidium gegen Vorlegung entsprechender Legitimation. Es wird hiermit ausdrücklich gewarnt, die Abstimmungsarten fremden Personen einzuhändigen, weil in diesem Falle die Stimmen für den Auktur-Ladenschluß verloren gehen.

Die Säuglings-Fürsorgestellen, die von der Stadt Berlin ge-schaffen worden sind, werden in diesen Tagen sommerlicher Hitze noch zahlreicher als sonst von den Müttern krankeinder Säuglinge aufgesucht. Die Zahl der Kinder, für die die Kerze dieser Fürsorgestellen um Hilfe gebeten werden, ist gewöhnlich in einem Sommermonat etwa doppelt so hoch wie in einem Winter-monat. Im Sommer ist eben auch die Gesundheits- und Lebens-gefährdung von Kindern zartesten Alters sehr viel größer als in der kühleren Jahreszeit.

In den Säuglings-Fürsorgestellen werden von Spezialärzten an jedem Wochentag von 2-3 Uhr Sprechstunden abgehalten, in denen den Müttern (oder Pflegermüttern) schwächerer oder krankeinder Kinder des ersten Lebensjahres unentgeltlich Rat über Wartung und Ernährung der Kinder erteilt wird. Die Kerze sollen vornehmlich darauf hinarbeiten, daß den Kindern inmöglich die Mutterbrust gereicht wird. Wo eine Mutter das nur unter Beeinträchtigung ihrer Erwerbsarbeit und Schmälerung ihres Verdienstes durchführen könnte, ist wenig Hoffnung, daß die dies-bezüglichen Ratsschläge der Kerze auf fruchtbaren Boden fallen werden. Darum soll den stillenden Müttern bei nachgewiesener Ve-dürfnislosigkeit eine Beihilfe in bar gewährt werden, eine sogenannte Stillprämie. Die Verleihung „Stillprämie“ verleiht manche Mütter zu dem Glauben, daß sie nach längerer und erfolgreicher Ernährung ihres Kindes mit Muttermilch sich bei den Säuglings-Fürsorgestellen melden können, um dort nach-träglich eine Art Belohnung in Empfang zu nehmen. Das ist ein Irrtum, dem wir öfters begegnet sind. In Wirklichkeit sind die Still-prämien nur eine laufende Unterstützung, die den bedürftigen Müttern von den Kerzen der Fürsorgestellen unter der Bedingung bewilligt werden kann, daß das Kind der regelmäßigen Kontrolle der Kerze unterstellt wird. Neben diesen baren Unterstützungen für selbststehende Mütter besteht die Einrichtung, daß auch den Müttern der künstlich genährten Kinder, der „Pöppelinder“, eine Beihilfe gewährt wird. Ihnen wird gute, ärztlich kontrol-lierte Milch beschafft, je nach Erfordernis zu ermäßigtem Preis oder ganz umsonst.

Man darf in den Säuglings-Fürsorgestellen eine Veranstaltung sehen, die Segen verspricht. Gewiß werden alle Versuche, die Säuglingssterblichkeit herabzumindern, in ihrem Erfolg immer wieder beeinträchtigt werden durch die sozialen Zu-stände, in denen zu leben die Arbeiterklasse im kapitalistischen Klassen-staat gezwungen ist. Aber schließlich wird die Einrichtung, die hier

... wurde, ganz ohne Wirkung und Nutzen bleiben. Die Leiter der Berliner Säuglings-Fürsorgestellen haben in den Berichten über die ersten Jahre ihrer Tätigkeit auf bestimmte Verhältnisse, daß sie gegenwärtig Wirkungen schon sehr bald bemerkt haben, wenn auch einstweilen noch nicht statistisch nachweisbar ist, welchen Einfluß die Fürsorgestellen auf die Höhe der Kindersterblichkeit Berlins ausgeübt haben. Zu wünschen ist freilich, daß von den Müttern die Anschläge der Ärzte nicht geringer bewertet werden, als die ihnen etwa gewährte Unterstützung mit Geld oder Milch.

Gegenwärtig gibt es in Berlin sieben Säuglings-Fürsorgestellen: 1. Blumenstr. 78, für die Stadtbezirke 1 bis 10, 145-166, 168-188, 189 a, b, c, 190 b, c, e, 195-201; 2. Eljastr. 27, für die Stadtbezirke 202-245, 251-253, 255 bis 259, 264-274; 3. Eugenhausenstr. 7 (Markthalle Arminiusplatz), für die Stadtbezirke 11-14, 270-304; 4. Raunynstr. 63, für die Stadtbezirke 15-19, 22-28, 72-74, 76-144, 167 a, b, c; 5. Panitzschstr. 7, für die Stadtbezirke 254, 256-263; 6. Großbeerenstr. 10, für die Stadtbezirke 20, 21, 29-71, 75 a, b; 7. Brenzlauer Allee 45 (Eingang II), für die Stadtbezirke 189d, 190a, d, 191-194, 246-250. Die sieben Fürsorgekreise sind noch sehr umfangreich. Eine weitere und baldige Vermehrung der Fürsorgestellen ist anzustreben, damit durch Abklärung der Wege ihre Benutzung erleichtert werde.

Mütter von Kindern des ersten Lebensjahres sollten die hier mitgeteilte Liste der Fürsorgestellen aufbewahren, um nötigenfalls bei diesen Institutionen Rat und Hilfe suchen zu können. Der Zweck der Fürsorgestellen, vorbeugend zu wirken, wird am besten erfüllt, wenn die Kinder möglichst bald nach der Geburt den dort tätigen Ärzten zugeführt werden. Die Inanspruchnahme der Säuglingsfürsorgestellen gilt nicht als Armenunterstützung, sie hat daher nie die entrechtenden Folgen, die der Giltlose sonst mit hinnehmen muß.

Für Errichtung einer Freiheit-Stiftung hat der Kammerherr Hesse Elder von Hesse nach der Erinnerung an seine kürzlich verstorbene jugendliche Tochter dem Kaiser und Kaiserin Friedrich-Krankenhaus 10 000 M. überwiesen.

Zum Thema der Schülerelbstmorde, das in den Blättern aller Parteizeitungen von mehr oder minder berufenen Moralisten eifrigst beachtet wird, hat nunmehr auch die Wissenschaft das Wort ergriffen. In der Psychologischen Gesellschaft hielt Dr. M. Grambow vor einem großen ärztlichen Publikum einen Vortrag über die Psychologie des Selbstmordes und zwar im Anschluß an den traurigen Fall des Primarers Günther Stender. Wir folgen dem Vortragenden nicht auf sein wissenschaftliches Gebiet, das für die Beurteilung des vorliegenden Spezialfalles nicht den richtigen Grabmesser abgeben kann, haben aber aus den mit ziemlicher geistlichen Ansichten aufgenommenen Ausführungen die Schlussfolgerung hervor, daß die modernen Schülerelbstmorde weit weniger auf pädagogische Mißgriffe, deren Befehlen allerdings nicht hinweggesehen werden kann, als auf das ganze gegenwärtige soziale Milieu zurückzuführen seien. Schließlich kommt, so sagt Dr. Grambow, hierbei auch die Selbstmordneigung unserer müden, nihilistisch gesinnten, ideallosen Generation zum Ausdruck.

Die Müdigkeit läßt sich nicht vermeiden. Solch ein junger Selbstmörder ist es müde, den Kampf gegen sein persönliches Schicksal und gegen seine Widersacher zu Ende zu führen. Müdigkeit ist also hier gleichbedeutend mit Schwäche. Vielleicht spielt in begabten, vorzeitig reifen Köpfen auch ein gut Teil Ekel gegen das herrschende Vergewaltigungssystem mit. Aber auch ideallos? Nein, wir haben bisher noch meist gefunden, daß gerade in jugendlichen Selbstmördern sehr viele Ideale stecken. Mehr, als immer gut war. Gerade weil solche Brautköpfe sich in ihren Idealen betrogen fühlen und zu schwach sind, was Großes für diese Ideale zu tun, also unter Umständen zu leiden, werfen sie müde das Leben fort. Und nihilistisch gefinnt? Warum machen Sie aus ihrem Herzen eine Morbegrube, Herr Doktor, und sagen nicht led heraus „sozialdemokratisch gefinnt“? Denn das ist doch wohl das Pudels Wort. Aber auch da hinkt der Vergleich mit dem sozialen Milieu ganz gewaltig. Vielleicht nirgendwo sind mehr Ideale zu finden als in der Sozialdemokratie. Der ganze soziale Kampf ist weiter nichts als ein einziges großes hohes Ideal, das Ideal der Menschenwürde. Hätte man in dem jungen Selbstmörder, der sicher alles andere eher als sozialdemokratische Tendenz in sich trug, nicht sein Gefühl der Menschenwürde erstickt, so lebte er wahrscheinlich heute noch. Deshalb bleibt unsere frühere Erklärung, daß Günther Stender ein Opfer falscher Ehrbegriffe geworden ist, daneben doch bestehen. Insofern hat also auch Dr. Grambow mit dem Hineinbeziehen des sozialen Milieus vollkommen recht. Es ist das grundsätzliche Milieu der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Eine bessere Zeit wird den Beweis liefern, daß die Selbstmorde aller Schattierungen auf ein Minimum sinken, sobald die Ideale der sozialen Vorkämpfer für Menschenrechte Wahrheit geworden sind.

Der Magistrat von Berlin hat beschlossen, die Stelle eines Direktors für das Berliner Hoch- und Fortbildungsschulwesen, die mit 10 000 M. Gehalt ausgestattet ist, öffentlich auszuschreiben, und zwar mit einer Frist bis zum 31. August d. J.

Die Allgemeine Berliner Omnibusgesellschaft veranstaltet Sonntagsfahrten mit Automobilomnibussen.

1. a) Vom Oranienburger Tor über das Brandenburger Tor und den Potsdamer Platz, b) vom Halleschen Tor über den Potsdamer Platz, c) von Bülowstraße, Ecke Potsdamer Straße, über den Rollendordplatz, Kurfürstendamm, Galesen, Gundershede nach Beelitzhof (Freibad), Wannsee und meistens direkt oder mit Umfängen weiter nach Mochowsee Schleuse und Zehlendorf. Die Wagen verkehren vormittags nach Bedarf von 9 Uhr ab, nachmittags von 1 Uhr ab in Abständen von circa 15 Minuten. — Nach Bedarf auch an den Nachmittagen der Wochentage.

2. Von Wannsee (Bahnhof oder Kaiserpavillon) nach Mochowsee Schleuse und weiter nach Zehlendorf. — Nach Bedarf auch an den Nachmittagen der Wochentage.

Die Wagen verkehren von 1 Uhr nachmittags ab in Abständen von 20 bis 30 Minuten.

3. Vom Brandenburger Tor nach Finkenkrug (Kolonie Neu-Finkenkrug sowie Wirtshaus Alter Finkenkrug und Krug Brückelang).

Die Wagen verkehren vom Brandenburger Tor um 1/2 10 Uhr und 1/2 10 Uhr und zwischen Bahnhof Finkenkrug und Kolonie Neu-Finkenkrug einerseits, sowie dem Wirtshaus Alter Finkenkrug und Krug Brückelang andererseits nach Bedarf möglichst im Anschluß an die Züge.

4. Vom Alexanderplatz nach Wandlitzsee (Liepnitzsee). Die Wagen verkehren vom Alexanderplatz um 8, 9 und 10 Uhr.

5. Vom Wandlitzsee (Liepnitzsee) nach Bernau von vormittags 10 Uhr ab nach Bedarf möglichst im Anschluß an die Züge.

Der Berliner Magistrat hat beschlossen, aus der im Etat 49 fernerzeit eingezeichneten Summe von 1 1/2 Millionen Mark allen Gemeindegemeinden mit einem p e n s i o n s f a h i g e n Dienstleistungsbeamten von nicht mehr als 4800 M. eine einmalige Zulage zu zahlen. Die Beamten von nicht mehr als 2000 M. sollen 100 M. und die mit mehr als 2000 M. bis 4800 M. 150 M. erhalten. Diese Zulagen sollen den Beamten auf die zukünftige Gehaltsregelung in Anrechnung gebracht werden.

Offenlich denkt der Magistrat auch an die städtischen Arbeiter!

Der kurzfristige Zulauf von ärztlichen Fortbildungskursen in Berlin, an denen jeder deutsche Arzt unentgeltlich teilnehmen kann, findet nicht, wie zuerst mitgeteilt, im September, sondern vom 10. bis 31. Oktober dieses Jahres statt.

Der Borort Brin blüht. Wer sich hinaus pilgert, wird überrascht sein über die großen Veränderungen, die dort vor sich gegangen sind. Neben der Hofkapelle sind es besonders die Ver-

änderungen infolge der Entwicklung durch den Teltowkanal. Wo vor einiger Zeit noch Roggen und Kartoffeln geerntet wurden, ziehen sich jetzt breite Straßen hin mit großen modernen Häusern. Fabriken schießen wie Pilze empor. Überall steht man auf Neubauten. Gebuddelt wird an allen Ecken und Enden. Nur noch kurze Zeit und all die vielen Rosengärten und Gärten sind verschwunden. In diesem Jahre sind die Rosen besonders billig. Für ein großes Bouquet der schönsten Gloire de Lyon usw. verlangten die Verkäufer nur 10 Pf. Groß und Klein war mit Sträußen beladen, deren Duft noch mehr als die Farbenpracht wirkte.

Aus dem Polizeikampf gegen den Straßenhandel wird uns ein sehr sonderbares Vorkommnis berichtet. Am 18. Juni, nachmittags etwa um 2 Uhr, stand in der Unterwasserstraße an der Ecke der Werderstraße (nahe der Schleusenbrücke) eine Straßenhändlerin Frl. M. mit ihrem Obstwagen. Eine Straßenhändlerin Frau C., die ihr bekannt ist, ging zufällig darüber, trat an den Wagen und verweilte längere Zeit bei Frl. M. Inzwischen hatte der Wagen bereits die Aufmerksamkeit der Polizei erregt. Ein Schuttmann schlangelte auf Umwegen sich heran, stand plötzlich vor den Frauen und fragte, wessen Wagen das sei. Man gab ihm die Antwort, der Wagen gehöre Frl. M. Er aber hielt es für erforderlich, samt dem Frl. M. auch die Frau C. trotz ihres Protestes zum Polizeibureau zu bringen. Frau C. hatte, nebenbei bemerkt, keine Ware bei sich; sie war auf dem Wege zu einem Arzt, dem sie ihren Jungen zuführen wollte. Auf dem Bureau wurden die Personalien des Frl. M. festgestellt. Bezüglich der Frau C. schien es, wie wenn einer der Beamten rief, sie ohne weiteres wieder zu entlassen. Doch der Schuttmann, der die beiden Frauen hinführt hatte, glaubte den offenbar sehr schwierigen Fall erst einer höheren Instanz unterbreiten zu sollen. Er ging zum Herrn Leutnant, und brachte von diesem den Bescheid zurück, Frau C. habe schon lange an dem Wagen gestanden, der Herr Leutnant selber habe das auf der Straße bemerkt. Auch Frau C. mußte nunmehr ihre Personalien notieren lassen. Hiernach war zu erwarten, daß nicht nur für Frl. M., sondern auch für Frau C. „das Weitere sich finden“ werde. Aber beide Frauen nahmen an, daß einstweilen die Sache erledigt sei und man ihnen gestatten werde, nach Hause zu gehen. Sie erschauerten nicht wenig, als sie jetzt benötigt wurden, in der Arrestzelle Platz zu nehmen. Vergebens baten sie, ihnen eine Unterredung mit dem Herrn Leutnant selber zu ermöglichen. Sie kriegten eine Antwort, die sie dahin verstanden, das werde nichts nützen, so sei es hier schon mehr Straßenhändlern und Straßenhändlerinnen ergangen, gegen sie solle in diesem Reber infolge höherer Weisung künftig mit aller Strenge eingeschritten werden, in den letzten acht Tagen seien auf dem Bureau nun schon elf solcher Fälle vorgekommen. Die Frauen richteten nichts aus, sie hatten sich in die Zelle zu begeben und mußten es noch als eine besondere Vergünstigung ansehen, daß man die Tür nicht hinter ihnen schloß. Frau C. hatte darauf hingewiesen, daß zu Hause von fünf kleinen Kindern auf sie gewartet werde. Als sie erneut um ihre Entlassung bat und besonders hervorhob, daß das jüngste Kind erst elf Monate alt sei, wurde bei dem für die zuständigen Polizeibureau angefragt, ob das stimme. Ihre Angaben wurden bestätigt. Es wurde nun noch einmal dem Herrn Leutnant Bericht erstattet, und dann kam endlich die Einwilligung, daß die Frau C. nach Hause gehen dürfe. Frau C. versichert, sie habe drei Stunden auf dem Bureau verweilen müssen, erst nach 5 Uhr sei sie wieder herausgekommen. Schlimmer noch erging es ihrer Leidensgefährtin, die weiter dabeibehalten wurde und in der Zelle sitzen mußte. Frl. M. erzählt, erst gegen 8 Uhr habe man sie entlassen wollen. Man habe hingegen, auch das sei nur „guter Wille“, sie könne noch länger zurückgehalten werden. Als sie in galgenhumoristischer Stimmung die Antwort gab, daß ihr das gleichgültig sei, sei sie wieder in die Zelle hineingeschoben und schließlich erst gegen 9 Uhr freigelassen worden. Ihre Ware, eine Ladung frischer Erdbeeren, hatte vom Mittag bis zum Abend natürlich bedeutend an Wert verloren, so daß Frl. M. auch an ihrem Geldbeutel geknirscht worden ist. An diesem Tage konnte überhaupt nichts mehr verkauft werden, am nächsten Tage mußte Frl. M. die Erdbeeren zu herabgesetztem Preise loschlagen.

So schildern Frl. M. und Frau C. das ihnen widerfahrte Abenteuer. Wir sind neugierig auf die Strafverfügungen, durch die die Polizei den Nachweis wird führen müssen, daß sie berechtigt war, in dieser Weise gegen die beiden Frauen vorzugehen.

Pasteurisierte Milch für Kinder. Aus Amerika ist ein Herr Nathan Straus, früher Präsident des Gesundheitsamtes in New York, nach Deutschland herübergekommen, um uns zu zeigen, wie man auf leichte und billige Art Milch pasteurisieren kann. Von der Verwendung pasteurisierter Milch zur Ernährung des Kindes berichtet er sich und uns eine bedeutende Herabsetzung der Kindersterblichkeit. Er hat mehrere Apparate zum Pasteurisieren usw. erfunden, die er sich nicht hat patentieren lassen und deren Nachahmung er jedem freistellt und sogar empfiehlt. Ihm ist es nicht um Gewinn zu tun, sondern nur um seine philanthropischen Zwecke. Im Hotel „Kaiserhof“ hat er in diesen Tagen seine Apparate ausgestellt und sie einem geladenen Publikum zeigen lassen. Dem Gebrauch dieser Apparate in Anstalten dürften keine Hindernisse entgegenstehen, da ihr Herstellungspreis — man sagte uns: 5000 M. für die ganze Einrichtung — kein unerwünschter ist. Ein ganz einfacher Pasteurisierungsapparat zum Hausgebrauch soll schon für 6 M. anfertiger sein. Das ist gewiß auch recht billig, aber zahlreichen Familien aus der unbemittelten Bevölkerung dürfte selbst diese Ausgabe immer noch zu hoch erscheinen. Herr Straus selber fabriziert keine Apparate. Bezüglich der Unbemittelten denkt er sich die Sache etwa so, daß sie von einer Anstalt die Milch zu ermäßigtem Preise oder ganz umsonst beziehen können. In Amerika besteht diese Einrichtung seit langem. Der Gedanke, den Unbemittelten die Beschaffung der Säuglingsmilch in dieser Weise zu erleichtern, ist ja bekanntermassen auch in Deutschland längst nicht mehr neu. Als neu kommt hinzu nur die Pasteurisierung mit den Apparaten, die von Herrn Straus erfunden worden sind und empfohlen werden. Herr Straus hat in Amerika bedeutende Mittel drangewendet, um die Durchführung seiner Ideen zu ermöglichen. Man sagt, er sei bereit, auch in Deutschland seine Apparate denjenigen Anstalten zu schenken, die die Kinderernährung mit pasteurisierter Milch versuchen wollen. Unangenehm wirkte bei der Vorführung der Apparate die Betonung der philanthropischen Verdienste des Herrn Straus, sie schmeckte ein bißchen sehr nach Wohlthätereklame.

Spernung der Puppenallee. Seit Freitag ist die Siegesallee, wie große dort aufgestellte Tafeln besagen, für Lastfuhrwerk und Radfahrer gesperrt. Selbstverständlich wird für diese auffallende Maßregel, die ziemlich überraschend kommt, ein Verkehrsinteresse vorgebracht. Das hindert uns nicht, unserer Meinung dahin Ausdruck zu geben, daß man an irgendeiner hohen Stelle einen Reinigungsprozeß und mehr Bewegungsfreiheit wünschte. Die hohen Herrschaften, welche dort ihre Langeweile spazierenfahren, haben sich offenbar schon längst angewöhnt, sich von dem Anblick der Stein- und Mörteinfächer, die nach Raab hinüber den nächsten Weg einschlagen, und wollen in ihrer Korststraße das plebejische Element nicht mehr dulden. Auch Otto der Faule soll sich über Störungen durch Inarrende Lastwagen und schimpfende Kutscher beschwert haben. Man will die Siegesallee zu einer Korststraße für Automobile frei haben und verjagt alles, was hierbei störend wirkt. Damit wird auch die Ausdehnung der Maßregel auf Radfahrer erklärt. Trifft dies zu, so möchten wir uns die ergebene Anfrage gestatten, wo dann das allgemeine Verkehrsinteresse zu suchen ist?

Veraubungen von Kindern. Eine dreifache Räuberin treibt seit einiger Zeit in den östlichen und nördlichen Stadtteilen ihr Unwesen. Sie sucht sich ihre Opfer unter den Kindern. An kleine Mädchen, welche Ohringe, Armbänder oder andere Schmuckgegenstände tragen, macht sie sich heran und beraubt sie. Auf raffinierte Weise versteht es die gefährliche Person, den kleinen Kindern die

Ohringe herunterzuziehen. Unter irgend einem Vorwand schickt sie die bestohlenen Mädchen nach einer bestimmten Adresse. Die Schmuckstücke behält sie währenddessen in Verwahrung und sobald die Kinder wieder unterrichteter Sache zurückkehren, ist die Diebin längst verschwunden. Die Täterin ist eine etwa 25 Jahre alte Frauensperson.

Auf gefüllte Portemonnaies hat es eine andere Räuberin abgesehen, die im Süden auftritt. Sie hat es gleichfalls auf Kinder abgesehen, die von der Mutter zum Einkaufen fortgeschickt werden. Die Räuberin betreibt die Kleinen in eine Unterhaltung und schickt sie ebenfalls nach irgendeinem Mieter, der nur in ihrer Phantasie existiert. Sie läßt sich die Tasche und das Portemonnaie von den ahnungslosen Opfern geben und verschwindet damit auf Rimmerwiedersehen. In diesem Falle handelt es sich um eine etwa 40-jährige Person.

Die Leiche einer unbekannten jugendlichen Selbstmörderin ist gestern aus der Spree gelandet worden. Vor dem Grundstück Rühlensstr. 72 erblickten Schiffer den Leichnam auf der Oberfläche des Wassers und bargen ihn. Die tote dürfte etwa 18 Jahre alt gewesen sein. Sie war mit weißem Hemd, gezeichnet S. L., weißer Bluse und dunklem Rock bekleidet. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht.

Selbstmordversuch zweier Schwestern. In ihrer Wohnung Tilsiter Straße 2 wurden gestern morgen von Altnachbarn die beiden Schwestern Florentine Lohow und Theresia Verla, geborene Lohow, betäubungslos aufgefunden. Beide hatten Tyrol genommen. Fräulein Lohow ist über 60 Jahre alt, während ihre Schwester um einige Jahre jünger ist; sie ernährten sich durch Näharbeiten und erhalten auch eine kleine städtische Unterstützung. Es scheint, daß Frau V., die schon einmal in einer Heilanstalt gewesen war, ihre Schwester zu dem Selbstmordversuch überredet hatte. Die erste Hilfe leisteten den Verletzten, von denen Frau V. kaum mit dem Leben davontkommen dürfte, die Unfallstation in der Warschauer Straße und die Rettungswache in der Schönhauser Allee. Dann wurden beide Damen nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht.

Ein mutmaßlicher Brandstifter verhaftet.

Endlich ist es der Polizei gelungen, einen Mann zu verhaften, der unter dem dringenden Verdacht steht, viele der Brände im Norden der Stadt angelegt zu haben. Es handelt sich um den 25-jährigen Wächter Josef Sytkowski von der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer! Der Mann hatte sein Revier in der Umgegend der Prinzen-Allee, Goldiner, Briezener, Wölfer- und Christianiastraße. Es erschien nun auffällig, daß gerade in diesem Viertel fortwährend Brandstiftungen vorliefen. Die Kriminalpolizei fertigte daher besondere Karten an und zeichnete jeden einzelnen Fall ein. Dabei konnte festgestellt werden, daß die Brände immer in aller Frühe, zwischen 2 und 5 Uhr, ausbrachen, also zu der Zeit, wo Sytkowski Dienst hatte. — Ferner ermittelte man, daß der Wächter fast bei allen Bränden in jener Gegend zuerst auf dem Plan war! In mehreren Fällen hatte Sytkowski sogar selbst die Feuerwehre alarmiert, um sich die Feuermeldungsprämie zu verdienen. Man recherchierte weiter, und immer neues Belastungsmaterial wurde zutage gefördert: Da meldeten sich Leute, bei denen der Wächter sich angeboten hatte, gegen ein billiges Geld Wachdienste zu leisten, natürlich ohne Wissen der Wirtschaftsgenossenschaft, ferner solche, die Sytkowski mit einer Leiter während der Nacht getroffen haben wollten usw. Die Verdachtsmomente verdichteten sich von Tag zu Tag, so daß die Kriminalpolizei jetzt zur Verhaftung des Mannes schritt, der aber jede Schuld bestritt.

Bei einem Brande in der Goldiner Straße 12 fiel es besonders auf, daß das Feuer nur von dem dahinterliegenden Grundstück Briezener Straße 15/16 aus angelegt sein konnte. Durch ein Zugloch hatte der Brandstifter mit Petroleum getränkte Lappen in einen Heusack geworfen. Das Grundstück Briezener Straße stand unter der Wache des Sytkowski! Auf sein Konto setzt man bereits 28 Brände. Der Verhaftete wurde gestern in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Von religiösem Wahnsinn befallen. In einem Anfälle von religiösem Wahnsinn versuchte sich gestern die 34-jährige Frau Anna Pichel aus dem Fenster ihrer im vierten Stock des Hauses Raunynstraße 49 belegenen Wohnung auf den Hof hinauszuliegen. Das Fräulein zeigte schon wiederholt Spuren von Wahnsinn. Gestern belam es plötzlich einen Tobjuchtsanfall, demolierte die Möbel und schrie laut auf. Als andere Hausbewohner in das Zimmer eindringen wollten, fanden sie die Korridortür verschlossen. Man alarmierte die Feuerwehre, die sofort auf dem Hof ein Sprungtuch ausbreitete, da die Unglückliche Anstalten machte, aus dem Fenster zu springen. Mit Hilfe eines Schlossers wurde die Wohnungstür geöffnet und es gelang, die Wahnsinnige festzuhalten. Sie wurde in eine Anstalt geschafft. Die Wohnung war reichlich mit Heiligenbildern geschmückt. ...

Thalia-Theater. Bei der jetzigen Hitze ins Theater zu gehen, gehört nicht gerade zu den Annehmlichkeiten; für die Spieler mag so ein Theaterabend sogar eine heroische Tat bedeuten. Trotzdem hat das jetzt im Thalia-Theater gastierende Gaspielenemble unter Leitung des Herrn Jensen vom Deutschen Volkstheater in Wien den Kampf mit der sommerlichen Hitze aufgenommen und das Schauerstück: „Im Selbstmordversuch“ durch ein neues: „Der Mann mit dem Monocle“ ersetzt. Es handelt sich um vorliegenden Falle um ein Produkt im Stile der „Mid Carter“ und „Kaffee“. Ein Lord betreibt das Räuberleben als anregenden Sport und entwischt der Polizei, wenn sie ihn schon sicher zu haben glaubte. Sonst ist nicht viel zu sagen. Gespielt wurde mit Ausnahme des Herrn Jensen sehr mittelmäßig, was nicht hinderte, daß das viel fach auf Freibilletts antworfende Publikum stark applaudierte.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Am Sonntag, den 28. Juni, Familienausflug nach Pichelswerder. Abfahrt des Stadtbahnzuges nach Grunewald: Schleißer Bahnhof 8.30, Zannowbrücke 8.30 usw. Pichels im Walde. — Treffpunkt für Radfahrer von 12 Uhr mittags ab: Freunde Inselgruppen, Pichelswerder. Um zahlreiche Beteiligung ersucht. Das Komitee.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania gelangt in dieser Woche der mit zahlreichen Wandbildern und farbigen Bildern ausgestattete Vortrag „Ueber den Brenner nach Venedig“, der eine Fülle der herrlichsten Landschaftsbilder dieser allerersten und schönsten Gebirgsstraße, welche die Herzen Deutschlands und Italiens miteinander verbindet, bietet, am Sonntag und Freitag zur Darstellung.

Am Montag und Sonnabend wird der Vortrag „Von der Zugspitze zum Wapmann“ wiederholt, am Dienstag, der Vortrag „Im Lande der Rittmännchen“, am Mittwoch der Vortrag „Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat“ und am Donnerstag der Vortrag „Die deutsche Offizierswelt von den Wandalen bis zum Alfons und“.

Der Gesangsverein „Kreuzberger Harmonie“ veranstaltet heute im Garten der Brauerei Friedrichshain ein Konzert unter Mitwirkung des Berliner Sinfonieorchesters M. Fischer. Allen Freunden eines guten Chorgeanges wird dieses Konzert bestens empfohlen. Anfang 4 Uhr. Bei ungünstigem Wetter findet das Konzert im großen Saale statt.

Feuerwehrrachrichten. Wegen eines großen Dachstuhlbrandes wurde gestern früh um 7 Uhr die Feuerwehre nach der Paulstraße 1, Ecke Alt-Roabit, gerufen. Der 15. Zug wurde als erster entsandt und fand bei seinem Eintreffen schon einen großen Brandherd vor. Da die Verqualmung bereits weit vorgeschritten war, wurden zum Vorgehen mechanische Leitern benutzt. Durch kräftiges

Wassergehen mit mehreren Schlauchleitungen gelang es schließlich, die Flammen auf dem Dachstuhl zu beschränken. Die Entstehung wird, wie in all diesen Fällen auf vorsätzliche Brandstiftung zurückgeführt. Von dem Täter fehlt jede Spur. Die Bodentüren waren erbrochen. — Um einen Wienenfchwamm einzufangen wurde die Feuerwehr nach der Ebelingstraße 14 beordert. Der Schwamm sah am Dachgeßels. Nachdem die Wienen mit einer Handspitze etwas nah gemacht worden waren, wurden sie in eine „Schwammkiste“ gesetzt und diese schnell geschlossen. Der Schwamm wurde mit nach der Wache genommen, wo der Jünger ihn in Empfang nehmen kann. Früh um 5 Uhr brannte in der Lindenstraße 3 ein Wand-schrank, Kuchlappen usw. Ein Kellerbrand beschäftigte die Wehr in der Markstraße 21. Ferner hatte die Feuerwehr in der Seimstraße 24, Richthofenstraße 32, Thierstraße 19, Poststraße 60, Oseisenstraße 48 und verschiedenen Bahnhöfen Brände zu löschen.

Arbeiter-Samariter-Kolonne. Montagabend 9 Uhr: 1. Ab-
teilung, Dresdener Straße 45. Vortrag über Knochenbrüche —
Verrenkungen — Verstauchungen. Daran anschließend praktische
Übungen.

Donnerstag: Monatsführung der diensttuenden Abteilung.

Der Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“ (Gau 9, 2. Bezirk)
hatte heute im Etablissement „Haffelwerder“ in Nieder-Schönweide
sein Bezirksfest ab mit Konzert, Reigenfahren, Korfahrt und der-
gleichen. Konzertanfang mittags 12 Uhr.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Todessturz vom Dach in die Tiefe. Gestern während des
glühenden Mittagssonnenbrandes arbeiteten Maurer und Zim-
merer an der Errichtung des Dachstuhles über dem Neubau Vane-
rische Straße 35. Dabei kam der hoch oben auf dem Sims stehende
21 Jahre alte Maurer Albert Spahn, in Alt-Langewisch, Kreis
Rauha-Belzig, wohnhaft, dadurch zu Fall, daß er von einem brett-
tragenden Zimmerer aus Unvorsichtigkeit in den Rücken gestoßen
wurde. Er verlor das Gleichgewicht, kletterte sich eine Sekunde
noch an ein Brett, das jedoch nachgab, und stürzte, mehrmals auf-
schlagend und sich überschlagend, in den Hof hinab, wo er mit zer-
schmetterten Gliedern sinnungslos liegen blieb. Die Verletzungen
waren so schwer, daß er kurz nach Ankunft im Krankenhaus West-
end verstarb. Die Leiche wurde von der Staatsanwaltschaft be-
schlagnahmt. Wie man uns mitteilt, war der Tote der einzige
Sohn seiner in Alt-Langewisch wohnenden, betagten Eltern.

Charlottenburg.

Der städtische Arbeitsnachweis: Charlottenburg, Kirchstr. 5 und
Wittenbergplatz 4, wird Stellungsgebern und Stellungsnehmern zu
regler Benutzung empfohlen. Besonders wird darauf aufmerksam
gemacht, daß sich die Vermittlungstätigkeit der Zweigstelle am
Wittenbergplatz 4 nicht nur auf Dienstboten, sondern auch auf
Lehrerinnen, Erzieherinnen, Kinderfräulein, Stützen der Haus-
frau und Wirtschaftsfrauen erstreckt. Die Aufträge für diese Ver-
mittlungszweige werden werktäglich von 9—12 Uhr vormittags,
auch durch Fernsprecher: Amt Charlottenburg 3598, angenommen.
Der Nachweis erfolgt für Stellungsnehmer und Stellungsgeber
kostenlos.

Tegel.

Aus der Gemeindevertretersitzung. Es wurden zunächst
mehrere Mitteilungen gemacht. Die Verwaltungsbehörde hatte
benachrichtigt, daß aus dem Bericht über die letzten Gemeindever-
treterwahlen nicht zu ersehen sei, welche Herren als neu gewählt
sind und wer von ihnen nach zwei respektive vier oder sechs Jahren
aussteht. Es wurde beschlossen, die Auslösung dieser Herren
später vorzunehmen. Einem Gesuch der Eisenbahnbehörde auf
Lösung des Enteignungsvertrages im Grundbuch wurde zuge-
stimmt. Es kam dann die Verbreiterung der jetzigen Steinbohle
und der Dampferanlegestellen zur Verhandlung. Die Verbrei-
terung soll sechs Meter in den See hinein vorgenommen werden.
Die Verhandlungen selbst führten teilweise zu heftigen Ausein-
anderetzungen zwischen dem Bürgermeister und unserem Geossen
Lichtenberg. Der Herr Bürgermeister tat dabei dem bemerkens-
werten Ausspruch: „Wir leben in einem Rechtsstaat und da hat
die Behörde zu bestimmen“. Die Vorlage wurde schließlich gegen
die Stimmen unserer Geossen und die des Herrn Schuhmacher
angenommen. Die Durchlegung der Weistrafte durch das der
Witwe Bod gehörige Grundstück nach dem See wurde nach längerer
Debatte gegen eine Stimme angenommen. Die letzten
Punkte der Tagesordnung Erneuerungen im alten Amtsgebäude,
Kreierwerb von der Kirche und Pfarre und Enteignung von
Grundbesitz wurden einstimmig angenommen. Es folgte eine ge-
heime Sitzung.

Notatweß.

**Die Freisetzung von Grundstücken für die Gewährung von Frei-
stellen im Realprogymnasium und in der höheren Mädchenschule**
wurde in der letzten Gemeindevertretersitzung beschlossen. Der Ent-
wurf der Kuratoren dieser Anstalten schlug vor, daß Freistellen allen
denjenigen hiesigen Steuerzahlern gewährt werden können, die ein
Einkommen bis zu 6000 M. beziehen. Freistellen können bis 5 Proz.
der Schülerzahl jeder Schule gewährt werden, der betreffende Schüler
muß jedoch ein Jahr die Schule besucht haben; Schulgeldbefreiungen
für die Vorklassiker werden nicht gewährt. Schülern beziehungs-
weise Schülerinnen der hiesigen Gemeindeschulen, welche mindestens
die vier unteren Klassen einer Gemeindeschule besucht haben, kann
bei der Aufnahme in eine höhere Lehranstalt (nicht Vorklassiker)
sogar Freistelle gewährt werden, wenn sie bei gutem Betragen,
regelmäßigem Fleiß und ausgezeichnetem Erfolge von ihrem Rektor
als besonders befähigt für den Besuch einer höheren Lehranstalt
empfohlen werden. Ueber Schulgeldbefreiungen ist seitens des be-
treffenden Kuratoriums von Fall zu Fall zu entscheiden. Ueber diese
Vorschläge entspann sich eine lange Debatte, da unsere Geossen,
welche sich sämtlich an der Diskussion beteiligten, den Vorschlag von
6000 M. bis zu welchem Einkommen Freistellen gewährt werden
sollen, heftig bekämpften und bürgerliche Vertreter behaupteten,
daß man Leute, die 6000 M. Einkommen haben, unter Um-
ständen auch als arm ansehen müsse. (Gewiß doch;
es soll sogar Leute geben, die mit 15 Millionen
nicht auskommen können. D. B.) Schließlich wurde beschlossen,
4000 M. als Höchstgrenze festzusetzen, nachdem ein Antrag des Ge-
nossen Böller auf 3000 M. abgelehnt war, und die übrigen Vor-
schläge der Kuratoren angenommen. Aus der ganzen Debatte ging
hervor, daß es den Bürgerlichen wohl weniger darum zu tun ist,
den besitzlosen Proletariatskindern eine höhere Bildung zukommen zu
lassen, als vielmehr darum, einigen Kindern des besser situierten
Bürgertums auf Kosten der Allgemeinheit Freistellen in den höheren
Schulen zu verschaffen. — Ferner lag der Vertretung ein Antrag
vor, das Armenhaus am Friedrichsplatz für ein Depot der
Straßenreinigung, Aufseherwohnungen usw. zu reservieren und die
Ordnungen in dem Armenhaus in der Großbeerenstraße unter-
zubringen, wozu letzteres zu diesem Zwecke ausgebaut werden soll.
In der Debatte hierüber zeigte sich ebenfalls, wie wenig soziales
Verständnis manche bürgerlichen Gemeindevertreter besitzen; machte
doch Herr Brüllwies den Vorschlag, die Armen überhaupt aus dem
Orte zu entfernen und sie in der Nähe der Klärstation unter-
zubringen, wo es vor Gefahr nicht auszuhalten ist. Dieser Vor-
schlag ging selbst dem Bürgermeister zu weit, welcher Herrn Brüllwies
einige derbe Liebenswürdigkeiten sagte; auch von unseren Geossen
wurde dieser Vorschlag energig zurückgewiesen und beschlossen,
nach dem vorliegenden Antrage zu verfahren. — Einem Antrage,
den Platz an der Ecke der Goethe- und Plantagenstraße mit
Goethe-Platz zu bezeichnen, gab die Vertretung ihre Zustimmung.
Ferner wurde eine Änderung der Pensionsbestimmungen für die
Gemeindebeamten nach dem Staatspensionsgesetz von 1907 be-
schlossen.

Die unheimlichen Zustände, die sich bei den Straßenarbeiten
herausgebildet haben, waren schon längst dringend einer Besserung
bedürftig. Die Vertretung beschloß daher, Herrn Friedhofsgärtner
Rent die Aufsicht und Leitung der Straßenarbeiten zu übertragen,
der infolgedessen sein Gärtnereigebäude aufgeben muß, jedoch die Auf-
sicht über die Friedhöfe beibehalten hat. Beamten-eigenschaft erhält
und in die Sekretärliste mit 2000 M. Anfangsgehalt eingereiht
wird unter Verzichtleistung auf die bisherigen Einkünfte aus dem
Friedhofe. Wir dürfen uns wohl nunmehr der Hoffnung hingeben,
daß auch endlich auf dem Gebiete der Straßenverwaltung geordnete
Zustände Platz greifen und die neu geschaffenen Schmutzplätze nicht
bis in den Hochsommer hinein in völlig verwahrlostem Zustande
daliegen.

Potsdam.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung stand wieder ein-
mal im Zeichen langwieriger Debatten, in denen es sich um das
in letzter Zeit so viel erwähnte Stadtbauamt drehte. Stadter-
ordnete waren mit dem schleppenden Gang der Pflasterungs-
arbeiten unzufrieden und hatten deshalb den Magistrat inter-
pelliert, der nun voll und ganz für seinen Ressortbeamten eintrat.
Die ziemlich erregte Diskussion endete mit dem oberbürgermeister-
lichen Vorschlag, künftig mehr dem Stadtbauamt auf die Finger
schauen zu wollen. Nach dem Vorbilde der Kanofagänger wurde
schließlich auch das entscheidende Vertrauensvotum erteilt. Für
die Erweiterung der Fassungsanlagen auf Wasserwerk und Er-
neuerung der Heberleitung auf Wasserwerk I wurden 18 000 M.
aus dem Etat bewilligt, für die Anschaffung von Schulbänken
430 M. nachbewilligt. Die Planungsarbeiten auf den städtischen
Grundstücken an der Kastanienallee erforderten 88 M., die die
Stadtbäder genehmigten, um die Terrains als Jugendspielplätze
verwenden zu können. Eine angenehme Ueberraschung wurde der
Versammlung durch die Mitteilung zuteil, daß aus dem Ver-
waltungsjahre 1907 300 184,85 M. Ueberschuss erzielt worden
seien, über die bis zur Höhe von 268 449,88 M. noch nicht ver-
fügt ist. Auf Vorschlag des Magistrats, mit dem sich die Stadt-
bäder einverstanden erklärten, wurden nun die Ueberschüsse bis
auf 96 249,88 M. den einzelnen Etats überschrieben, während für
künftige Notfälle vom Restbetrage 70 000 M. zu einem Aus-
gleichsfonds verwendet werden sollen, der bei einer Finanz-
nisiere in Anspruch genommen werden kann. Der Rest von
26 249,88 M. wird zur Verrückung kleiner Ausgaben für Ein-
richtungen von beschränkter Dauer angewendet. Die Gründung
des Ausgleichsfonds hat für Potsdam angesichts des Ausfalles der
Schlüsselsteuer erhöhte Bedeutung, sie ist eine verständige kommu-
nalspolitische Maßregel, die sich bald genug bewähren wird. Das
Baukonto der Gasgesellschaft wird nochmals Gegenstand einer
Ausschüßberatung sein, da die Stadt als künftige Käuferin der
Anstalt, mit der Höhe des preisbestimmenden Baukontos nicht ein-
verstanden ist. Betreffs der Straßenbahnfreikarten an Beamte
wurde bestimmt, daß künftig die einzelnen Verwaltungsabteilungen
mit den 2064 M. betragenden Kosten belastet werden sollen. Die
Sommerferien der Stadtbäder beginnen am 3. Juli und endigen
am 11. September. Die Sitzung schloß mit einem Wortwechsel
zwischen Stadtverordnetenvorsitzer und Oberbürgermeister. Als
Vertreter Potsdams auf dem Brandenburgischen Städtetag wurde
in Vertretung des Stadts. Voller Stadts. Döppfer bestimmt.

Gerichts-Zeitung.

Aufgehobenes Todesurteil.

Der Waldarbeiter Franz Hesse ist am 13. April nach achtjähriger
Verbanlung wegen Mordes zum Tode verurteilt worden. Er soll
am 25. November 1907 die unberechnete Hedwig Hartmann, nach-
dem er sie von Hagen nach Altkena gebracht hatte, ermordet haben.
Er hat bestritten, der Täter zu sein und behauptet, es könne nur ein
gewisser Jean Duprez aus Belgien gewesen sein, der von ihm die
Lieferung eines Wädchens verlangt habe; die Briefe des D. habe
er in der Nähe seines Wohnortes im Forstorte Schlieper Bruch ver-
graben. Am 31. März ist er dorthin geführt worden, aber er er-
klärte, wegen des 1/2—1 Meter hohen Schnees die betreffende Stelle
nicht finden zu können. In der Hauptverhandlung hatte der Ver-
teidiger beantragt, den Angeklagten nochmals dorthin zu führen,
damit endgültig festgestellt werde, ob solche Briefe wirklich dort ver-
graben seien. Diesen Antrag hat das Gericht abgelehnt. Darüber
wurde in der Revision des Angeklagten Beschwerde geführt. Der
Rechtsanwalt führte am Freitag vor dem Reichsgericht dazu fol-
gendes aus: Es handelte sich um einen Urkundenheiber. Der An-
geklagte hatte behauptet, die Briefe rührten aus dem Auslande her
und trugen ausländische Stempel. Der Angeklagte ist ein ganz
einfacher Mann, der sich dergleichen Dinge kaum ausgedacht haben
kann. Er wollte beweisen, daß die Briefe von einem ganz bestimm-
ten Duprez herrührten. Das Gericht hat das nachmalige Hinan-
führen des Angeklagten als zwecklos bezeichnet. Begreiflich er-
scheint es nun aber, daß jemand sich selbst in seiner Heimat nicht
auskennt, wenn meterhoher Schnee liegt. Da wird eine Stelle,
wo man etwas vergraben hat, kaum zu finden sein. Ich kann es
nur tief beklagen, daß die Pinauführung, die einen halben Tag
und geringe Kosten beansprucht hätte, unterblieben ist. Hätte der
Angeklagte in dem vom Schnee befreiten Gelände die Briefe nicht
gefunden, so wäre jedes Bedenken erledigt gewesen: Ich möchte das
Urteil so, wie es zustande gekommen ist, nicht zum Vollzuge
empfehlen, ohne daß der Angeklagte nochmals hinausgeführt wor-
den wäre. Ueberbietet ist nach Fällung des Urteils von Belgien aus
ein gewisser Duprez ermittelt worden. So bedauerlich es ist, daß
eine achtjährige Verhandlung wiederholt werden muß — ich vermag
die Verantwortung für das Urteil nicht auf mich zu nehmen. —
Das Reichsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an das
Schwurgericht zurück.

§ 166.

Zu Prozeß gegen Dr. Heinrich Ilgenstein, den Herausgeber
der Wochenschrift „Das Blaue“, der von der ersten Strafkammer
des Landgerichts II von der Anklage wegen Gotteslästerung aus
§ 166 freigesprochen wurde, hat der Staatsanwalt die von ihm ein-
gelegte Revision jetzt zurückgezogen.

Sachkaplerprozeß.

In dem Prozeß gegen den Grafen Arg zu Saffeg und Frau
Lewandowski, geborene Frein von Rorff, wurde gestern in der Ver-
handlung fortgesetzt. Der Vorsitzende teilte mit, daß der Prozeß
voraussichtlich von dem kommenden Montag ab geredet noch zwei
Wochen dauern würde. Wir werden dann im Zusammenhang
über die Verhandlungen berichten.

Ein Student als Heiratschwindler.

Als ein gefährlicher Heiratschwindler entpuppte sich am Frei-
tag vor der Strafkammer in Halle a. S. der stud. pharm. Otto
Raebach aus Bonn, der wegen Betrugs und Urkundenfälschung in
mehreren Fällen angeklagt war. Als A. hier in den Jahren 1906
und 1907 studierte, veröffentlichte er in Halle'schen und Berliner
Zeitung Heiratsgesuche, auf die ehrsame Bürgerstöchter, junge
heiratslustige Witwen und Frauen, die in Ehescheidung lagen,
hineinschrieben. Auch Damen mit einem Hehltritt oder einem kleinen
Kinde durften nach den Inseraten ihre Offerten abgeben. Einet
Beamtenfrau, deren Tochter er die Ehe versprochen hatte, schwin-
delte er unter der Vorspiegelung, er müsse „keinen Doktor machen“,
nach und nach rund 6000 M. ab. Als „künstlicher Schwiegersohn“
führte er eines Tages im Brautzug und mit der weißen Binde im

Tagameter vor und verkündete seiner Verlobten freudestrahlend,
daß er sein Examen mit „Gut“ bestanden habe. Dabei legte er
gefälschte Zeugnise und ein „Examenzeugnis“ vor, das „von
dem Minister“ unterzeichnet war. Während die Schwiegermutter
glaubte, A. schwebe im Kolleg, machte er mit anderen Verlobten
und Verlobten Auszüge usw. Einer Berliner Witwe nahm er
einen „Ehebrutsch“ von 1750 M., einer anderen Beamtenochter
550 M. usw. ab. Eine junge Dame bekam in der Verhand-
lung einen Ohnmachtsanfall, als sie ihre intimen Beziehungen zu
A. schildern sollte. Gegen A. schwebt auch ein Verfahren wegen
Abtreibung. A. wurde zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Be-
antrag waren vier Jahre.

Versammlungen.

Der Verband der Krankenkassenbeamten veranstaltete am
Freitag eine öffentliche Versammlung, um Differenzen zur Sprache
zu bringen, welche zwischen ihm und den Vorständen der Orts-
krankenkassen der Maurer und der Gürtler bestehen.

Wenn wir aus den Darstellungen der Versammlungsredner
den sachlichen Kern herausheben und alles Kleinliche und Persön-
liche, was ja bei derartigen Gelegenheiten immer einen breiten
Raum einzunehmen pflegt, ausschalten, so ergibt sich, daß die
Differenzen in beiden vorliegenden Fällen ihre Ursachen darin
haben, daß die Vorstände, beziehungsweise die Generalversam-
mlungen der genannten beiden Ortsklassen die Anstellungsbedingun-
gen nicht anerkennen, welche seinerzeit zwischen der Organisation der
Kassenbeamten und dem Verbands der Ortskrankenkassen für das
Deutsche Reich abgeschlossen sind. Die Nichtanerkennung der An-
stellungsbedingungen durch die beiden Klassen wird von den Beamten
um so mehr verurteilt, als in den Kassenvorständen gewerkschaftlich
organisierte Arbeiter, zum Teil sogar Gewerkschaftler in führenden
Stellungen sitzen, von denen man ohne weiteres erwarten müßte,
daß sie die Grundsätze, welche sie in ihren Gewerkschaften vertreten
und befolgen, nämlich die unbedingte Anerkennung tariflicher Ver-
einbarungen, auch da betätigen, wo sie als Vertreter der Arbeit-
geber der Kassenbeamten in Frage kommen. — Neben diesen Vor-
würfen gegen die grundsätzliche Haltung der beiden Kassenvorstände
in der Vertragsfrage wurden noch besondere Vorwürfe erhoben
gegen das Auftreten bestimmter Vorstandsmitglieder und ihr persön-
liches Verhalten bei den Verhandlungen über Einführung des
Tarifs.

Solche Verhandlungen haben seinerzeit mit dem Vorstande der
Ortskrankenkasse der Gürtler stattgefunden. Nach der Darstellung
der Kassenbeamten ist eine vorläufige Vereinbarung erzielt worden,
und der Kassenvorstand soll versprochen haben, die Annahme dieser
Vereinbarung bei der Generalversammlung zu beschließen; er soll
das aber unterlassen haben und deshalb habe die General-
versammlung den Abschluß des Vertrages abgelehnt. — Mehrere
Vorstandsmitglieder der Gürtlerklasse, die in der Versammlung
anwesend waren, bezeichneten diesen Vorwurf als unberechtigt.
Sie sagten, die Angestellten ihrer Klasse hätten die Vereinbarungen,
welche zwischen den Vertretern der beiderseitigen Parteien getroffen
worden, abgelehnt, der Generalversammlung hätte deshalb kein ab-
geschlossenes Ergebnis vorgelegt werden können und nachdem die
Generalversammlung den Abschluß des Vertrages abgelehnt habe,
könne der Vorstand in der Angelegenheit nichts mehr tun. — Dieser
Darstellung der Vorstandsmitglieder wurde von der anderen Seite
wieder entgegengetreten und der Vorstand eines widerspruchsvollen
Verhaltens beschuldigt, wogegen sich die Vorstandsmitglieder wehrten.
— So stand Behauptung gegen Behauptung, so daß es einem
Unbeteiligten nicht möglich ist, zu beurteilen, wie der wirkliche
Sachverhalt liegt. Anscheinend wird eine gütliche Beilegung des
Konflikts doch noch ermöglicht, was ja auch im Interesse beider
Teile das Beste wäre.

Der Konflikt mit der Ortskrankenkasse der Maurer konnte in
der Versammlung nur von der einen Seite dargestellt werden, da
der Kassenvorstand der Einladung, sich in der Versammlung zu
verreten zu lassen, nicht gefolgt war. In einem hierauf bezüglichen
Schreiben des Kassenvorstandes heißt es: Die Angestellten der Klasse
hätten dem Vorstande keine Beschwerden unterbreitet, der Vorstand
habe deshalb keine Veranlassung, der Einladung zur Versammlung
zu folgen; wenn die Angestellten Beschwerden hätten, dann müßten
diese doch erst dem Vorstande vorgetragen werden.

Nach den Ausführungen mehrerer Redner ist auch in der Orts-
krankenkasse der Maurer der zwischen den beiderseitigen Organi-
sationen vereinbarte Vertrag nicht anerkannt. Versuche der Beamten,
diesen Vertrag zur Anerkennung zu bringen, seien an dem ab-
lehnen Verhalten des Vorstandes gescheitert. Dies ablehnende
Verhalten wird vom Verband der Kassenbeamten deshalb ganz
besonders scharf verurteilt, weil August Dähne, der Vorsitzende
der Maurerkasse, auch Vorsitzender des Ausschusses des Maurer-
verbandes ist. Die Beamten sind der Meinung, daß der Ausschuß-
vorsitzende einer Gewerkschaft, in der die Tarifgemeinschaft eine
große Rolle spielt, seine gewerkschaftlichen Grundsätze verleihe, wenn
er als Krankenkassenvorstand gegen die Anerkennung des Tarifs
auftritt. Weiter wurde betont, daß ein anderes Vorstandsmitglied,
Eugen Simanowski, ebenfalls gegen die Anerkennung des Tarifs
sei, obwohl er nicht nur als gewerkschaftlich organisierter Maurer,
sondern auch als Vorsitzender der Zentralkommission der Kranken-
kassen Deutschlands für die Anerkennung des Tarifs sorgen müßte,
der doch mit den gesamten Krankenkassen, deren Organ die Zentral-
kommission ist, abgeschlossen wurde.

Weiter wurde ausgeführt: Der Vorstand der Maurerkasse habe
selbst einen Anstellungsvertrag ausgearbeitet, der dem Tarif nicht
entspricht und diesen den Angestellten vorgelegt, die ihn aber,
weil er tarifwidrig ist, abgelehnt haben. Im Februar d. J. soll
Simanowski diesen Vertrag den Angestellten zur Unterschrift vor-
gelegt und dabei gedroht haben, wer den Vertrag nicht unter-
schreibe, der erhalte die fällige, auf frühere mündliche Verab-
redungen beruhende Gehaltssteigerung nicht. Als ihm erwidert
wurde, auf die Gehaltssteigerung hätten die Angestellten doch unter
allen Umständen Anspruch, soll Simanowski geantwortet haben:
Womit wollt Ihr das beweisen, habt Ihr denn etwas Schriftliches?

Neuerdings soll der Vorstand der Maurerkasse einen der An-
gestellten gemahnt haben. Dieser Vorwurf wird folgender-
maßen begründet: Da sich in letzter Zeit die Zahl der Kassen-
mitglieder und deshalb auch die Bureauarbeit verringert hat, müßten
zwei Angestellte entlassen werden. Nach dem Tarif — der all-
dings von der Maurerkasse auch jetzt noch nicht anerkannt ist —
hätten die beiden zuletzt Angestellten entlassen werden müssen.
Der Vorstand kündigte aber zwei Angestellten, von denen der eine
drei, der andere sieben Dienstjüngere hinter sich hat. Der Ent-
lassene ist der Vertrauensmann des Verbandes der Kassen-
angestellten. Daß gerade der Vertrauensmann — Rudolf ist sein
Name — gekündigt worden ist, das beträchtet der Verband der
Kassenangestellten als eine Maßregelung.

Die Versammlung endete nach lebhafter Diskussion mit der
einstimmigen Annahme einer Resolution, in welcher bedauert wird,
daß die beiden genannten Krankenkassen die Einführung des Tarifs
wiederholt abgelehnt haben. Ferner erklärt die Resolution die
Kündigung Rudolfs als eine Maßregelung und spricht die Erwartung
aus, daß der Vorstand der Ortskrankenkasse der Maurer die
Kündigung rückgängig machen möge, und daß vor allem die Arbeit-
nehmervertreter in den beiden genannten Krankenkassen, ihrem
gewerkschaftlichen Standpunkt entsprechend, dahin wirken, daß die
Einführung eines von Organisation zu Organisation abgeschlossenen
Tarifs auch in ihren Krankenkassen verwirklicht werde.

Die Kostümschneider und Schneiderinnen hatte der Verband
zum Dienstag, 16. Juni, nach den Armhallen zu einer öffent-
lichen Versammlung eingeladen. Frau Wally Repler referierte
über „Die wirtschaftlichen und sanitären Ver-
hältnisse in der Damenkleiderei und welche Inter-
essen haben insbesondere die Arbeiterinnen an diesen Fra-
gen?“. Eine im November/Dezember 1907 aufgenommene Enquete

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Ullrich, Berlin. Druck u. Verlag: Nordwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

er von dem Tode des Sohnes erst nach dessen Beerdigung durch folgenden Brief in Kenntniß:

Die Eltern und Geschwister des Erschossenen befinden sich natürlich in großer Erregung. Sie werden gegenüber der Gefahr der Verdunkelung des Sachverhalts schleunigst sich an die Staatsanwaltschaft wenden müssen, damit die in der Darkschmer Gegend aufgetauchte Ansicht nicht Wahrheit werde, die preussische Justiz sei nicht in der Lage, wegen Mordes oder Totschlags vorzugehen, wenn der Versorbene ein Landarbeiter, der an dem Tod Schuldige sein Gutsheer war.

Spornwagen mit Seiten-, Blau-
blei, Goldschiedstraße 42, 4 Treppen-

